

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 4. Januar 1853.

Die heutige Sitzung der Stadtverordneten, die erste im laufenden Jahre, wird von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari eröffnet.

Durch die gegen Ende des vergangenen Jahres stattgefundene Wahl zur Theilnahme an den Verhandlungen dieser Versammlung berufen, sind erschienen:

als frühere Mitglieder derselben: die Herren Desterreich, Varrentrapp, Wie-  
weg, Kronheim, Grotzian, W. Klose und Lüdcke,

als neue Mitglieder derselben die Herren Denecke und Otto Lößbecke,  
und haben ihre Plätze eingenommen.

Die nicht gegenwärtigen Herren Steinmeyer, Voigt und Köpke haben ihre Ab-  
wesenheit entschuldigt.

Der Eintritt einer neuen Sitzungs-Periode dieser nach der revidirten Städteordnung  
vom 19. März 1850 zusammengesezten Versammlung giebt dem Herrn Oberbürgermeister  
Caspari Veranlassung, Namens des Stadt-Magistrats der Versammlung Dank auszu-  
sprechen für die den vorgekommenen Geschäften gewidmete Aufmerksamkeit, Kraft und Aus-  
dauer und für die diesseitige Förderung und Erhaltung eines guten Vernehmens zwischen  
den beiden städtischen Organen, den Stadtverordneten und dem Stadt-Magistrate, insbeson-  
dere auch dem Herrn Landyndicus Desterreich Anerkennung zu zollen für die umsichtige  
Leitung der Verhandlungen.

Hierauf fordert Herr Oberbürgermeister Caspari die Anwesenden auf, zur Wahl eines  
Vorsitzenden dieser Versammlung für das laufende Jahr zu schreiten.

Die Mehrheit der Stimmen bei dieser Wahl fällt wiederum auf den Herrn Dester-  
reich, welcher dankend für das ihm wiederholt bewiesene Vertrauen das ihm abermals über-  
tragene Amt eines Vorstehers annimmt.

Denselben wird sodann für die weiteren Verhandlungen in der heutigen und den folgenden  
diesjährigen Sitzungen von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari der Vorſitz eingeräumt.

Herr Desterreich läßt das Protocoll über die Sitzung am 2. December v. J. durch  
den Protocollführer verlesen und nach Genehmigung desselben Seitens der Versammlung die  
ferner erforderlichen Wahlen vornehmen:

1) Zum Stellvertreter des Herrn Vorsitzenden wird mit Stimmenmehrheit gewählt

Herr Wankelius,  
welcher bisher schon stellvertretender Vorsitzender gewesen war und das ihm von Neuem  
übertragene Amt dankend annimmt.

2) Ebenso erhält der bisherige Stellvertreter des Protocollführers:

Herr Häusler,

wiederum die Mehrheit der Stimmen für diese Function.

3) Die Wahl von Mitgliedern zu den nachfolgend aufgeführten Commissionen, rücksichtlich welcher die Versammlung beschließt, die bisherige Zahl der Mitglieder beizubehalten, erfolgt in Uebereinstimmung mit der Versammlung in der Weise, daß die sämtlichen Namen der hiernach sich ergebenden Mitgliederzahl auf einem Zettel niedergeschrieben werden; es sind durch Stimmenmehrheit gewählt in die Commissionen:

a. zur Prüfung der allgemeinen städtischen Statute und polizeilichen Reglements, die Herren Aronheim, Häusler, Helfft, Lissebon, Desterreich, Bieweg und Barrentrapp,

die sämtlich früher schon Mitglieder dieser Commission waren;

b. zur Prüfung des Stadt-Cassen-Stats und der städtischen Rechnungen, der Verpachtungen und dergleichen Vermögens-Angelegenheiten:

die Herren Jüdel, Helfft, Grotian, Fabricius und Löbbecke, der Letzte als neu eintretendes Mitglied;

c. zur Mitwirkung bei dem Armenwesen:

die Herren Leo, Kellner, Steinmeyer, Scheller und Rieß, der Letzte als neu gewähltes Mitglied;

d. zur Prüfung der Anträge auf Aufnahme als Einwohner in die hiesige Gemeinde:

die Herren W. Kloss, Grass, Leo, Räche und Lissebon, die frühern Mitglieder dieser Commission;

e. zu den städtischen Bausachen:

die Herren Grass, Lissebon und Voigt, die bisherigen Mitglieder;

f. für das Kirchen- und Schulwesen:

die Herren Uhde, Steinmeyer und Grass, früher schon Mitglieder dieser Commission.

4) In gleicher Weise erfolgt die Wahl zweier Mitglieder zur Pflegehaus-Verwaltungs-Deputation, welche wiederum mit Stimmenmehrheit auf

die Herren Leo und Kellner

fällt.

Zu einem fernern Gegenstande der Berathung wird der Inhalt eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 12. December v. J. gemacht:

Zu den besoldeten Unterbedienten der hiesigen Stadt haben bisher gehört zwei Marktmeister, welche die Aufsicht auf den hiesigen Wochen- und Jahrmärkten, sowie auf dem Christmarkte zu führen, die gerichtlichen Executionen zu vollziehen und bei der Beitreibung der öffentlichen Abgaben, der Communalsteuer und der Schulgelder auf Verlangen mitzuwirken gehabt, und zwei Serviceboten, welche neben der Einziehung des Services die Annahmung wegen der städtischen Abgaben und Schulgelder, sowie die executivische Beitreibung derselben zu besorgen haben. Die erstern beiden haben außer dem festen Gehalte aus der Staats-Casse als gerichtliche Executores einen Gehalt aus der Stadt-Casse und freie Wohnung in Häusern, welche der Stadt gehören, bekommen, sind gleichwohl, weil dieselben von den Gerichten zu viel in Anspruch genommen worden, zur Einziehung der städtischen Abgaben nicht zu benutzen gewesen. Da auch der Dienst der beiden Serviceboten nicht so erfolgreich ist, so hat der Stadt-Magistrat, nach dem jüngst erfolgten Tode des Marktmeisters Sauthoff die Ge-



Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums dazu beantragt und erhalten, daß von dem Dienste der städtischen Marktmeister die gerichtliche Execution getrennt und sofort vom 1. Januar d. J. an der bisherige Marktmeister Gähler als gerichtlicher Executor ausschließlich für den Staatsdienst übernommen werde. Eine solche Aenderung in diesen Verhältnissen veranlaßt den Stadt-Magistrat zu folgenden Vorschlägen:

1) Der Service wird nicht mehr, wie bisher quartaliter eingesammelt, sondern muß, wie die übrigen städtischen und öffentlichen Abgaben, an die Stadtcasse eingezahlt werden und es erhält für die dadurch entstehende größere Arbeit der Stadt-Cassen-Assistent Wasmus eine Zulage von 50 ₰.

Rücksichtlich dieses Vorschlages ist auf frühere Verhandlungen in der Versammlung der Stadtverordneten Bezug genommen, bei denen es in Frage gestellt worden, ob nicht vielleicht, wie bei dem Service, so auch bei der Communalsteuer eine Einsammlung anzuordnen zweckmäßig sein werde. Die damals zunächst ins Auge gefasste Erleichterung der Steuerpflichtigen bei Entrichtung der Abgaben erscheint dem Stadt-Magistrate insofern nicht erheblich genug, als von denselben Steuerpflichtigen meistens noch andere Abgaben, als Personal- und Gewerbesteuer, Brandcassengelder zu entrichten seien, und in der That nicht gefördert, weil dadurch die nach freiem Belieben, nach dem augenblicklich geringern oder größern Geldvorrathe wählbare Zahlung der Abgaben von Seiten der Steuerpflichtigen gehindert werde, dieselben vielmehr oft in Verlegenheit gerathen könnten, wenn die Abgaben von ihnen zu einer ihnen nicht zusagenden Zeit abgefordert werden. Ferner ist damals die Ansicht ausgesprochen, daß durch eine Einsammlung der Abgaben eine Verminderung von Ausfällen für die Cassen ermöglicht werde. Diesen Erfolg stellt der Stadt-Magistrat nicht in Abrede, weist zugleich aber darauf hin, daß zur Einsammlung der Communalsteuer eine größere Zahl städtischer Unterbedienten angestellt werden müßte, ohne bedeutende Cautionen derselben die Gefahr einer Unterschlagung der erhobenen Gelder nicht beseitigt, auch für die Stadt-Casse eine kostspieligere Verwaltung durch eine solche Einrichtung hervorgerufen werden würde, und erwartet dagegen nicht minder günstige Resultate von der Anstellung tüchtiger städtischer Executoren.

Unter solchen Umständen hält der Stadt-Magistrat dafür, daß auch die Einsammlung des Services wieder abzuschaffen und dem Assistenten Wasmus wegen der durch die Special-Erhebung des Services in Etwas vermehrten Geschäftsführung eine Zulage von 50 ₰ zuzubilligen sei, zumal demselben nach dreißigjähriger treuer Dienstzeit ein Gehalt von 500 ₰ wohl zugesprochen werden dürfe.

2) Es werden zwei Marktmeister mit einem Gehalte von 150 ₰ jährlich angestellt, welche neben der Aufsicht auf den Märkten die executivische Einziehung der öffentlichen und städtischen Abgaben, der Schulgelder, sowie der rückständigen Abgaben an die Kirchen zu besorgen haben, sie behalten neben ihrem Gehalte die bisherigen Markt- und Executions-Gebühren, nicht aber die freie Wohnung.

Der Anstellung eines dritten Marktmeisters bedarf es nach Ansicht des Stadt-Magistrats noch nicht, da der Wochenmarkt auf dem Egidienmarke bis jetzt zu einer Erheblichkeit nicht gelangt ist. Der Gehalt eines Marktmeisters würde sich einschließlich der obigen Gebühren auf etwa 230 ₰ jährlich belaufen, und die von demselben zu leistende Caution auf 200 ₰ festzustellen sein. Die beiden Marktmeister werden nach Vorschrift des §. 123 der revidirten Städteordnung nur auf Kündigung angestellt werden, müssen übrigens tüchtige und zuverlässige Personen sein, von denen zu erwarten sei, daß sie die ihnen aufgetragenen Executionen prompt und ohne alle Rückzichten vollziehen. In letzterer Beziehung weist der Stadt-Magistrat darauf hin, wie schwierig es sein würde, einer frühern Aufforderung der Stadt-

verordneten, bei der Anstellung der Serviceboten und städtischen Executoren auf hiesige verarmte Bürger besondere Rücksicht zu nehmen, genügend zu entsprechen, weil erfahrungsmäßig dergleichen Personen in der Regel nicht die erforderliche Energie haben, welche zur prompten und strengen Vollziehung ihrer Geschäfte erforderlich sei, auch durch ihre vielen, aus früheren Verhältnissen sich herschreibenden Bekanntschaften mit hiesigen Einwohnern zur Rücksichtnahme veranlaßt werden, welche mit dem Interesse der Stadt-Casse sich nicht vertragen.

3) Der Servicebote Mackens wird ausschließlich als städtischer Monitor benutzt und erhält neben seinem Gehalte zu 120  $\text{fl}$  die Monitor-Gebühren.

4) Der Servicebote Böwing wird mit einem Gehalte von 150  $\text{fl}$  jährlich als Armenbote angestellt.

Die Stelle eines Armenboten ist augenblicklich erledigt und wenigleich der Gehalt eines solchen auf jährlich 120  $\text{fl}$  statutarisch festgestellt worden, so ist jener höhere Gehalt des Böwing durch dessen jetzige etwa 180  $\text{fl}$  betragende Einnahme gerechtfertigt.

5) Die bisher von den Marktreisern benutzten städtischen Häuser werden verkauft. Das Resultat für die Stadtcasse stellt sich danach, abgesehen von der Gehaltszulage für den Assistenten Wasmus, und von der zeitweiligen Gehaltsverhöhung des Böwing, so heraus, daß für den vorbesprochenen städtischen Dienst bisher 460  $\text{fl}$  verausgabt worden sind, und für die Zukunft nur 420  $\text{fl}$  werden verausgabt werden.

Auf den Vortrag des Herrn Vorsitzenden über diese Mittheilung des Stadt-Magistrats erklärt sich die Versammlung mit den gemachten Vorschlägen und ausgesprochenen Ansichten im Allgemeinen einverstanden und genehmigt dieselben, insbesondere auch unter Anerkennung der zu Nr. 2 geltend gemachten Gründe, ohne erhebliche Debatte durch Mehrheitsbeschluß.

Endlich ist in einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 18. v. Mts. der Versammlung anheim gegeben: der Wittve des Marktreisere Sauthoff, da der Nachlaß des Letztern nur in 400  $\text{fl}$  Capital und dem erforderlichen Hausgeräthe besteht, den von ihrem Ehemanne aus der Stadt-Casse bezogenen Gehalt von 82  $\text{fl}$  5 ggr 4 S. jährlich auch für die Monate December 1852 und Januar d. J. auf deren Ansuchen noch zu bewilligen, wie solches auch in andern Fällen schon geschehen sei, imgleichen dieser und dem Marktreisere Gähler die Benutzung der städtischen Diensthäuser bis Ostern d. J., und zwar der Wittve Sauthoff gebotenermaßen unentgeltlich und dem Gähler gegen den angebotenen Miethebetrag von 5  $\text{fl}$  zu überlassen.

Auch zu diesen Anträgen ertheilt die Versammlung durch Stimmenmehrheit ihre Zustimmung.

Hiernächst wird nach Verlesung des Protocolls durch den Protocollführer und nach dessen Genehmigung Seitens der Versammlung die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

## (Beilage zum 50. Stücke der Anzeigen.)

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 20. Januar 1853.

In Vertretung des durch eine Reise behinderten Herrn Desterreich übernimmt Herr Wankelius die Leitung der heutigen Verhandlungen und eröffnet derselbe die Sitzung.

Die Herren Steinmeyer und Röpkke haben ihre Abwesenheit mit anderweiten dringenden Berufsgeschäften entschuldigt und werden dagegen Erinnerungen Seitens der Versammlung nicht geltend gemacht.

Herr Aronheim hat sein späteres Erscheinen zur Sitzung in Aussicht gestellt.

I. Der Stadthaushalts-Etat für das Jahr 1853 ist vom Stadt-Magistrate mittelst Schreibens vom 31. October v. J. überandt und von der Finanz-Commission der Stadtverordneten geprüft worden. Namens dieser Commission erstattet Herr Fabricius Bericht und theilt derselbe der Versammlung zunächst mit, daß die Commission die verschiedenen Einnahme- und Ausgabe-Positionen im Allgemeinen gerechtfertigt gefunden habe. An den weiteren Vortrag des Herrn Referenten über diese Angelegenheit, welche durch Verlesung des vorgedachten Schreibens des Stadt-Magistrats und durch Mittheilung der einzelnen Einnahme- und Ausgabe-Positionen der Versammlung zur Verathung und Beschlußnahme vorgeführt wird, knüpfen sich sodann folgende besondere Verhandlungen:

1. Bei Erwähnung der Einnahme von den zu Eisenbüttel belegenen Borke-Mühlen (Stadtcassen-Etat Cap. III. B.) erinnert die Commission daran, daß die Verhandlungen über die fernere Verpachtung oder etwaige Veräußerung jener Mühlen von der Statuten-Commission noch immer nicht gefördert sein, und veranlaßt dadurch, nachdem Herr Häusler über die Gründe der bisherigen Verzögerung sich ausgesprochen, den Herrn Vorsitzenden, die Statuten-Commission zur baldigen Erledigung und Berichtserstattung über diese Angelegenheit aufzufordern.

2. Rückfichtlich der Einnahme an Service zu 8400  $\text{fl}$  (Stadt-Cassen-Etat Cap. V.  $\text{N}$  1) bemerkt die Commission, daß der fixirte Betrag des Services, der als Landesabgabe in Ausgabe (Stadt-Cassen-Etat Cap. XIV.  $\text{N}$  2) gestellt worden, nur auf 6211  $\text{fl}$  12  $\text{kr}$  sich belaufen, und giebt zu erwägen, ob es nicht rathlich sein würde, künftigh die Erhebung dem wirklichen Erfordernisse entsprechender auszusprechen.

Die Herren Graß und Oberbürgermeister Caspari wenden dagegen ein, daß von jeher als Service in Einnahme gebrachten Summe noch andere Ausgaben als jene Landesab-

gab, insbesondere das ebenfalls in die Staats-Casse fließende Proviant- und Fourage-Geld mit 759  $\text{R}$  23  $\text{M}$  3  $\text{L}$  und der Gehalt für den Billetirer Recke mit 200  $\text{R}$  Conventions-Münze, zu bestreiten seien, solche Ausgaben aber nicht so genau sich feststellen lassen.

Von der Versammlung wird wenigstens für das laufende Jahr jener Einnahme-Posten zu dem in Ansatz gebrachten Betrage genehmigt.

**3.** Wegen der Ausgabenposten an Gehalten für die beiden Serviceboten und für die beiden Marktmeister (Stadt-Cassen-Etat Cap. IV. f. 3—6) verweist die Commission auf die früheren Verhandlungen in der Sitzung am 4. d. Mts. über die anderweite Ordnung dieser Dienststellen, welche nach den damaligen Beschlüssen eine Aenderung obiger Ausgabenposten zur Folge haben werde.

Die Versammlung erkennt diese Folge als richtig und nothwendig an.

**4.** Der Absatz für Bauten und Reparaturen städtischer Gebäude im Betrage von 490  $\text{R}$  (Stadt-Cassen-Etat Cap. VII.  $\text{N}$  2) soll nach Ansicht der Commission um 70  $\text{R}$  erhöht werden, da dieselbe mit der Bau-Commission darüber einverstanden ist, daß statt der zu 80  $\text{R}$  veranschlagten Reparatur der oberen Fenster des Stadthauses in der kleinen Burg eine vollständige Erneuerung jener Fenster nach der Veranschlagung von 150  $\text{R}$  vorgenommen werde.

Die Versammlung ertheilt dazu ihre Zustimmung und genehmigt die Erhöhung obigen Postens auf 560  $\text{R}$ .

**5.** Zur Unterhaltung der Gemeindeschulen (Stadt-Cassen-Etat Cap. IX.  $\text{N}$  1) sind 3876  $\text{R}$  in Ansatz gebracht. In dieser Summe ist ein Ausgabenposten von 30  $\text{R}$  für Einfriedigung des Treppenraums in der dritten Etage des Schulhauses westlichen Bezirks enthalten, in Bezug auf welchen die Bau-Commission dahin sich ausgesprochen hat, daß jene Vorrichtung nicht so dringend nothwendig sei, daß dieselbe nicht zur Zeit noch unterbleiben und ausgesetzt werden könne. Danach glaubt auch die Finanz-Commission der Versammlung anheimzugeben zu dürfen, den Etatposten von 3876  $\text{R}$  um 30  $\text{R}$  geringer anzunehmen, also auf 3846  $\text{R}$  festzustellen.

Die Herren Viemeg und Helfft, ingleichen die Herren Rädke und Lüdecke halten es nicht für billig, daß die Herstellung der gedachten Einfriedigung, sofern dieselbe irgend nothwendig und geeignet sei, die dortige Lehrer-Wohnung vor übermäßiger Zugluft zu schützen, noch verschoben werde.

Von den Herren Graß, Liffelton und Voigt, als Mitglieder der Bau-Commission, wird hervorgehoben, daß sie bei ihrer Anwesenheit im Schulhause den schon ange deuteten Uebelstand, zu dessen Abhilfe jene Vorrichtung gemacht werden solle, nicht bestätigt gefunden haben, gleichwohl giebt Herr Voigt zu, daß vielleicht zu andern Zeiten eine stärkere Zugluft dort verspürt werden möge.

Nach den stattgehabten Verhandlungen entscheidet sich die Versammlung durch Mehrheitsbeschluß für die Annahme des Ausgabenpostens in dem ausgeworfenen Betrage von 3876  $\text{R}$ .

**6.** Gegen den Ausgabenposten von 1100  $\text{R}$  zur Unterhaltung der Bürgerwehr (Stadt-Cassen-Etat Cap. XII.) stellt Herr Rädke den Antrag:

die Versammlung möge diesen Posten überall nicht genehmigen, da bei den jetzigen Verhältnissen der Bürgerwehr und nach den früheren Verhandlungen dieser Versammlung über das Fortbestehen oder die Aufhebung derselben eine solche Ausgabe sich nicht rechtfertigen lasse.

Die Versammlung lehnt indessen durch Mehrheitsbeschluß diesen Antrag ab, und genehmigt den obigen Etatposten.



7. An Remuneration des Bau-Conducteurs Götter, an Büreaukosten für denselben, sowie an Löhnen für zwei Wegerwärter ic. (Stadt-Cassen-Etat Cap. XVIII) sind 450  $\text{₰}$  in Ausgabe gestellt und obwohl die Finanz-Commission gegen diesen Posten nichts zu erinnern findet, so macht dieselbe doch darauf aufmerksam, daß der Special-Etat über die Unterhaltung der städtischen Wege der Bau-Commission zur Prüfung nicht vorgelegen habe. Herr Voigt bestätigt diese Bemerkung und hält es für um so angemessener, daß die Bau-Commission über jenen Special-Etat sich noch ausspreche, als für die Unterhaltung der chaussirten Wege eine zu geringe Summe ausgeworfen sein möchte. Danach giebt Herr Wieweg der Versammlung anheim, den in Ansatz gebrachten Ausgabenposten von 450  $\text{₰}$  zwar zu genehmigen, beantragt aber, den Special-Etat der Bau-Commission zur Prüfung im Allgemeinen und im Besondern wegen der für die Unterhaltung der chaussirten Wege ausgelegten Summe zu überweisen.

Neben Genehmigung des im Stadtcassen-Etat aufgeführten Postens von 450  $\text{₰}$  beschließt die Versammlung in Berücksichtigung des Wieweg'schen Antrages die Ueberweisung des Special-Etats für die Unterhaltung der städtischen Wege an die Bau-Commission zur Vorprüfung.

Die nach dem Vorstehenden nicht zur besondern Berathung gekommenen Einnahme- und Ausgabe-Positionen für den städtischen Haushalt auf das Jahr 1853 hat die Versammlung genehmigt und mit den dazu in dem oben erwähnten Schreiben des Stadt-Magistrats mitgetheilten Bemerkungen sich einverstanden erklärt, insbesondere auch die Anträge auf Einwilligung einer Zulage für die Industrieführerin Sandfuchs mit 12  $\text{₰}$  und für die Industrieführerin Thiele mit 24  $\text{₰}$  angenommen.

Endlich hat auch die Versammlung ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die zur Verrückung des städtischen Haushalts noch aufzubringende Summe von 41,200  $\text{₰}$  durch Erhebung einer Communalsteuer zu jenem Betrage gedeckt werde.

II. Nach Beendigung dieser Verhandlungen wünscht Herr Nieß eine Aufnahme der Debatte über die Erhebung des Services und stellt, nachdem die Versammlung damit sich einverstanden erklärt hat, den Antrag:

die Versammlung möge beschließen, daß der erhobene Service, soweit dessen jährlicher Betrag an die Staatscasse nicht abgeliefert werde, den servicepflichtigen Personen durch Rückzahlung oder Ansammlung und Anrechnung auf spätere Service-Zahlungen wieder zu Gute kommen solle,

indem der Herr Antragsteller davon ausgeht, daß ein Mehrtes, als nothwendig, von den Servicepflichtigen nicht verlangt und dieses Mehr auch nicht zu andern Zwecken verwendet werden dürfe.

Nur von Herrn Födel wird aus gleichem Grunde dieser Antrag unterstützt, während die Herren Häusler, Oberbürgermeister Caspari, Graß, Aronheim, Wieweg und Helfft gegen den Antrag sich aussprechen. Wie schon an betreffender Stelle bei Berathung des Stadthaushalts-Etats zur Sprache gekommen, so hebt insbesondere Herr Oberbürgermeister Caspari nochmals hervor, daß es wegen stets vorkommender Ausfälle unthunlich sei, die Ausschreibung des Services genau auf die bestimmt erforderliche Summe zu beschränken, daß das etwaige Mehr des wirklich gezahlten Services nicht von Bedeutung sei, und daß die servicepflichtigen Personen als Hausbesitzer wegen ihres Besitztums der Gemeinde für besonders verpflichtet gehalten werden müßten, wenn auch bisher noch nicht dazu geschritten worden, einen Theil des städtischen Bedürfnisses durch eine Grundsteuer ausbringen zu lassen. In gleichem Sinne äußern sich auch die übrigen vorgenannten Herren, wobei jedoch die

Herrn Graß und Bieweg bemerken, daß die hiesigen Hausbesitzer als solche der Mehrzahl nach wegen des gesunkenen Werths der Gebäude in hiesiger Stadt nicht in günstigen Verhältnissen sich befinden und eine etwaige Grundsteuer schwer ertragen möchten.

Durch Stimmenmehrheit wird der Antrag des Herrn Nieß von der Versammlung abgelehnt.

III. In einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom gestrigen Tage wird der Versammlung vorgeschlagen, dem Glaschleifer Johann Griesler hieselbst zur Uebersiedelung seiner aus Frau und vier Kindern bestehenden Familie, welche letztere früher schon aus der hiesigen Armencaße unterstützt worden und auch für die Zukunft ohne fernere Unterstützung in hiesiger Stadt nicht werde existiren können, nach Amerika eine Summe von 120  $\text{fl}$  in Golde aus der Stadtcasse zu bewilligen.

Ueber diese Angelegenheit erstattet Namens der Statuten-Commission Herr Häusler Bericht und ist die Commission der Ansicht, daß jene Summe ein geringeres Opfer sei, als eine mehrjährige beträchtliche Ausgabe aus der Armencaße zur Unterstützung der Grieslerschen Familie, und die hiesige Stadt jenes Opfer deshalb nicht scheuen dürfe. Die Commission stimmt dem Vorschlage des Stadt-Magistrats bei, unter der Voraussetzung, daß die jenen vier aus einer Borehe der jetzigen Grieslerschen Ehefrau stammenden Kindern vorgesezte vormundtschaftliche Behörde die Uebersiedelung derselben nach Amerika durch den Stiefvater genehmigen werde.

Herr Bieweg wendet gegen den Vorschlag des Stadt-Magistrats überhaupt ein, daß eine Beförderung der Auswanderung hiesiger Einwohner durch Geldunterstützungen aus der Stadtcasse gerade nur deshalb, weil dieselben ihren Lebensunterhalt in hiesiger Stadt angeblich nicht zu erwerben vermöchten, um so bedenklicher erscheine, als durch dergleichen Anforderungen, sollten dieselben, wie doch billiger Weise geschehen müßte, alle berücksichtigt werden, die hiesige Stadtcasse bald in einem zu bedeutenden Maße in Anspruch genommen werden würde.

Die Abstimmung ergibt eine Ablehnung des Antrages des Stadt-Magistrats, indem von 23 Stimmen nur 10 Stimmen für die Verwilligung obiger Summe aus der Stadtcasse zu dem angegebenen Zwecke sich erklärt haben.

IV. Die ferneren Verhandlungen haben die Berathung über mehre Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt zum Gegenstande, die von der betreffenden Commission einer Vorprüfung unterworfen sind.

Hierauf wird unter Vorbehalt der Vorlesung dieses Protocolls für die nächste Sitzung die heutige Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

## (Beilage zum 58. Stücke der Anzeigen.)

# Verhandlungen

## Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 17. Februar 1853.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protocoll über die Sitzung am 20. v. M. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Aronheim, Voigt, Jüdel, Scheller, Räche, Leo und Fabricius wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

I. Inhalts eines von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Schreibens des Herrn Voigt wünscht der Letztere von dem Amte eines Stadtverordneten entbunden zu werden, da er für die neuerlich aufgenommene Regelung der Vermögensangelegenheiten der Stadt mit der Herzogl. Landesregierung von der Herzogl. Bau-Direction mit der Begutachtung der die städtischen Mühlen, Pflasterungen u. s. w. betreffenden Punkte beauftragt sei und es ihm scheine, als wenn die Erfüllung dieses Auftrages durch einen Vertreter der hiesigen Stadt in der Versammlung der Stadtverordneten den nach beiden Seiten zu nehmenden Rücksichten nicht entspreche.

Nach Statt gehabter Erwägung, wobei von Herrn Uebe insbesondere hervorgehoben wird, daß Herr Voigt bei der Verhandlung über die gedachte Vermögensangelegenheit in dieser Versammlung nur seines Votums sich enthalten dürfe, um jenen Widerstreit zu vermeiden, erklärt die Versammlung durch einstimmigen Beschluß, daß kein Grund vorliege, den Herrn Voigt von seinem Amte als Stadtverordneten zu entbinden.

II. Mittelft Schreibens des Stadt-Magistrats vom 7. d. M. wird anheimgegeben, zum Zwecke der Auswanderung fünf der hiesigen Stadt angehöriger, zur Zeit in Bayern detinirter Corrigenden:

- 1) des Schneidergesellen Georg August Martin Gaus,
- 2) des Knopfmachergeßellen Carl Christian Gärtner,
- 3) der unverehelichten Johanne Henriette Friederike Achilles,
- 4) der unverehelichten Wilhelmine Auguste Sophie Macke, genannt Schacht, und

5) des Schuhmachergeßellen Heinrich Christian Köhleßink,  
nach Amerika den üblichen Beitrag für jeden dieser Corrigenden bis zu 22  $\text{R}$  zu den Uebersiedelungskosten aus der Stadtcasse zu bewilligen.

Der Herr Vorsitzende giebt über den früheren Lebenswandel der einzelnen Persönlichkeiten weitere aus den mitgetheilten Acten entnommene Auskunft zur Begründung seiner Ansicht, daß die empfohlene Beförderung der Auswanderung der genannten Individuen nicht minder den Interessen derselben als denen der Gemeinde entspreche; und beschließt danach die Versammlung, die geforderten Beiträge von je bis zu 22  $\text{R}$  aus der Stadtcasse zu bewilligen.

III. Ein ferneres Schreiben des Stadt-Magistrats vom gestrigen Tage enthält den wiederholten Antrag auf Bewilligung einer Unterstützung aus der Stadtcasse im Betrage von 120  $\text{R}$  in Golde für den Glaschleifer Johann Griefler hieselbst zum Zwecke der Uebersiedelung dessen Familie, der Ehefrau und vier Kinder, nach Amerika.

Bei der über diesen Antrag eröffneten Debatte erkennen die Herren Barrentrap und Graß an, daß sie nach weiterer Erwägung der Lage der Grieflerschen Familie, die früher schon unterstützt worden, und ohne fernere Unterstützung ihr Fortkommen in hiesiger Stadt nicht finden werde, im Interesse der hiesigen Stadt und jener Familie es doch für zulässig halten möchten, dem Griefler behuf Uebersiedelung dessen Familie nach Amerika mit der geforderten Summe zu Hilfe zu kommen. Herr Bieweg kommt auf seinen in der Sitzung am 20. v. M. erklärten Widerspruch gegen die beantragte Bewilligung einer Geldunterstützung aus der Stadtcasse zu dem in Frage stehenden Zwecke zurück, während Herr Oberbürgermeister Caspari die Lage der Grieflerschen Familie für so berücksichtigungswerth hält, daß für diese die beantragte Unterstützung ausnahmsweise wohl dürfte bewilligt werden können, und insbesondere noch hervorhebt, daß Griefler schon in Amerika gewesen und dort Aussicht auf eine bessere Zukunft seiner und seiner Familie, welche er deshalb dort mit hinnehmen wolle, gefunden habe. Auch die Herren Häußler und Lissebon sprechen sich für die Annahme des Antrages des Stadt-Magistrats aus, nur daß der erstere den abermaligen Antrag stellt, eine Aeußerung der Vormünder oder der vormundschaftlichen Behörde darüber zu veranlassen, ob eine Uebersiedelung nach Amerika auch dem Interesse der Kinder der jetzigen Grieflerschen Ehefrau entsprechend sein werde.



Mit großer Mehrheit wird hiernächst von der Versammlung zum Zwecke der Ueberstebelung der Griefflerschen Familie nach Amerika die vom Stadt-Magistrate beantragte Summe von 120  $\text{fl}$  in Golde aus der Stadtcasse bewilligt, dagegen der Unterantrag des Herrn Häusler abgelehnt.

IV. Der Stadt-Magistrat beantragt in einem Schreiben vom 21. v. M., der Wittive des Dr. jur. Frühling, welcher seit dem Jahre 1834 die Geschäfte eines Expedienten bei der Armen-Direction gegen eine Remuneration von 309  $\text{fl}$  jährlich besorgt hat, auf deren Ansuchen noch für den laufenden Monat, Februar, und für den Monat März d. J. die von ihrem verstorbenen Ehemanne bisher bezogene Remuneration aus der Armencasse zu bewilligen, und erklärt sich mit diesem Antrage die Versammlung auf den befürwortenden Antrag des Herrn Helfft, Namens der Finanz-Commission, einverstanden.

V. Die dem hiesigen Waarenmakler Blume seit dem Jahre 1847 für die von ihm dem Löschvereine geleisteten Dienste und namentlich für die Beaufsichtigung der Löschapparate alljährlich aus der Stadtcasse bewilligte Remuneration von 36  $\text{fl}$  wird demselben, in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate laut dessen Schreibens vom 22. v. M., auf den durch Herrn Helfft Namens der Finanz-Commission gestellten Antrag von der Versammlung auch für das Jahr 1852 wiederum zugesprochen.

VI. In einem Schreiben vom 25. v. M. wird von dem Stadt-Magistrate der Versammlung empfohlen, die durch den dirigirenden Lehrer an der Bürgerschule westlichen Bezirks, Tunica, zu erkennen gegebenen Wünsche des Gehilfslehrers Candidaten Oberhey um Verwilligung einer Remuneration von 18  $\text{fl}$  für außerordentlicher Weise übernommene Unterrichtsstunden und des Schulpedellen Steche um Verwilligung einer Unterstützung von 10  $\text{fl}$  aus Rücksicht mit seiner zunehmenden Körperschwäche durch Genehmigung der erbetenen Zahlungen aus der Bürgerschul-Casse zu erfüllen. Namens der Finanz-Commission erstattet Herr Helfft über diese Angelegenheit Bericht und obwohl die Commission in diesem Berichte gegen die Verwilligung der 18  $\text{fl}$  an den Candidaten Oberhey sich ausgesprochen, so zieht sie doch, auf die Bemerkungen der Herren Lüdecke, Steinmeyer und Oberbürgermeisters Caspari, daß eine zu remunerirende Aushilfe nicht vermeidlich sei, da die angestellten Lehrer durch die festgesetzten Schulstunden so sehr in Anspruch genommen seien, daß sie bei einer längere Zeit dauernden Behinderung eines Lehrers des Letztern Vertretung nicht wohl übernehmen könnten, — ihren beschalligten Antrag zurück, der Versammlung anheim gebend, beide Anträge des Stadt-Magistrats anzunehmen.

Durch Mehrheitsbeschluß erklärt sich die Versammlung mit der Zahlung einer

Remuneration von 18  $\text{fl}$  an den Candidaten Oberhey und einer Unterstützung von 10  $\text{fl}$  an den Schulbedienten Steche aus der Bürgerschulcasse einverstanden.

VII. Namens der Bau-Commission berichtet Herr Graß über eine vom Stadt-Magistrate laut Schreibens vom 5. d. M. beantragte Verbreiterung einer in der Broitzenschen Straße belegenen Brücke, erkennt diese Arbeit, um Unglücksfälle zu verhüten, mit dem Stadt-Magistrate als nothwendig an, und befürwortet die Verwilligung der, nach dem Anschlage des Bau-Conduc-teurs Götte auf 114  $\text{fl}$  5  $\text{ss}$  6  $\text{d}$  sich belaufenden Kosten aus der städtischen Wegebau-Casse.

Die Versammlung genehmigt durch Mehrheitsbeschluß diese Ausgabe und Verwendung.

VIII. In der Sitzung am 20. v. M. ist für die endgiltige Feststellung des Wegebau-Cassen-Etats dessen vorgängige Prüfung durch die Bau-Commission vorbehalten. Nach dem Berichte des Herrn Grotrian, als Referenten der Finanz-Commission, hat die Bau-Commission Einwendungen gegen den Wegebau-Cassen-Etat nicht gemacht, nur daß dieselbe die für die Unterhaltung der städtischen Communal-Wege ausgeworfene Summe von 1225  $\text{fl}$  22  $\text{ss}$  1  $\text{d}$  mit Rücksicht auf die für die Wege so ungünstige Witterung in der diesjährigen Winterszeit für sehr gering veranschlagt hält, und jenen Betrag deshalb als das minimum angesehen wissen will. Im Uebrigen hat auch die Bau-Commission für die in dem Schreiben vom 31. October v. J., mit welchem der Stadthaushalts-Etat übersandt worden, beantragte Hinaussetzung des Ausbaues des Weges zwischen dem August- und Stein-Thore bis zum Jahre 1854 sich ausgesprochen.

Hiernach giebt die Finanz-Commission der Versammlung anheim und genehmigt die Bestere, daß der Wegebau-Cassen-Etat als die Grundlage für die diesjährigen Wegebauten angenommen und der Ausbau des obenbezeichneten Weges bis zum Jahre 1854 ausgesetzt werde.

Endlich erklärt sich auch die Versammlung auf den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden damit einverstanden, daß, nachdem die Communalsteuer-Rolle von der zuständigen Central-Deputation der Stadtverordneten-Versammlung nach gründlicher Durchsicht gebilligt worden, die Aussschreibung der Steuerzettel erfolge, ohne daß die Listen der steuerpflichtigen Personen auch noch den verschiedenen Steuer-Deputationen vorgelegt werden.

Nach Vorlesung des Protocolls durch den Protocollführer und dessen Genehmigung Seitens der Versammlung wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

## (Beilage zum 64. Stücke der Anzeigen.)

# Verhandlungen

## Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 3. März 1853.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

I. Durch eine Mittheilung vom 28. v. Mts. beantragt der Stadt-Magistrat, zu den Kosten der Uebersiedelung des Schuhmacherlehrlings Heinrich Theodor Häring, von hier, welcher in der Besserungs- und Arbeits-Anstalt in Bayern detinirt wird und um Entlassung aus dieser Anstalt behuf Auswanderung nach Amerika gebeten hat, den üblichen Beitrag bis zu 22  $\text{fl}$  aus der Stadt-Casse zu bewilligen.

Das Nähere über den frühern Lebenswandel und über den Charakter des genannten Corrigenden wird der Versammlung durch den Herrn Vorsitzenden aus den mit übersandten Acten bekannt gemacht und die Bewilligung obiger Summe aus der Stadt-Casse zu dem angegebenen Zwecke, in Uebereinstimmung mit dem Vorschlage des Herrn Referenten, von der Versammlung beschloffen.

II. Nach Inhalt eines von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Schreibens des Stadt-Magistrats vom 28. v. Mts. hat in Gemäßheit eines frühern Beschlusses der städtischen Behörden ein Termin zum öffentlich meistbietenden Verkaufe zweier der Stadt zugehörigen Häuser, des Hauses N. 426 in der Garfküche und des Hauses N. 1984 am Catharinen-Kirchhofe hieselbst, stattgefunden.

Für das erstere Haus ist von dem Ofenheizer im landschaftlichen Gebäude, Heinrich Meyer, das Meistgebot mit 671  $\text{fl}$  Courant erfolgt; doch

hat nach einer späteren Mittheilung des Stadt-Magistrats vom gestrigen Tage der Hausknecht Pahl hieselbst, welcher in dem Verkaufstermine das zweithöchste Gebot mit 670  $\text{z}\text{f}$  gehabt hat, dieses Gebot nachträglich auf 700  $\text{z}\text{f}$  Courant erhöht und danach auch der Meyer sich bereit erklärt, sein Meistgebot ebenfalls auf 700  $\text{z}\text{f}$  zu steigern.

Gleichwie der Stadt-Magistrat sich dafür ausgesprochen hatte, daß dem Meyer für das Meistgebot von 671  $\text{z}\text{f}$  der Zuschlag erteilt werden möge, so giebt jetzt der Herr Vorsitzende der Versammlung anheim, demselben wegen seines frühern Meistgebots auch bei dem gleichen Gebote von 700  $\text{z}\text{f}$  den Vorzug zu geben, zumal gegen seine Zahlungsfähigkeit nichts erinnert werden könne.

Die Versammlung beschließt darauf, daß dem Meyer für das Nachgebot von 700  $\text{z}\text{f}$  in Courant der Zuschlag erteilt werde.

Rücksichtlich des zweiten Hauses, N<sup>o</sup> 1984 am Catharinen-Kirchhofe, hat der Schuhmachermeister Ludwig Knoche das Meistgebot mit 1032  $\text{z}\text{f}$  behalten, und ist derselbe von dem Stadt-Magistrate als annehmbarer Käufer in Vorschlag gebracht.

Auf Antrag des Herrn Vorsitzenden ist auch die Versammlung damit einverstanden, daß dem Knoche der Zuschlag für das obige Meistgebot erteilt werde.

Im Uebrigen sind gegen die für beide Käufer gestellten Bedingungen Einwendungen Seitens der Versammlung nicht erhoben.

**III.** Unter Bezugnahme auf die frühern Verhandlungen, insbesondere in der Sitzung am 4. Januar d. J., schlägt der Stadt-Magistrat in seinem Schreiben vom 16. v. M. in Gemäßheit des §. 122 der revidirten Städteordnung zu den beiden zu besetzenden Marktmeister-Stellen, zu jeder drei Personen, der Versammlung zur Auswahl vor und beantragt, daß die Gewählten unter folgenden Bedingungen angestellt werden:

- 1) gegen Leistung einer Caution im Betrage von 200  $\text{z}\text{f}$  Courant;
- 2) unter Vorbehalt einer dreimonatigen Kündigung, nach Anleitung des §. 123 der revidirten Städteordnung, mit der weitem Bestimmung, daß von diesem Kündigungsrechte nur dann werde Gebrauch gemacht werden, wenn der Marktmeister in seinem Dienste sich etwas zu Schulden kommen lasse, daß derselbe dagegen bei gehöriger Besorgung seines Dienstes darauf rechnen könne, insofern er wegen Alters oder Kränklichkeit dienstunfähig werden würde, von dem aus der



Stadt-Casse bezogenen festen Gehalte nach Maßgabe der Bestimmungen des Staatsdienstgesetzes eine Pension zu erhalten:

3) mit der Verpflichtung zum Tragen einer Dienstkleidung bei Ausübung des Dienstes, bestehend in dunkelblauem Oberrock mit schwarzem stehenden Kragen und mit gelben Knöpfen, auf welchen als das städtische Wappen, ein Löwe in stehender Stellung, sich befindet, und in einer schwarzen Mütze mit einer Kokarde mit den städtischen Farben.

Nach Mittheilung dieses Schreibens, fordert der Herr Vorsitzende die Versammlung zur Wahl auf und fällt solche dahin aus, daß zu der einen Marktmeisterstelle:

der Unterofficier Johann Andreas Schlanstedt, aus Kl.-Winnigstedt, und zu der zweiten Marktmeisterstelle:

der Sergeant Theodor August Dammann, aus Königsutter, der Erstere einstimmig, der Letztere mit 24 unter 26 Stimmen gewählt wird.

Zu den unter 1 — 3 gestellten Bedingungen erklärt auf Vortrag des Herrn Vorsitzenden die Versammlung ebenfalls ihre Zustimmung, und zwar mit der in Folge eines Antrages des Herrn Voigt zu Nr. 3 veranlaßten Erweiterung, daß einem Jeden der beiden Marktmeister, zur ersten Anschaffung der Dienstkleidung, als Beihülfe eine Summe von 10  $\text{fl}$  aus der Stadt-Casse bewilligt wird.

IV. In der Berathung der Straßenpolizei-Ordnung wird bei §. 57 fortgefahren und wiederum die besondere Redaction der einzelnen durch Beschluß der Versammlung angenommene Vorschriften vorbehalten.

Den Vortrag übernimmt der Herr Vorsitzende.

Die §§. 57, 58 und 59 enthalten Bestimmungen über die Art und Weise, wie wilde Thiere, Pferde und Maulthiere, und Hornvieh transportirt werden sollen. Für Hornvieh insbesondere ist, sofern es sich um den Transport von einem oder von zwei dergleichen Thiere handelt, die Anwendung eines Strickes geboten, an welchem das einzelne Thier geleitet werden soll, und ist vorgeschrieben, daß der Führer, von welchem jener an dem Thiere befestigte Strick gehalten werden muß, in einer Entfernung von „4 Fuß“ hinterher gehe. Die Commission hält die Bestimmung dieses oder eines andern Maßes der Entfernung für bedenklich und giebt anheim, die „4 Fuß“ zu streichen. Dagegen beantragt dieselbe, daß dem Schlusssatz:

„Kälber und sonstiges Vieh dürfen in den Straßen nicht gekehrt werden“ eingeschaltet werde:

„und auf eine die Thiere quälende Weise nicht transportirt werden,“  
 ferner, daß die nach dem Entwurfe gerade für diese, nach dem Antrage zu erweiternde Schlußbestimmung angedrohte Strafe von 3  $\text{fl}$  auf 1  $\text{fl}$  herabgesetzt werde.

Die Versammlung genehmigt die Streichung der „4 Fuß“ und den beantragten Zusatz, bestimmt aber nach einem Vorschlage des Herrn Aronheim das Strafmaß auf 1  $\text{fl}$  — 3  $\text{fl}$ .

Der §. 60 will das Austreiben der Schweine, welche zur Mastung gehalten werden, nur vor 5 Uhr Morgens und nur an den Straßenreinigungstagen gestatten. Von der Commission wird vorgeschlagen, wie solches im §. 38 für Fortschaffung von Mist und Jauche geschehen, festzusetzen, so daß also das Austreiben in den Monaten März bis October einschließlich bis Morgens 6 Uhr und in den übrigen Monaten bis Morgens 8 Uhr zugelassen werde. Herr Bieweg beantragt, das Austreiben von Schweineheerden, d. h. in einer Anzahl von 6 und mehr Thieren, überhaupt zu verbieten.

Nach Ablehnung des Biewegschen Antrages wird von der Versammlung die Annahme des §. 60 mit dem Vorschlage der Commission durch Stimmenmehrheit beschlossen.

Die §§. 61 und 62 enthalten Bestimmungen über das Halten von Hunden und wird die Berathung derselben ausgesetzt, da ein desfallsiger besonderer Statut-Entwurf der Versammlung von dem Stadt-Magistrate zugegangen ist.

Durch §. 63 ist das Hinauslassen von Federvieh auf die Straßen verboten.

Im §. 64 ist das Jagen der Schlagtauben, insbesondere der dabei vorkommende durch Schreien und Werfen geübte Unfug für strafbar erklärt, doch giebt die Commission anheim, ein solches Verbot wenigstens an dieser Stelle zu streichen und ertheilt die Versammlung dazu ihre Zustimmung.

Zu §. 65, durch welchen insbesondere Vorsorge dafür getroffen ist, daß nicht todte Thiere auf den Straßen liegen bleiben, stellt die Commission den Antrag, die Verpflichtung Derjenigen, welchen die Straßenreinigung obliegt, nicht darauf zu beschränken, daß dieselbe von dem Funde eines todtten Thiers vor dem Hause sofort der Polizeibehörde Anzeige macht, sondern die alternative Verpflichtung aufzuerlegen, entweder das gefundene todte Thier sofort

zu entfernen, oder der Polizeibehörde Anzeige zu machen. Diesen Antrag genehmigt die Versammlung.

Für die Reinerhaltung der öffentlichen Brunnen- und Röhrenwasser-Behältnisse (§. 66.) wegen des Kleinmachens von Holz auf der Straße (§. 67.) und wegen des Niederlegens von Sachen auf der Straße (§. 68.), sind entsprechende Vorschriften aufgenommen, welche ohne wesentliche Aenderungen genehmigt werden.

Mit Schiebekarren, Handwagen und dergleichen darf auf den Fußwegen nicht gefahren, auch dürfen Fässer, Räder und dergleichen auf denselben nicht gerollt werden (§. 69.), dagegen ist der Transport von Porteschaisen, die mit Personen besetzt sind, und von Tragbahren mit Kranken oder Verwundeten, denen die Versammlung auf Antrag ihrer Commission auch „Handwagen“ mit Kranken oder Verwundeten hinzufügt, auf den Fußwegen oder Trottoirs nicht untersagt (§. 70.). Im Uebrigen sind in dem letztern Paragraphen mehre andere Verbote der Benutzung der Fußwege namentlich aufgeführt, so ist insbesondere das Gehen mit gefüllten Eimern auf den Fußwegen verboten. Herr Nieß beantragt zwar die Beseitigung des letztgedachten Verbots; doch lehnt die Versammlung diesen Antrag ab und erklärt sich mit der Bestimmung des §. 70. einverstanden.

Für den Gebrauch von Windeseilen sind im §. 71. Vorsichtsmaßregeln zur Pflicht gemacht, die mit einigen Modificationen gebilligt werden.

Die Commission beantragt, daß die Vorschriften des §. 72. über das Abladen von Holz auf den Straßen in den §. 68. mit aufgenommen werden und genehmigt solches die Versammlung.

Wer in der näher angegebenen Art und Weise die öffentliche Ruhe und Ordnung stört, verfällt der Strafbestimmung des §. 73.

Ein von der Commission zu diesem §. vorgeschlagener Zusatz, daß auf der Straße betroffene Betrunkene von den Unterbedienten der Polizei ihren Angehörigen oder der Polizeibehörde vorzuführen und mit einer Strafe von 1 — 5  $\text{fl}$  zu belegen seien, wird von der Versammlung angenommen.

Mehrseitig wird auch in der Versammlung der Wunsch ausgesprochen, die erstere Bestimmung des §. 73. so zu fassen, daß dieselbe auch auf den durch Kinder auf den Straßen verursachten Unfug unzweifelhaft anwendbar werde, und sagt der Vorsitzende Namens der Commission die thunlichste Berücksichtigung dieses Wunsches bei der endgiltigen Redaction zu.

Der §. 74. bezweckt das aufsichtslose Umhertreiben von Gemüthskranken und ähnlichen Personen auf den Straßen zu verhindern. Die Commission giebt der Versammlung anheim, die Bestimmung dieses §., wie in dem Ent-

wurde geschehen, auf „Blinde“ nicht Anwendung finden zu lassen, weil deren Umhergehen unter einen andern Gesichtspunkt falle, auch einzelnen mit der Derblichkeit bekannten Blinden das Umhergehen ohne Begleitung füglich gestattet bleiben könne, ferner auf „Betrunkene“ nicht, weil derer in dem obigen Satze zu §. 73 schon gedacht worden, in Betreff der Gemüthskranken u. s. w. aber dahin zu erweitern, daß denjenigen, welchen die Obhut und Pflege obliegt, die Verantwortlichkeit wegen der gegebenen Vorschrift aufgelegt werde.

Die Versammlung erklärt sich mit diesen Vorschlägen ihrer Commission einverstanden.

Die §§. 75 und 76, deren Vereinigung auf Antrag der Commission von der Versammlung genehmigt wird, sollen die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bei Maskeraden, Bällen und ähnlichen Gelegenheiten sichern.

Das Schießen, Abbrennen von Feuerwerken und dergleichen ist nach §. 77 in den Straßen der Stadt und auf den Promenaden unbedingt verboten.

Zum Musciren während der Nachtzeit innerhalb der Stadt ist, sofern durch dasselbe die nächtliche Ruhe gestört werden könnte, außer bei Tanzmusiken, die polizeiliche Erlaubniß einzuholen. (§. 78.)

Herr Grotzian giebt anheim, ob nicht die Bestimmung dieses Paragraphen, durch welche eben die Störung der nächtlichen Ruhe verhindert werden solle, mit andern Vorschriften, z. B. des §. 62 über das Heulen und Bellen der Hunde, zusammengestellt werden könne und verheißt die Commission, bei der Redaction dieses Anheimgabens in weitere Erwägung zu ziehen.

Das Klatschen mit Peitschen (§. 79.) soll nur, um dadurch zur Aufmerksamkeit oder Vorsicht aufzufordern, oder um ein Zeichen zu geben, und beim Schlittensfahren gestattet sein.

Öffentliche Aufzüge und dergl. bedürfen nach §. 80 der vorherigen Genehmigung der Polizeibehörde.

Der §. 81 verbietet das Betteln und Sammeln von Neujahrsgeschenken. Die Commission trägt darauf an, das Betteln von dem Sammeln von jenen Geschenken in der Fassung zu trennen, zugleich aber auch das Verbot auf das Sammeln von Geschenken anderer Art, z. B. von Fastnachtsgeschenken, zu erstrecken und ertheilt dazu die Versammlung ihre Zustimmung.

Die §§. 82 und 83 geben Vorschriften über die polizeiliche Ordnung auf den Wochenmärkten; da aber nach dem Vortrage der Commission gleiche Bestimmungen schon in die Wochenmarkts-Ordnung aufgenommen sind, so



beschließt die Versammlung die Streichung beider Paragraphen an dieser Stelle.

Zum Halten von Rähnen auf der Oker ist nach §. 84 polizeiliche Erlaubniß erforderlich.

Das Baden ist nach §. 85 außer an den von der Polizeibehörde angewiesenen Stellen verboten.

Kinder dürfen nach §. 86 nicht auf den Füllen oder an sonstigen gefährlichen Stellen an den Okerkanälen umherlaufen oder spielen.

Der §. 87 soll nach dem Beschlusse der Versammlung eine erweiterte Bestimmung erhalten, dahin, daß nicht bloß das Aufhauen des Eises auf der Oker und den Canälen in der Regel die vorherige polizeiliche Erlaubniß erfordert, sondern auch die geöffneten Stellen durch die möglichste und gesicherte Vorsoorge kenntlich gemacht werden.

Im §. 88 ist das Benutzen von Schleichwegen, um in die Stadt oder aus derselben zu gelangen, verboten.

Zu §. 89, welcher Beschädigungen der Anpflanzungen geahndet wissen will, beantragt Herr Bieweg einen Zusatz des Inhalts, daß das Ausnehmen der Nester von Singvögeln und das Einfangen der letztern im ganzen Stadtgebiete mit Strafe belegt werde.

Die Versammlung erteilt zur Aufnahme einer desfallsigen Bestimmung ihre Genehmigung.

Bei §. 90 werden die heutigen Verhandlungen wegen vorgerückter Tageszeit abgebrochen.

Der Herr Vorsitzende schließt die Sitzung, nachdem das Protocoll von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt worden.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 17. März 1853.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Steinmeyer, Helfst und G. Kloss wird aus den von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Behinderungsgründen von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Die Herren Köpcke und Uhde haben ihr späteres Erscheinen zur Sitzung in Aussicht gestellt.

I. Daß von der Versammlung der Stadtverordneten berathene städtische Armenstatut ist in einer von dem Herrn Vorsitzenden in Gemäßheit eines dem Letztern durch die Versammlung ertheilten Auftrages in Gemeinschaft mit dem Herrn Oberbürgermeister Caspari vorgenommenen Redaction dem Herzoglichen Staats-Ministerium durch den Stadt-Magistrat zur Genehmigung vorgelegt worden. Von dem Herzoglichen Staats-Ministerium ist die Genehmigung unter Vorbehalt einiger Aenderungen, welche jedoch im Wesentlichen nur eine anderweite Fassung einzelner Statutbestimmungen betreffen und deren Berücksichtigung sowohl dem Stadt-Magistrate, als dem Herrn Vorsitzenden unbedenklich erschienen ist, verheißen. Zu einer der vorgeschlagenen Aenderungen, der Bestimmung der Thätigkeit der Bezirksjugendpfleger rücksichtlich der Beaufsichtigung der Armenschulen, hält der Herr Vorsitzende die Zustimmung der Versammlung selbst für wünschenswerth, und erklärt sich die letztere ebenfalls damit einverstanden, daß vorgeschrieben werde:

»die Bezirksjugendpfleger haben auf die gehörige Befolgung des Schulplans, den Fleiß der Lehrer und den gehörigen Schulbesuch mit zu achten und die in dieser Beziehung bemerkten Mängel dem Schuldirector anzuzeigen.«

II. In der Berathung der Straßen-Polizei-Ordnung wird in der bisher befolgten Art und Weise bei §. 90 fortgefahren.

Der §. 91, über die Reinerhaltung der Wege im Stadtgebiete, hat nach dem Vortrage des Herrn Häusler, als Commissions-Referenten, der Commission nur Veranlassung gegeben, einige Aenderungen der Fassung und eine Verbindung dieses Paragraphen mit den §§. 25 und 37, welche das Verbot enthalten, Bauschutt und sonstigen Unrath, Mist, Kummer und dergleichen auf die Straßen zu bringen, vorzuschlagen, die Versammlung ist in beider Beziehung mit der Commission einverstanden.

Durch den §. 92 wird jeder Hausbesitzer verpflichtet, ohne Entschädigung die Anbringung einer Straßenlaterne oder eines Briefkastens an seinem Hause zu gestatten. Die nach dem Entwurfe hinzugefügte Strafandrohung wird von der Commission für überflüssig gehalten, weil es genügen werde, nur jene Verpflichtung festzustellen, um dergleichen Anordnungen ohne Weiteres zur Ausführung bringen zu können.

Von Herrn Kronheim wird anheimgegeben, neben den Straßenlaternen und den Briefkästen auch der Straßenschilder in diesem Paragraphen zu erwähnen.

Die Versammlung ertheilt zu der Weglassung der Strafandrohung und zu der Miterwähnung der Straßenschilder ihre Zustimmung.

Die §§. 93 und 94 verbieten die eigenmächtige Benutzung der Straßenlaternen und Laternenpfosten Seitens der Privatpersonen und schlägt die Commission vor, beide Bestimmungen in einem Paragraphen zusammen zu fassen, wozu die Versammlung ihre Genehmigung giebt, sowie nach einem Antrage des Herrn Voigt auch dazu, daß das Strafmaß von 1  $\text{fl}$  auf 1—3  $\text{fl}$  erhöht werde.

Zu dem §. 96, in welchem das Verschmutzen der Häuser, Brunnen, Denkmäler und dergleichen durch Bemalen oder auf andere Weise verboten ist, beantragt die Commission:

- a. ein Verbot der anstößigen Verunreinigungen in diesem Paragraphen hervorzuheben, und
- b. an den Stadt-Magistrat das Ersuchen zu richten, mit Herzogl. Polizei-Direction über die Einführung von Urinbehältern, s. g. Pissoirs, in Verhandlung zu treten.

Bei der weitern Debatte über den ersten Punkt stellen die Herren Wie weg und Voigt den Antrag, die von der Commission gedachten anstößigen Verunreinigungen mit thunlichst harter Strafe zu belegen.

Die Versammlung genehmigt den Commissions-Antrag mit der von dem Herrn Vorsitzenden vorgeschlagenen Feststellung des Strafmaßes von 1  $\text{fl}$  auf 1—5  $\text{fl}$ .

Auch der zweite Antrag der Commission wird von der Versammlung angenommen unter Genehmigung eines weiteren Antrages des Herrn Kronheim, dahin: daß die Einführung solcher Urinbehälter auch für die Promenaden um die Stadt unter gleichen Bedingungen als für die Straßen in Erwägung gezogen werden möge.

Der letzte Abschnitt des Entwurfs enthält »allgemeine Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Straßen-Polizei-Ordnung.«

Dem im §. 98 genannten Aufsichts-Personale sollen nach einem Beschlusse der Versammlung auch die s. g. Wailwärter und die städtischen Wegewärter hinzugezählt werden.

Für den Schlusssatz dieses Paragraphen, welcher lautet: »Uebrigens steht es auch einem jeden Andern frei, etwaige Vergehen gegen die Straßen-Polizei-Ordnung der Polizeibehörde anzuzeigen,« proponirt Herr Wie weg eine nachdrücklichere Fassung, dahin: daß von einem jeden Bürger die Anzeige von dergleichen Vergehen erwartet werde, womit die Versammlung sich einverstanden erklärt.

Nach §. 99 soll, was in Beziehung auf die Straßen vorgeschrieben ist, »im Zweifel« auch auf die öffentlichen Plätze und Promenaden und umgekehrt Anwendung finden. Herr Fabricius beantragt die Streichung der Worte »im Zweifel« und billigt solches auch die Versammlung.

Von §. 100, welcher die Strafandrohungen für alle in den früheren §§. bezeichneten Uebertretungen enthält, bleibt, da die Straffäge den einzelnen Paragraphen hinzugefügt werden sollen, nur der Schlusssatz bestehen: »Bei Rückfällen kann vom Gerichte, den Umständen nach, auf die doppelte Strafe erkannt werden.«

Eben dieser Paragraph giebt aber noch den Herrn Grottrian zu der Bemerkung Veranlassung, daß die unter h angeführte Strafe von Gefängniß bis zu 14 Tagen in den §. 81 wegen des Bettelns und Einsammelns von Geschenken übertragen sei. Dieses Strafmaß aber die im §. 2 der revidirten Städteordnung gesetzte Strafgränze von 10  $\mathcal{P}$  oder 10 Tagen Gefängniß überschreite.

Die Versammlung hält diese Bemerkung für zutreffend, und beschließt, daß im §. 81 das Strafmaß demgemäß herabgesetzt werde.

In dem §. 105 ist gesagt, daß Herzogliche Polizei-Direction »in der Regel« den Uebertretern der Straßen-Polizei-Ordnung zeitig den Betrag der verwirkten Strafe anzeigen lassen werde. Die Commission giebt anheim, die Worte »in der Regel« zu streichen und für diese Anzeigen den Gebrauch gedruckter Zettel vorzuschreiben. Noch einen Schritt weiter geht Herr Veweg, indem derselbe beantragt, neben dem Gebrauche jener Zettel dem Aufsichtspersonale ferner zur Pflicht zu machen, von der wahrgenommenen Contravention dem betreffenden Hausherrn sofort Mittheilung zu machen. Am Schlusse des Paragraphen ist übrigens hinzugefügt, daß das etwaige Unterbleiben jener Anzeige die Strafbarkeit der Contravention nicht aufhebe.

Die Anträge der Commission und des Herrn Veweg werden von der Versammlung angenommen, wogegen ein auf Streichung des letztgedachten Schlusssatzes gerichteter Antrag des Herrn Fabricius abgelehnt wird.

Nach §. 107 sollen für die verwirkte Strafe u. neben dem wirklichen Contravenienten auch dritte Personen, unter Andern »die Vormünder für ihre Curanden« haften.

Die Commission beantragt, außer einigen Redactions-Änderungen, die Verpflichtung der Vormünder für ihre Curanden aufzuheben, weil eine solche unberechtigt erscheine, und ertheilt dazu die Versammlung ihre Zustimmung.

Der §. 109 enthält die Aufhebung älterer Verordnungen. Unter Hinweisung auf die gedruckte Darstellung der Verhandlungen der Stadtverordneten in der Sitzung vom 3. d. Mts., woselbst bei §. 64 gesagt worden, das Verbot des Taubenjagens sei »wenigstens an dieser Stelle« zu streichen beschlossen, beantragt Herr Rädle, in dem §. 109 ausdrücklich auszusprechen, daß insbesondere die polizeilichen Vorschriften wegen des Taubenjagens aufgehoben seien. Der Herr Antragsteller begnügt sich aber unter Zurückziehung seines Antrages, nach einem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden damit, daß die nicht ganz vollständige Aufnahme des frühern Beschlusses in das Protocoll und aus demselben in den veröffentlichten Bericht durch eine in dieses Protocoll aufzunehmende Bemerkung eingebeffert und erläutert werde, daß nämlich die Bestimmung des §. 64 wegen des Taubenjagens durch den frühern Beschlus der Versammlung überhaupt habe beseitigt und aufgehoben werden sollen.

Mit jenem §. 109 ist die Berathung der Straßen-Polizei-Ordnung soweit beendet, daß nur noch der in den Sitzungen am 18. Novbr. und 2. Decbr. v. J. ausgesetzte Abschnitt von der Säuberung und Reinerhaltung der Straßen und Wege zu erledigen ist. Die Erledigung dieses Abschnitts und einiger anderer insbesondere von



dem Herrn Wie weg angedeuteter auf die Straßen-Polizei-Ordnung bezüglich der Anträge wird von dem Herrn Vorsitzenden einer der nächsten Sitzungen vorbehalten.

III. Mittelft Schreibens des Stadt-Magistrats vom 28. v. Mts. ist der Versammlung der Entwurf eines Status mitgetheilt, welches Bestimmungen über das Halten von Hunden in hiesiger Stadt enthält. Nach jenem Schreiben ist schon in früherer Zeit, um den mannigfachen Belästigungen und selbst Gefahren, welche aus dem Vorhandensein einer übermäßigen Anzahl von Hunden in hiesiger Stadt dem Publicum erwachsen, abzuhefen, die Idee der Einführung einer s. g. Hundesteuer angeregt und im Jahre 1841 dadurch weiter verfolgt, daß der Versammlung der Stadtverordneten ein desfalliger Statut-Entwurf vom Stadt-Magistrate vorgelegt worden. Allein es ist von den Stadtverordneten die Erlassung eines solchen Statuts nach der frühern Städteordnung für unzulässig erklärt, obwohl im Uebrigen die Ergreifung von Maßregeln zur Verminderung der Zahl der Hunde für sehr wünschenswerth erkannt wurde. Aus eben diesem Motive ist der jetzige Statut-Entwurf hervorgegangen, zumal das Herzogliche Staats-Ministerium es abgelehnt, zur Beseitigung der eingetretenen Bedenken eine Aenderung der §§. 154 und 157 der revidirten Städteordnung zu dem Zwecke zu veranlassen, um die städtischen Behörden auch zur Einführung anderer Steuern als einer Einkommen- und Grundsteuer zu ermächtigen, vielmehr ausgesprochen hat, daß die Einführung einer Abgabe für das Halten von Hunden als eine polizeiliche Maßregel durch statutarische Bestimmungen der revidirten Städteordnung nicht entgegen sei. Der Stadt-Magistrat hat sich dieser Ansicht um so eher anschließen zu können geglaubt, da die proponirten Vorschriften über das Halten von Hunden mehr einen polizeilichen Charakter und Zweck, als eine Finanz-Maßregel erkennen lassen und schon in anderen Städten des hiesigen Landes, in Blankenburg und Seesen, ähnliche Bestimmungen von den städtischen Behörden unter Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums erlassen seien.

Der Statut-Entwurf, welcher im Wesentlichen dahin geht, zur thunlichen Abwendung der vielseitigen Unzuträglichkeiten, welche aus dem Halten von Hunden für das Publikum entstehen, Controle-Maßregeln festzustellen, und das Halten von Hunden, soweit dieselben nicht zu gewerblichen Zwecken, zur Bewachung von Grundstücken u. d. dienen, durch eine jährliche Abgabe von 2  $\mathcal{P}$  für einen jeden Hund zu erschweren, ist der Statuten-Commission zur Vorprüfung überwiesen.

Als Referent theilt Herr Häusler der Versammlung mit, daß die Commission die Zuständigkeit der städtischen Behörden, ein derartiges Statut, wie die Vorlage enthalte, zu erlassen, habe anerkennen müssen. Dasselbe widerstreite nicht den Vorschriften der §§. 154 und 157 der revidirten Städteordnung, weil es sich hier nicht um Ausbringung einer Summe zur Bestreitung städtischer Bedürfnisse handle, sondern nur der polizeiliche Zweck vorliege, die Uebelstände zu beseitigen oder doch zu vermindern, welche mit dem übermäßigen Halten von Hunden für das Publikum verbunden seien. Zu dergleichen Maßnahmen seien die städtischen Behörden vermöge des §. 2 der revidirten Städteordnung befugt, da derselbe auch Gegenstände der Ortspolizei durch Statute zu ordnen gestatte und nicht verbiete die Erreichung polizeilicher Zwecke durch Erhebung einer entsprechenden Abgabe zu ermöglichen. Um den polizeilichen Character dieser statutarischen Bestimmungen entschieden hervorzuheben, halte aber die Commission für angemessen, in der Reihenfolge der einzelnen

Vorschriften eine Aenderung vorzunehmen, worüber die Commission bei der besondern Berathung des Statut-Entwurfs ihre Vorschläge vorlegen werde. Herr Rö p k e hält zwar an sich aus den angegebenen Rücksichten, die Einführung einer Abgabe für das Halten von Hunden für angemessen, bestreitet aber die desfallsige Befugniß der städtischen Behörden. Es liege nämlich außerhalb der Befugnisse der Polizeigewalt, welche wohl Verbote und Gebote erlassen und deren Durchführung durch Androhung von Strafen oder Verheißung von Belohnungen sichern oder fördern könne, für Gestattung erlaubter Handlungen eine Geldzahlung zu fordern. Eine solche Geldzahlung sei eine Abgabe und gehöre als solche in das Steuergebiet. Die Gränzen für eine Steuererhebung seien aber in der revidirten Städteordnung bestimmt, und können von den städtischen Behörden auch nicht mit Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums erweitert oder überschritten werden. Sollten die proponirten statutarischen Bestimmungen in Wirksamkeit gesetzt werden, so werde er, so oft sich die Gelegenheit dazu biete, für Pflicht halten, die Frage, ob Jemand wegen des Besizes eines Hundes zur Zahlung einer Geldabgabe angehalten werden könne, zur richterlichen Cognition zu versetzen und die Unrechtmäßigkeit einer solchen Abgabe darzuthun suchen.

Herr Aron heim, davon ausgehend, daß es nothwendig sei, dem Hundeunwesen auf eine entsprechende Weise entgegenzutreten, giebt zu bedenken, daß bei gar zu scharfen Unterscheidungen der beabsichtigte gute Zweck unerreicht bleiben werde. Die Ausgabe der Polizei-Gewalt, auch vorsorgend einzugreifen, um gegen Unglücksfälle vorzubeugen, könne unerlaubten Handlungen gegenüber durch Androhung von Strafen, erlaubten Handlungen gegenüber, insofern die übermäßige Ausübung derselben gefährlich zu werden fürchten lasse, durch eine Erschwerung derselben erfüllt werden, und für die Erschwerung gebe die Erhebung einer Abgabe ein zulässiges Mittel an die Hand. Daß eine solche Abgabe nicht eine Steuer sei, ergebe sich schon daraus, daß dieselbe nicht zur Deckung eines städtischen Bedürfnisses ausgeschrieben werde, vielmehr als dazu dienend, betrachtet werden könne, einen Ersatz für die Kosten der Ausführung und Aufrechterhaltung der statutarischen Bestimmungen zu gewähren.

Herr Overbürgermeister Cas p a r i erblickt in der Auslegung einer Abgabe für das Halten von Hunden durchaus keine Verletzung der betreffenden Bestimmungen der revidirten Städteordnung, da nach dem ganzen Inhalte des Entwurfs der polizeiliche Zweck der vorherrschende, der Finanzpunkt eine Nebensache sei, und durch die proponirte Abgabe, die unrichtiger Weise eine Hundesteuer genannt werde, der Stadtcasse überall nicht die Mittel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse geschafft werden sollen. Nach §. 15 des Entwurfs solle der Ertrag der Abgabe, weil doch einmal über dessen Verwendung Bestimmung zu treffen gewesen, zwar zur Erhaltung und Erneuerung des Straßenpflasters verwandt werden, aber doch nur neben demjenigen Betrage, welcher in Folge der bestehenden Bestimmungen aus der Stadtcasse jährlich zur Reparatur des Straßenpflasters verwendet werden müsse. Der §. 2 der revidirten Städteordnung lasse die städtischen Behörden befugt erscheinen, die statutarisch polizeilichen Bestimmungen mit der Anordnung einer deren Ausführung ermöglichenden Abgabe zu erlassen, ohne daß dadurch gegen die Vorschriften der §§. 154 und 157 der revidirten Städteordnung verstoßen würde, was allerdings rücksichtlich einer etwaigen Einführung anderer Abgaben, z. B. von Equipagen, Pferden

und dergleichen Luxusgegenständen behauptet werden möchte, weil solchen Abgaben der hier vorkommende polizeiliche Charakter fehle. Da durch die Gesetze den Gemeindebehörden so ausgedehnte Befugnisse zugestanden worden, so dürfe auch in dem vernünftigen Ermessen der städtischen Behörden eine genügende Bürgschaft gegen einen Mißbrauch ihrer Befugnisse gefunden werden.

Herr Grotzian hält die Abgabe für eine eigentliche Steuer, obwohl durch die Anordnung derselben auch polizeiliche Zwecke verfolgt werden sollen und findet daher in dem §. 2 gegenüber den §§. 154 und 157 der revidirten Städteordnung nicht eine Berechtigung der städtischen Behörden, eine solche Abgabe anzunehmen.

Herr Räche spricht sich, hinweisend auf die einander entgegen stehenden Meinungen der bei der Debatte aufgetretenen Juristen, in Uebereinstimmung mit dem Herrn Röpke gegen die Zuständigkeit der städtischen Behörden, ein Statut der vorliegenden Art zu erlassen, aus, wiewohl auch er dem Hundewesen durch eine gefesehliche Abgabe gesteuert wissen möchte.

Herr Südel will bei den widerstreitenden Ansichten über den Rechtspunkt es der Erwägung jedes Einzelnen überlassen wissen, ob es sich hier um Einführung einer Steuer handle oder nicht, hält aber seinerseits dafür, daß hier nur ein polizeilicher Zweck und nicht eine Finanzmaßregel verfolgt werde.

Herr Fabricius erklärt, daß das Statut seinem Gefühle widerstrebe, da durch dessen Bestimmungen, welche ohnehin nicht einmal so dringend geboten seien, weil nach seiner Meinung eine große Belästigung oder Gefährde für das Publikum durch die in hiesiger Stadt vorhandenen Hunde noch nicht eingetreten, gerade die Kernern, deren einzige Freude oft ein solches Thier sei, am härtesten getroffen würden.

Herr Nieß hält die städtischen Behörden für befugt, Uebelsständen, wie solche durch das Vorhandensein einer übermäßigen Zahl von Hunden hier in der That hervorgerufen würden, durch ortspolizeiliche Vorschriften entgegenzutreten, spricht sich daher für die weitere Berathung des Statut-Entwurfs aus, und will über dessen Annahme oder Ablehnung nicht das Gefühl, sondern den Verstand entscheiden lassen.

Herr Boigt giebt anheim, zunächst von andern Orten her, namentlich von Blankenburg und Seesen, Mittheilungen darüber zu veranlassen, welches praktische Resultat dort durch ähnliche statutarische Bestimmungen über das Halten von Hunden erzielt sei, ehe zu einem Beschlusse in der Sache selbst geschritten werde.

Herr Röpke tritt dem von Herrn Kronhe im Gesagten entgegen, indem die Art und Weise, wie derselbe die Abgabe zu rechtfertigen suche, in der That zu sophistisch sei und jedenfalls der Ertrag der Abgabe die Kostendeckung weit überschreiten dürfte. Außerdem aber sage der §. 2 der revidirten Städteordnung ausdrücklich, die Statuten dürften nichts den Landesgesetzen Widersprechendes enthalten, und über die Bestimmungen der §§. 154 und 157 daselbst hinweggehen, weil die beabsichtigte statutarische Maßregel für eine vernünftige erkannt werde, sei eben so unzulässig, als bedenklich, da zu den verschiedenen Zeiten die Ansichten darüber, was vernünftig und was nicht vernünftig sei, verschieden ausfallen.

Für den Schluß der Debatte kommt der Berichterstatter, Herr Häusler, noch einmal darauf zurück, daß es hier lediglich auf eine statutarisch-polizeiliche Einrichtung abgesehen sei. Da das Halten von Hunden nicht überhaupt zu verbieten sei, so könne die polizeiliche Vorsorge zur Beseitigung oder Verminderung von Unzuträglichkeiten nur dadurch ausgeübt werden, daß das Halten von Hunden durch zweckdien-

liche Lasten, d. h. Nachtheile pecuniärer oder anderer Art erschwert und beschränkt werde. Von diesem Gesichtspunkte aus müsse eine vernünftige Auslegung und Anwendung des §. 2 der revidirten Städteordnung ohne Verletzung der §. §. 154 und 157 zu dem Resultate führen, daß die Anordnung einer Abgabe für das Halten von Hunden in der Zuständigkeit der städtischen Behörden beruhe, wenn der erste Paragraph auch nicht ausdrücklich eine solche Form der Ausführung polizeilicher Maßregeln hervorhebe.

Bei der Lage der Sache und um Verhandlungen zu vermeiden, welche, wenn die Versammlung die Erlassung eines auf den wesentlichen Grundsätzen der Vorlage beruhenden Statuts, also auch ihre Mitwirkung dazu, für mit den Bestimmungen der Städteordnung in Widerspruch stehend erachte, nutzlos sein würden, hält der Herr Vorsitzende für angemessen, daß von der Special-Berathung des Entwurfs die Zuständigkeitsfrage durch Abstimmung erledigt werde.

Die Abstimmung selbst ergiebt eine große Stimmenmehrheit für die Competenz der Versammlung.

Für die Specialberathung bestimmt der Herr Vorsitzende die nächste Sitzung und schließt die heutige, nachdem das Protocoll von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt worden.



## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 7. April 1853.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Räche, Graß, Varrentrapp, Steinmeyer und Kellner wird aus den von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Behinderungsgründen, von der Versammlung für entschuldigt angenommen.

I. Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 27. Dec. v. J. über welches der Herr Vorsitzende der Versammlung Vortrag macht, sind von Herzogl. Polizei-Direction zur Bedienung eines dritten Zubringers, durch welchen die Feuerlöschgeräthschaften der hiesigen Stadt im Jahre 1851 vermehrt worden, 16 active Feuerlösch-Gehülfen und eine Reservemannschaft von 8 Personen angenommen. Von diesem Personale, welches seit dem 1. Jan. v. J. in Thätigkeit gewesen ist, haben an jährlicher Remuneration die ersteren ein jeder 5  $\mathfrak{R}$  und die letzteren ein jeder  $2\frac{1}{2}$   $\mathfrak{R}$  zu beanspruchen, so daß die Gesamtsumme auf jährlich 100  $\mathfrak{R}$  sich beläuft. Unter Vorbehalt weiterer Bestimmung über die Zahl der Löschmannschaft überhaupt, worüber auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 16. Octbr. v. J. bei Feststellung eines neuen von Herzogl. Polizei-Direction entworfenen Reglements für den Löschverein von der Versammlung noch Beschluß zu fassen ist, giebt der Stadt-Magistrat anheim, jene zur Zeit nöthwendige Ausgabe von 100  $\mathfrak{R}$  jährlich zu dem angegebenen Zwecke vom 1. Januar v. J. an bis auf Weiteres aus der Stadtcasse zu bewilligen.

Die Versammlung spricht diese Bewilligung für die Jahre 1852 und 1853 durch Mehrheitsbeschluß aus.

II. Für die auf der Tagesordnung stehende Specialberathung des Statut-Entwurfs über das Halten von Hunden kommt Herr Häusler als Commissions-Referent, auf die schon in der vorigen Sitzung ange deuteten Vorschläge, durch eine andere Reihenfolge der einzelnen Vorschriften den polizeilichen Zweck derselben deutlicher hervortreten zu lassen, zurück. Die Commission empfiehlt die Vorschriften über die Anmeldung der vorhandenen Hunde und die darauf abzielenden Controle-Bestimmungen an die Spitze zu stellen und sodann die Dispositionen über die zu erhebende Abgabe folgen zu lassen. Es

werden ferner von der Commission einige in das Statut aufzunehmende transitorische Bestimmungen, nach welchen unter gewissen Beschränkungen die jetzigen Eigenthümer von Hunden jener Abgabe nicht sofort unterworfen sein sollen, vorläufig bekannt gemacht.

Die weitere Berathung bezieht sich vorzugsweise auf diejenigen Bestimmungen, zu welchen von der Commission oder aus der Versammlung Änderungs-Anträge gestellt werden, während etwaige Veränderungen in der Fassung, nach dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden der Commission bei der schließlichen Redaction überlassen bleiben sollen.

Schon nach den Einführungsworten ist der Zweck des Statuts der, das Publikum vor der Belästigung und der Gefahr, welche demselben aus der großen Anzahl der in hiesiger Stadt gehaltenen Hunde erwächst, sicher zu stellen.

Das Statut soll nach dem Antrage der Commission mit dem §. 7 als §. 1 mit der Ueberschrift „von der Anmeldung der Hunde“ beginnen. Dieser Paragraph bestimmt, daß alle Hunde, welche im Bezirke der Stadt gehalten werden, angemeldet werden sollen. Die in dem ersten Absätze vorkommenden Worte: „sie mögen der Abgabe unterliegen oder nicht,“ sollen hinwegfallen, da in diesem Paragraphen von einer Abgabe noch nicht die Rede sein würde. Weiter enthält der Paragraph Vorschriften über die zur Anmeldung verpflichteten Personen und über Ort, Zeit und Form der Anmeldung.

Mit dem Commissions-Antrage wird der §. 7 als §. 1 des Statuts von der Versammlung durch Mehrheitsbeschluß angenommen.

Als §. 2 soll nach dem fernerem Antrage der Commission §. 11 des Entwurfs folgen, welcher vorschreibt, daß jeder Hund mit einer am Halse zu befestigenden Marke versehen sein soll. Von dem in dem zweiten Absätze dieses Paragraphen zugelassenen Ausnahmen empfiehlt die Commission die, der zur Jagd bestimmten Hunde der Jagd- und Forstbeamten, der Jagdpächter und Administratoren als eine nicht motivirte zu streichen. Ferner giebt die Commission die Weglassung des dritten Absatzes, welcher dem Stadt-Magistrate die jederzeitige Aenderung der Marken vorbehält, als sich von selbst ver-  
stehend, anheim.

Die Marken bestehen, nach dem Entwürfe in einem Bleche, welches mit dem städtischen Wappen gestempelt werden soll: Herr Voigt hält es nicht für passend, daß auf diesen Blechen der städtische Löwe stehe, und wünscht, daß der Stadt-Magistrat ersucht werde, statt des städtischen Wappens zu diesem Zwecke ein anderes Emblem auszuwählen; doch erhält dieser Vorschlag nicht die Stimmenmehrheit.

Der §. 11 wird als §. 2 des Statuts mit den Anträgen der Commission von der Versammlung angenommen.

Der §. 1 des Statut-Entwurfs soll nach dem Commissions-Antrage als

§. 3 aufgenommen werden. Er handelt von der Abgabe und bestimmt deren Betrag für den einzelnen Hund auf jährlich 2  $\mathfrak{f}$ . Statt der im zweiten Absatz dieses §. enthaltenen Bestimmung, daß dieser volle Betrag auch dann zu zahlen sei, wenn erst im Laufe des Jahres ein Hund angeschafft oder abgabepflichtig werde, beantragt die Commission: daß nur die Hälfte jenes Betrages zu zahlen sei, wenn in der letzten Jahreshälfte ein Hund angeschafft oder abgabepflichtig werde.

Herr Lüddecke schlägt vor, statt des Wortes „Abgabe“, irgend eine andere Bezeichnung zu wählen, um auch die geringste Veranlassung zur Verwechslung der Geldzahlung mit einer „Steuer“ zu vermeiden.

Herr Köpcke dagegen, nachdem derselbe erklärt, daß er weder durch seine Anwesenheit in der heutigen Sitzung, noch durch seine Betheiligung an der Debatte der Vermuthung Raum geben wolle, er sei von seiner in der letzten Sitzung über die Unzuständigkeit der städtischen Behörden zur Errichtung des vorliegenden Statuts ausgesprochenen Ansicht zurückgekommen, daß vielmehr der Zweck seiner Theilnahme an den heutigen Verhandlungen nur der sei, dahin zu wirken, daß Unrecht nur in möglichst geringem Umfange ausgeübt werde, — welcher Erklärung die Herren Grund und Fabricius sich anschließen, — stellt den Antrag, die Abgabe geradezu mit dem ihr zukommenden Namen „Steuer“ zu belegen.

Beide Anträge werden aber von der Versammlung abgelehnt.

Herr Jüdel will an die Stelle dieses Paragraphen ganz andere Vorschriften gesetzt wissen. Derselbe geht davon aus, daß der Zweck des Statuts sei, die Gefahren, welche das Halten der Hunde herbeiführe, von dem Publikum abzuwenden. Die in Verfolgung dieses Zweckes vorgeschriebene Abgabe sei aber ein nicht geeignetes, nicht ausreichendes Mittel. Die Auferlegung einer Abgabe werde allerdings die Zahl der Hunde vermindern und zwar insbesondere diejenigen Personen, welche eine solche Abgabe nicht zahlen könnten, zur Abschaffung ihrer Hunde veranlassen; aber eine geringe Anzahl von Hunden könne dem Publikum eben so wohl gefährlich werden, wie durch Beispiele von einzelnen bissigen oder tollen Hunden leicht nachzuweisen wäre, und insofern werde durch jene Abgabe auf der einen Seite der eigentliche Zweck nicht erreicht, auf der andern Seite eine Ungerechtigkeit gegen einen Theil der Einwohnerschaft geübt. Um die Gefahren vollständig zu beseitigen, empfehle er die Annahme folgender Bestimmung:

„das Umherlaufen der Hunde auf den Straßen und Promenaden ist untersagt. Es ist gestattet, Hunde an einer Leine, welche indessen nicht länger als 5 bis 6 Fuß sein darf, mit sich zu führen. Jeder Hund muß mit einem Halsbande versehen sein, auf welchem der Name des Besitzers steht;“

eventuell: „Jeder Hund ist mit einem Maulkorbe, welcher nach einer von der Polizei-Behörde zu bestimmenden Form angefertigt sein muß, zu versehen. Es muß derselbe ferner ein Halsband, auf welchem der Name des Besitzers sich befindet, tragen.“

Würde die eine oder die andere dieser beiden Bestimmungen die Genehmigung der Versammlung erlangen, so würde dadurch die Erhebung einer Abgabe beseitigt werden. Sollte aber die Versammlung keine von diesen beiden Bestimmungen billigen, so stelle er zur annähernden Erreichung des Zweckes, welche er bei dem Vorschlage jener Bestimmungen verfolgt habe, den ferneren Antrag:

„die Abgabe mit der Zahl der Hunde eines Besitzers steigern zu lassen, und zwar so, daß für den ersten Hund jährlich 2  $\mathfrak{g}$ , für den zweiten Hund jährlich 25  $\mathfrak{g}$ , für den dritten Hund jährlich 50  $\mathfrak{g}$  und in dieser Progression fort, zu zahlen seien.“

Zunächst werden die beiden ersten Anträge von dem Herrn Vorsitzenden zur Debatte gestellt.

Herr Liffelhon glaubt annehmen zu dürfen, daß die Verpflichtung zur Zahlung einer Abgabe den Besitz von Hunden auf Personen beschränken werde, welche dieselben in gehöriger Beaufsichtigung halten und dadurch werde die größere Gefahr beseitigt werden. Das Führen der Hunde an einer Leine vertrage sich nicht mit dem Verkehre auf den Straßen und Promenaden und die Anlegung eines Maulkorbes sei nur bei solchen Hunden nöthig, welche durch Bissigkeit sich gefährlich zeigten, werde für solche Hunde aber auch schon durch den Statut-Entwurf vorgeschrieben.

Herr Vieweg ist mit dem durch den §. 1 des Statut-Entwurfs ausgesprochenen Principe einverstanden, und würde jeden Falls statt zur Annahme der Vorschläge des Herrn Jüdel zu einem allgemeinen Verbote des Haltens von Hunden rathen.

Herr Häusler weist auf die in dem Statut-Entwurfe enthaltenen Bestimmungen über die Behandlung toller und bissiger Hunde hin, deren Ausföhrung die durch solche Hunde drohende Gefahr beseitigen werde; es sei aber nicht darauf abgesehen, die Hunde gänzlich zu beseitigen, obwohl es sich nicht verhindern lasse, daß ungeachtet der verordneten Abgabe manche Unbequemlichkeiten dem Publikum aus dem Halten von Hunden entstehen würden.

Herr Fabricius unterstützt die zweite, eventuell von dem Herrn Jüdel vorgeschlagenen Bestimmung, und stellt dazu den Unterantrag:

„daß die Anlegung eines Maulkorbes bei dem Umherlaufen der Hunde nicht bloß auf den Straßen und Promenaden, sondern auch an allen öffentlichen Orten geboten werde.“



Die Abstimmung der Versammlung ergibt die Ablehnung der einen wie der andern der beiden Bestimmungen des Herrn Jüdel.

In Bezug auf den weitem Antrag des Herrn Jüdel auf Steigerung der Abgabe beantragt Herr Helfft, die von Herrn Jüdel vorgeschlagene Steigerung als eine übermäßige bezeichnend,

„die Abgabe für einen Hund eines Besitzers auf 2  $\mathfrak{A}$ , für jeden ferneren Hund aber auf 4  $\mathfrak{A}$  festzustellen.“

Für eine angemessene Steigerung sprechen sich auch die Herren Aronheim, Denecke und Röpkke aus; Herr Denecke beantragt:

„eine nach den Vermögensverhältnissen der Hundebesitzer zu ermessende Steigerung der Abgabe.“

Herr Röpkke hält gerade aus dem Gesichtspunkte der polizeilichen Maßregel eine Steigerung der Abgabe, und zwar nach den Vermögensverhältnissen der Hundebesitzer, für durchaus billig, weil sonst nur ausgesprochen zu sein scheine, die ärmeren Leute sollen Hunde nicht halten, obwohl doch diese im Ganzen besser für ihre Hunde sorgten als die Wohlhabendern; auch bemerkt noch Herr Denecke, daß die meistens kleinern Hunde der Armen nicht so belästigend würden, als die meistens größeren Hunde der Wohlhabendern.

Herr Nieß erklärt sich für den Helfftschen, aber gegen den Deneckeschen Antrag, weil er die Hunde der ärmeren Leute nicht für besser gezogen hält, als die der Wohlhabendern. Im übrigen empfiehlt er, da aus dem Halten von Hunden eine Belästigung des Publikums hervorgehe, es gerecht und billig sei, solche Belästigungen abzustellen, und eine Abgabe von den Hunden dazu dienen werde, solche Belästigungen thunlichst zu beseitigen, das Statut vom 1. Julius d. J. an, ohne die angekündigten transitorischen Befreiungen von der Abgabe und lediglich mit der Beschränkung auszuführen, daß für die letzten sechs Monate d. J. die Abgabe auf die Hälfte des zu bestimmenden Betrages festgesetzt werde.

Gegen jede Steigerung der Abgabe äußern sich Herr Bieweg und Herr Häusler, welcher Letztere dabei hervorhebt, daß durch eine Steigerung der polizeiliche Zweck nicht besser erreicht werde und die Steigerung selbst unbillig sei.

Bei der Abstimmung ergibt sich für den Antrag des Herrn Denecke keine Stimmenmehrheit.

Der §. 1 des Entwurfs wird mit dem Antrage der Commission, zugleich aber, nach Ablehnung der Anträge des Herrn Jüdel mit der durch Herrn Helfft beantragten Steigerung der Abgabe angenommen.

Im §. 2 des Entwurfs, in der von der Commission angenommenen Reihenfolge §. 4, sind die Befreiungen von der Abgabe enthalten.

Die erste Befreiung der „Hunde unter sechs Monaten“ beantragt die

Commission um für die Ausnahme ein äußerlich erkennbares Zeichen aufzustellen, folgendermaßen zu formuliren:

„Hunde, welche die Milzhähne noch nicht abgeworfen haben.“

Zu № 2: „Hunde, welche Sr. Hoheit, dem Herzoge, oder einem Mitgliede der Regenten-Familie zugehören, so wie Hunde fremder Gesandten oder Geschäftsträger“ beantragt die Commission die Aufhebung der Befreiung für Hunde fremder Gesandten und Geschäftsträger, weil diese Personen von der Befolgung polizeilicher Vorschriften nicht erimirt seien.

Zu № 4, wegen der „Hunde, welche den hiesigen Einwohnern zur Bewachung ihrer Grundstücke erforderlich sind, am Tage an der Kette liegen oder eingesperrt gehalten und nur Nachts losgelassen werden,“ empfiehlt die Commission, auszudrücken, daß solche Hunde der Abgabe nicht verfallen sollen, wenn sie Nachts auch außerhalb der Grundstücke, für deren Bewachung sie gehalten werden, umherlaufen.

Mit diesen Anträgen der Commission wird §. 2 des Entwurfs (§. 4) von der Versammlung angenommen.

Der §. 3 des Entwurfs (§. 5) enthält Beschränkungen obiger Befreiungen; die Befreiung von der Abgabe ist erstreckt:

zu № 1 bei den Bleichern und Hirten auf einen alten und einen jungen Hund; die Commission beantragt:

den Bleichern 3 und den Hirten 2 abgabefrei zu haltende Hunde zuzugestehen;

zu № 4 bei den zur Sicherheit zu haltenden Hunden auf einen Hund für jedes Grundstück; — die Commission giebt anheim, nach dem Ermessen des Stadt-Magistrats — §. 6 des Entwurfs — bei größeren Grundstücken die Befreiung auch auf mehrere Hunde auszudehnen.

Ein Antrag des Herrn Nieß rücksichtlich der Bestimmung unter № 4, dahin gehend: „nur für solche Grundstücke einen Hund abgabefrei zu lassen, welche nicht auf allen Seiten geschlossen seien,“ wird von der Versammlung abgelehnt.

Mit den Commissions-Anträgen wird jener Paragraph von der Versammlung angenommen.

Obwohl auf Antrag der Commission der §. 4 des Entwurfs (§. 6), welcher die Abgabefreiheit aufhebt, wenn die Hunde der Hirten bc., der Forst- und Jagdbeamten nicht von einer Race sind, welche deren Tauglichkeit zu ihrer Bestimmung verbürgt, zu streichen, von der Versammlung beschlossen wird, so wird doch auf Antrag des Herrn Fabricius und auf Bestürmung des Herrn Häusler ein Zusatz zu dem §. 3 des Entwurfs (§. 5) dahin lautend:

„die Befreiung der Hunde für Forst- und Jagdbeamten erstreckt sich nur auf Hunde, welche zur Jagd nutzbar sind.“ von der Versammlung angenommen.

Die von der Commission beantragte Streichung des §. 5 des Entwurfs (§. 7), welcher unter Umständen auch die nach §. 2 des Entwurfs (§. 4) unter N. 3 und 4 von der Abgabe befreiten Hunde der Abgabe unterwirft und für den Sommer und Winter die Stunden für die Freilassung der im §. 2 des Entwurfs (§. 4) unter N. 4 gedachten Hunde bestimmt, wird auf eine desfallsige Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari von der Versammlung dadurch beschränkt, daß die letztangeführte Bestimmung als Zusatz dem §. 2 des Entwurfs (§. 4) beizufügen beschlossen wird.

Der §. 6 des Entwurfs (§. 8) überträgt die Entscheidung von Zweifeln über die Abgabepflichtigkeit dem Stadt-Magistrate, unter Zuziehung des Herzöglichen Polizei-Directors.

Nach §. 8 des Entwurfs (§. 9) soll die Abgabe jedes Mal im December für das folgende Jahr entrichtet, oder eintretenden Falls die nöthige Befreiung erwirkt werden.

Die im Laufe eines Jahres neu angeschafften oder zugezogenen Hunde sollen nach §. 9 des Entwurfs (§. 10) binnen 8 Tagen nach dem Erwerbe oder dem Eintritte der Abgabepflichtigkeit angemeldet werden.

Der §. 10 des Entwurfs (§. 11) handelt von der Anmeldebefcheinigung und von der Quittung.

Nach §. 12 des Entwurfs (§. 12) kann die gezahlte Abgabe nicht zurückgefordert werden, wenn auch der Besitz eines Hundes aufhört; die Marke ist aber binnen 8 Tagen zurückzugeben und darf auf andere Personen nicht übertragen werden; dagegen wird die Marke unentgeltlich zurückgegeben, wenn an die Stelle eines abgegangenen Hundes, innerhalb des Abgabefahrs von derselben Person ein anderer Hund angeschafft und binnen 3 Tagen nach der Anschaffung davon Anzeige gemacht wird.

Die Commission beantragt, die letztere Fristbestimmung von 3 Tagen ebenfalls auf 8 Tage auszudehnen und erklärt sich die Versammlung damit einverstanden.

Mit Veräußerung eines Hundes kann nach §. 13 des Entwurfs (§. 13) auch die Marke veräußert werden; geschieht dies nicht, so hat der Veräußerer binnen 8 Tagen nach der Veräußerung von letzterer Anzeige zu machen.

Von dem Verluste eines Hundes durch Entwendung oder Entlaufen ist nach §. 14 des Entwurfs (§. 14) ebenfalls binnen 8 Tagen Anzeige zu machen. Statt einer verlorenen Marke soll für 4 *M* eine neue gegeben werden.

Im §. 15 des Entwurfs (§. 15) ist über die Verwendung der Abgabe die Bestimmung getroffen, daß deren Ertrag alljährlich zur Erhaltung und

Erneuerung des Straßenpflasters neben demjenigen Betrage noch mit verwandt werden soll, welcher in Folge der bestehenden Bestimmungen aus der Stadtcasse jährlich zur Reparatur des Straßenpflasters verwendet werden muß.

Die Commission beantragt auszudrücken:

„daß über die Verwendung des Ertrages der Abgabe alljährlich durch besondern Beschluß der städtischen Behörden zur Förderung eines gemeinnützigen, nicht schon durch den Stadthaushalts-Etat bestimmten, hauptsächlich der ärmeren Classe zum Vortheile gereichenden Zweckes, insbesondere zur Errichtung einer öffentlichen Wasch- und Bade-Anstalt Verfügung getroffen werde.“

Herr Oberbürgermeister Caspari hält es für genügend, wenn im Allgemeinen die Zweckbestimmung dem Beschlusse der städtischen Behörden vorbehalten werde, ohne in dem Statute den Ertrag zunächst für Einrichtung einer Wasch- und Bade-Anstalt zu bestimmen, da die Ausführung eines solchen Unternehmens augenblicklich noch zu fern liege und auch der jährliche Ertrag der Abgabe noch nicht einmal annähernd sich veranschlagen lasse.

Herr Vieweg, in andern Städten mit vergleichenen Wasch- und Bade-Anstalten bekannt geworden, äußert sich als Commissionsmitglied über deren innere Einrichtung und vortreffliche Wirkung auf das Wohlbefinden und die Moralität der ärmern Volks-Classe; auch Herr Fabricius spricht sich dafür aus, daß bei der Zweckbestimmung rücksichtlich der Verwendung jenes Abgabe-Ertrages auf die Einrichtung einer Wasch- und Badeanstalt in hiesiger Stadt thunlichst Bedacht genommen werden möge.

Die Commission giebt aber daneben zu, daß der von ihr beabsichtigte Zweck durch die Aufnahme der Schlussworte ihres Antrages materiell nicht gefördert werde und sie vorläufig dadurch, daß dieser Gegenstand hier zur Sprache gekommen, befriedigt sei.

Von der Versammlung wird beschlossen, daß nach Maßgabe des Antrages der Commission in dem § 15 des Entwurfs (§. 15) über die Verwendung des Ertrages der Abgabe der Beschluß der städtischen Behörden allgemein vorbehalten werden solle.

Nach Erledigung dieses ersten Abschnitts des Statuts-Entwurfs wird die Sitzung, nach Vorlesung des Protocolls Seitens des Protocollführers und dessen Genehmigung durch die Versammlung, von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.



## Verhandlungen

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 21. April 1853.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Leo, W. Kloss, Grottrian und Viegweg wird aus den von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Behinderungsgründen von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Die Herren Lissabon und Böpcke haben ihr späteres Erscheinen zur Sitzung zugesagt, während die Herren Aronheim und Steinmeyer ohne Entschuldigung abwesend sind.

I. Der Herr Vorsitzende macht der Versammlung ein Schreiben vom 15. v. Mts. bekannt, inhalts dessen der Stadt-Magistrat die Zustimmung der Versammlung zur Verausgabung einer Summe von 350  $\mathfrak{R}$  aus der Stadt-Casse beantragt, um die Stiftung des verstorbenen Fräuleins Diedrichs zur Unterstützung hilfsbedürftiger, unverheiratheter, unbescholtener Mädchen aus dem Mittelstande der hiesigen Stadt, durch Errichtung eines Denkmals auf der Grabstelle der wohlthätigen Stifterin, auch äußerlich ehrend, in dankbarer Anerkennung und Erinnerung zu erhalten, und behält sich, unter Vorlegung der mit übersandten Zeichnung zu einem solchen Denkmale vor, auf diese Angelegenheit noch in der heutigen oder in einer spätern Sitzung zurückzukommen.

II. In einem Schreiben vom 18. d. M. unterstützt der Stadt-Magistrat ein Gesuch der hiesigen Obsthändlerin Wittve Gerecke, verwittwet gewesene Bock, welche für den Obstverkauf unter dem sogenannten Bogen des Schauspielhauses hieselbst ein sogenanntes Stellgeld von 5  $\mathfrak{R}$  jährlich an die

Stadt=Casse bisher entrichtet hat, um Ermäßigung dieses Stellgeldes auf jährlich  $2\frac{1}{2}$   $\text{fl}$ , und erklärt sich die Versammlung mit solcher Ermäßigung einverstanden.

**III.** Nach dem Uebergange zu der weitem Berathung des Statut=Entwurfs, die das Halten von Hunden in hiesiger Stadt ordnenden Vorschriften betreffend, bekommt zunächst Herr Jüdel das Wort.

Derselbe weist wiederholt darauf hin, daß Hunde gerade durch die bei denselben so häufig vorkommende Tollwuth, von welcher, nach einem — von dem Herrn Redner verlesenen — Artikel der Preussischen National=Zeitung, selbst im vergangenen Monate in Berlin so viele Hunde ergriffen seien, gefährlich würden, daß der Statut=Entwurf zur Beseitigung solcher Gefahr geeignete Maßregeln nicht vorschreibe und daß insbesondere die Bestimmung einer Abgabe für das Halten von Hunden dem höheren Zwecke des Statuts nicht entspreche. Herr Jüdel empfiehlt dringend, seine in der letzten Sitzung gestellten Anträge, soweit dieselben das Führen der Hunde an einer Leine oder das Tragen von Maulkörben, welche letztere Maßregel auch in München durchgeführt sei, betreffen, nochmals in Erwägung zu ziehen und dieselben entweder der Statuten=Commission zu weiterer Prüfung zu überweisen oder sofort in der heutigen Sitzung zur Debatte zu verstellen, dabei aber vorzugsweise zu berücksichtigen, daß die Annahme des einen oder des andern Antrages die Auflegung einer Abgabe unnöthig mache. Die Versammlung erklärt sich indessen durch Mehrheitsbeschluß gegen die nochmalige Inbetrachtung der Jüdel'schen Anträge in der einen, wie in der andern Form.

Hierauf wird von Herrn Räche darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Statut=Entwurfe eine Bestimmung darüber fehle, wie es gehalten werden solle, wenn die Abgabe von den Abgabepflichtigen nicht würde eingezogen werden können; ob etwa statt der Geldzahlung eine entsprechende Gefängnißstrafe eintreten oder die Abgabe niedergeschlagen werden müßte. Herr Häusler erkennt an, daß einem solchen Falle in dem Statut=Entwurfe allerdings nicht vorgesehen sei, und giebt, indem er eine hierauf bezügliche Bestimmung für zweckmäßig hält, anheim, diesen Punkt der Commission zu weiterer Erwägung und Berichtserstattung zu überweisen. Wie nun Herr Räche mit diesem Vorschlage übereinstimmt, so erfolgt jene Ueberweisung durch den Herrn Vorsitzenden.

In der Berathung des Entwurfs wird bei §. 16 fortgefahren; mit diesem Paragraphen beginnt der zweite Abschnitt, welcher einige besondere polizeiliche Bestimmungen enthält.

Herr Häusler beantragt Namens der Commission, die Bestimmung des

§. 17 der des §. 16 vorausgehen zu lassen, beide Paragraphen übrigens zu einem Paragraphen zu vereinigen.

Nach §. 17 ist es nicht gestattet, Hunde unbegleitet umherlaufen zu lassen; sie sollen auch ein den Namen des Eigenthümers oder ein polizeiliches Zeichen enthaltendes Halsband tragen; es ist verboten, Hunde zusammen zu hegen u. s. w.; beißige Hunde, namentlich die s. g. Bulldoggs und Borer, sollen mit Maulkörben versehen sein.

Die Commission beantragt außer einigen Redactionsänderungen auch die Weglassung der besondern Erwähnung der Bulldoggs und Borer, da nicht alle Hunde dieser Gattungen beißige seien.

Dieser letztern Aenderung treten indessen die Herren Fabricius und Grund entgegen und sprechen sich rücksichtlich dieses Punktes für die Beibehaltung des Entwurfs aus.

Nach §. 16 sollen Hunde, welche ohne Steuermarkte und ohne Begleitung des Eigenthümers umherlaufen, von den Knechten des Halbmeisters eingefangen oder nöthigenfalls getödtet werden; die eingefangenen Hunde können zwar wieder eingelöst werden, die verwirkte Strafe wird aber doch in Vollzug gesetzt; fremde Personen sollen sich dadurch gegen das Einfangen ihrer Hunde sichern, daß sie solche nicht frei umherlaufen lassen.

Von der Commission wird beantragt, die Tödtung der Hunde, als nicht angemessen, nicht zuzulassen, und die Bestimmung des Entwurfs wegen der Fremden, da dieselbe auf letztere nicht anwendbar sei, zu streichen.

Mit den Commissions-Anträgen, jedoch mit der Beschränkung, daß die namentliche Erwähnung der Bulldoggs und Borer beizubehalten beschloffen wird, werden die §. §. 16 und 17 als §. 16 von der Versammlung angenommen.

Uebrigens wird auf Veranlassung eines Antrags des Herrn Fabricius die Commission noch beauftragt, in Erwägung zu ziehen, ob und in welcher Weise Fremde wegen ihrer Hunde verantwortlich gemacht werden könnten, und hierüber nächstens Bericht zu erstatten.

Belästigungen der Hunde durch Bellen und Heulen während der Nachtzeit soll die Vorschrift des §. 18 des Entwurfs (§. 17), welcher von der Versammlung ohne Debatte angenommen wird, thunlichst beseitigen.

Ist die Verbreitung der Tollwuth zu befürchten, so hat die Polizei-Behörde die Einspernung sämtlicher Hunde zu verfügen; die nicht eingesperreten Hunde sollen von dem Scharfrichterknechte eingefangen und getödtet werden; auch sollen die einer Krankheit verdächtigen Hunde getödtet, oder auf Kosten

der Eigenthümer dem Halbmeister in Wartung gegeben werden (§. 19 des Entwurfs — §. 18 —).

Die Commission beantragt die im §. 16 gestattete Einlösung der eingefangenen Hunde auch in Fällen, von denen dieser Paragraph redet, zuzulassen, die Tödtung der Hunde durch den Scharfrichterknecht auf die der Tollwuth verdächtigen Hunde zu beschränken, dagegen noch ausdrücklich zu bestimmen, daß auch die Tödtung nicht umherlaufender Hunde, sobald sich an diesen Hunden Spuren der Tollwuth zeigen, von den Eigenthümern veranlaßt werde, wenn sie nicht dem Halbmeister, wie in dem Entwurfe angedeutet, in Wartung gegeben werden.

Die Versammlung nimmt mit diesen Commissions-Anträgen den §. 19 (§. 18) durch Mehrheitsbeschluß an.

Der dritte Abschnitt des Entwurfs umfaßt die Strafbestimmungen.

Nach §. 20 (§. 19) ist von denjenigen, welche abgabepflichtige Hunde der Abgabe entziehen, eine Strafe von 4  $\mathfrak{R}$  verwirkt und außerdem die vorenthaltene Abgabe nachzuzahlen.

Für Nichtanwendung einer gelösten Marke, für die nicht zeitig gemachte Anzeige von dem Verluste einer Marke und für die verzögerte Rücklieferung der Marke eines gestorbenen oder getödteten Hundes ist im §. 21 (§. 20) eine Strafe von 12  $\mathfrak{M}$  angedrohet.

Vergehen gegen die speciellen Verbote im §. 17 (§. 16) und §. 18 (§. 17) werden nach §. 22 (§. 21) mit einer Strafe von 1  $\mathfrak{R}$  belegt; nach erfolgter Bestrafung kann ein wiederholtes Vergehen dieser Art auch mit Confiscation und Tödtung eines Hundes bestraft werden und werden besondere polizeiliche Strafvorschriften für den Fall des Ungehorsams bei Befürchtung des Ausbruchs einer Tollwuth vorbehalten.

Diese drei Paragraphen werden nach dem Entwurfe von der Versammlung ohne weitere Debatte angenommen.

Der §. 23 (§. 22), Bestimmungen über die Verjährung der Strafverfolgung und der Nachforderung der Abgabe enthaltend, wird mit der von der Commission beantragten Abänderung, daß die Verjährung der Strafverfolgung nicht, wie der Entwurf vorschreibt, mit dem Augenblicke, wo die Uebertretung zur Kenntniß der Behörden gekommen, sondern mit dem Tage, an welchem das Vergehen begangen, beginnen solle, von der Versammlung angenommen.

Die §§. 24, 25, 26 und 27 des Entwurfs (§§. 23 — 26) über die Verwendung der Geldstrafe in Gefängnißstrafe, über die Verwendung der Strafgeelder, über das Aufsichtspersonal und über den vor Beantragung des gerichtlichen Verfahrens stets stattfindenden Güteversuch erhalten mit einigen



von der Commission vorgeschlagenen Redactions-Änderungen die Genehmigung der Versammlung. Der vorletzte Abschnitt spricht aus, daß die Entrichtung der Abgabe oder Erlegung einer Strafe die Verpflichtung zum Ersatze des durch einen Hund verursachten Schadens nicht aufhebe, womit auch die Versammlung sich einverstanden erklärt.

In dem letzten Abschnitte und Paragraphen sind transitorische Bestimmungen enthalten: das Statut soll mit dem 1. Julius d. J. in Kraft treten, die erste Anmeldung der Hunde im Junius erfolgen und der Abgabebetrag für das laufende Jahr zur Hälfte entrichtet werden.

Die Commission beantragt eine Modification dieser Bestimmungen insbesondere dahin, daß diejenigen Personen, welche vor der Zeit der Einführung des Statuts, also vor dem 1. Julius d. J., bereits Hunde gehalten haben, rücksichtlich dieser Hunde, so lange solche in ihrem Besitze bleiben werden, jedoch mit der Beschränkung auf einen Hund für den einzelnen Besitzer, von der statutarischen Abgabe befreit sein sollen.

Zu diesem Antrage bringt Herr Aronheim noch die weitere Bestimmung in Vorschlag; daß bis zu dem Eintritte der ausnahmslosen Gültigkeit des Statuts alljährlich ermittelt werden solle, ob noch dieselben Hunde in den Händen derselben Besitzer seien.

Von der Versammlung wird der nach Maßgabe dieser beiden Anträge dem Schlußparagraphen zu gebende Inhalt in einer von dem Herrn Commissions-Referenten verlesenen Fassung durch Mehrheitsbeschluß genehmigt.

IV. Durch das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 11. d. Mts. ist den Stadtverordneten ein Rescript des Herzogl. Staats-Ministeriums mitgetheilt, welches über das zur Genehmigung vorgelegte Cinquartierungs-Reglement ergangen ist. In diesem Rescripte sind verschiedene Punkte hervorgehoben, in Bezug auf welche das Herzogliche Staats-Ministerium Erläuterungen und Abänderungen einiger Reglements-Bestimmungen fordert. Namens der Statuten-Commission macht der Herr Vorsitzende selbst über diese Angelegenheit der Versammlung Vortrag, beschränkt sich aber dabei auf die nachfolgenden Punkte, da die übrigen Vorschläge des Herzoglichen Staats-Ministeriums im Wesentlichen die Redaction betreffen und füglich von der Commission in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate erledigt werden können.

1. Das Herzogliche Staats-Ministerium beantwortet, daß durch das Cinquartierungs-Reglement, zumal einige Bestimmungen desselben zu einer gegentheiligen Ansicht Veranlassung geben könnten, immer nur innerhalb der Stadtgemeinde selbst die behuf Ausgleichung der Cinquartierungslast für Quar-

tier und Verpflegung an zurechnenden Beträge haben festgestellt werden dürfen und können, das Rechtsverhältniß der Stadtgemeinde aber gegenüber dem gesammten Lande oder einzelnen Landestheilen unberührt bleibe und namentlich die Stadtgemeinde eine höhere, als die von der Landesregierung festgestellte Vergütung für die Einquartierungslast in Anspruch zu nehmen nicht berechtigt werde.

Der Herr Vorsitzende bemerkt dazu, daß, wie der Zweck dieses Statuts überall nur darin bestehen könne, in Beziehung auf die Einquartierungslast die Verpflichtungen und Rechte der Gemeindemitglieder unter sich festzustellen, der Anerkennung jenes Vorbehaltes kein Bedenken entgegenstehe, daß auch der Stadt-Magistrat in diesem Sinne sich ausgesprochen habe.

Auch wird aus der Versammlung eine Erinnerung dawider nicht erhoben.  
2. Das Einquartierungs-Reglement verpflichtet die Hauseigenthümer oder Besitzer zur Uebernahme der Naturalquartierung; nur ist für den Fall, daß eine Anzahl von Truppen einzuquartieren sein würde, welche die nach Ausweisung der Schätzungs-Rollen überhaupt unterzubringende Zahl übersteige, durch den Schlußsatz des §. 3 bestimmt, daß solcher Ueberschuß auf die Inquilinen vertheilt werden solle. Mit dieser Bestimmung ist das Herzogl. Staats-Ministerium nicht einverstanden, weil dieselbe mit dem im Reglement vorherrschenden Grundsatz nicht im völligen Einklange stehe; dasselbe verlangt vielmehr entweder die Weglassung jenes Schlußsatzes des §. 3, oder eine andere Fassung desselben, dahin: daß selbst ein solcher Ueberschuß nach pflichtmäßigem Ermessen der Quartierbehörde auf die Quartierpflichtigen zu vertheilen sei.

Gegen die Ansicht des Stadt-Magistrats, welcher, da es sich hier nur um eine Bestimmung für außerordentliche, nicht leicht vorkommende Fälle handle, gegen die von dem Herzogl. Staats-Ministerium vorgeschlagene Aenderung nichts zu erinnern findet, ohne Substitution einer desfalligen Bestimmung aber die Weglassung jenes Schlußsatzes nicht für zweckmäßig hält, proponirt der Herr Vorsitzende aus weiter entwickelten Gründen und mit Rücksicht darauf, daß selbst für außergewöhnliche Fälle eine leitende reglementarische Bestimmung angemessen sei, — die Versammlung möge sich dahin aussprechen: daß sie, wenn die Beibehaltung des Schlußsatzes des §. 3 durch eine nochmalige Darlegung der dafür eintretenden Gründe bei Herzogl. Staats-Ministerium nicht noch zu erreichen sei, statt der Aufnahme der von dieser hohen Behörde angedeuteten Bestimmung, weil dieselbe zu unverkennbaren Härten und Inzuträglichkeiten führen würde, der Weglassung des ganzen Schlußsatzes den Vorzug gebe.

Die Versammlung beschließt, eine Erklärung in diesem Sinne dem Stadt-Magistrate zugehen zu lassen.

3. In dem §. 11 des Reglements ist bestimmt, daß für Quartier und Verpflegung von Militärpersonen höhern Ranges, der einfache für einen gemeinen Soldaten berechnete Geldsatz in einer für jeden Rang festgesetzten Mehrzahl zur Anwendung kommen, diese letztere aber auf die Hälfte ermäßigt werden solle, wenn jene Militairs höheren Ranges für ihre Beföstigung selbst zu sorgen haben. Rücksichtlich dieser letztern Bestimmung hält das Herzogl. Staats-Ministerium die Hälfte für zu hoch berechnet und verstimmt zu weiterer Erwägung und Beschlußnahme, ob nicht je nach den Sommer- oder Winter-Monaten für einen näher bezeichneten Theil der Militärpersonen höhern Ranges eine Ermäßigung auf  $\frac{1}{4}$  resp. auf  $\frac{1}{3}$ , und für den andern Theil auf  $\frac{1}{2}$  resp. auf die Hälfte angemessen sein werde.

Der Stadt-Magistrat giebt anheim, an den in dem Reglement bestimmten Sätzen festzuhalten, wenn die Einquartierung nur 8 Tage oder kürzere Zeit dauert, sonst aber die von Herzoglichem Staats-Ministerium proponirten Sätze anzunehmen.

Dagegen beschließt nach dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden die Versammlung, eine Modification dahin eintreten zu lassen, daß jene Sätze ohne weitere Abstufung nach den Rangverhältnissen für die Monate October bis März einschließlich auf die Hälfte, für die Sommer-Monate aber auf ein Drittheil ermäßigt werden.

4. Die in den §§. 16 und 17 der vereinigten Versammlung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten vorbehaltenen Entscheidungen darüber, ob die Einsetzung eines besondern Quartieramts oder eine Veränderung in der Verwaltung der Einquartierungs-Casse nothwendig sein werde, ist nach Ansicht des Herzogl. Staats-Ministeriums den Bestimmungen der revirbirten Städteordnung, nach welcher insbesondere die vereinigte Versammlung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten nur in den Fällen mitzuwirken habe, welche derselben gesetzlich überwiesen seien, nicht entsprechend. Das Herzogl. Staats-Ministerium verlangt daher, daß Entscheidungen dieser Art dem Stadt-Magistrate und der Stadtverordneten-Versammlung zugewiesen werden, und im Schlußsaze des §. 17, wo es sich um Abänderungen des Statuts handelt, die Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums vorzubehalten seien.

In Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate wird von der Versammlung auf Vortrag des Herrn Vorsitzenden beschlossen: den frühern ein von der Regel abweichendes Verfahren vorschreibenden Beschluß zwar wieder

aufzuheben, zugleich aber weil hiernach das gewöhnliche durch die Städte-Ordnung vorgeschriebene Verfahren eintreten werde, also auch der Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministerium keine besondere Erwähnung zu geschehen brauche, die betreffenden Sätze aus den §§. 16 und 17 wegzulassen, wofür auch noch der Grund spreche, daß gesetzlich nicht bei allen in Beziehung auf die Behandlung des Einquartierungs-Geschäfts und der Cassenverwaltung möglicher Weise zu treffenden Aenderungen und neuen Einrichtungen die Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums erforderlich sein würde.

Schließlich spricht die Versammlung rücksichtlich der unter **Nr. 1** dieses Protocolls berührten Angelegenheit die Verwilligung einer Summe von 350  $\mathfrak{f}$  aus der Stadtcasse zur Errichtung eines Denkmals auf der Grabstelle des Fräuleins **Die d r i c h s** durch einstimmigen Beschluß aus.

Die Herren **Steinmeyer**, **Aronheim**, **Lissebon** und **Rö p f e** sind noch im Verlaufe der Sitzung in der Versammlung erschienen.

Unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung wird die heutige Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.



## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 2. Juni 1853.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Herren Kronheim, Bieweg, Löbbcke und Denecke sind abwesend, werden aber von der Versammlung aus den von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Gründen als entschuldigt angenommen.

Die Herren Grund und Rieß sind nicht anwesend, ohne jedoch ihre Abwesenheit entschuldigt zu haben.

Vor dem Uebergange zur festgesetzten Tagesordnung bringt der Herr Vorsitzende folgende Gegenstände zur Verhandlung:

I. Auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 4. v. Mts. werden dem Feuerlöschungs-Gehilfen, Zimmergesellen Friedrich Wilhelm Rühling hieselbst, welcher bei Gelegenheit einer Feuerlöschung im Jahre 1848 stark an seinem Körper beschädigt worden, auch schon in jenem Jahre eine gleiche Entschädigung von 5  $\text{fl}$  aus der Stadt-Casse erhalten hat und noch jetzt an den Folgen jener Beschädigung leidet, auf anderweites Nachsuchen durch zustimmenden Beschluß der Versammlung abermals 5  $\text{fl}$  aus der Stadt-Casse bewilligt.

II. Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 30. April d. J. ist die Stelle eines Directors der hiesigen Bürger- und Freischulen, der Waisenhaus- und Garnison-Schule und des hiesigen Schullehrer-Seminars durch die erfolgte Pensionirung des Dr. Lüttge vacant geworden. Für die Wiederbesetzung dieser so wichtigen Stelle kann es nach Ansicht des Stadt-Magistrats erforderlich werden, von der Leistungsfähigkeit außerhalb der hiesigen Stadt wirkender Bewerber durch Sachverständige eine genauere Kenntniß an Ort und Stelle zu erstreben, als solche durch schriftliche Erkundigungen zu erlangen steht, und beantragt deshalb der Stadt-Magistrat, die Versammlung möge damit sich einverstanden erklären, daß die durch Absendung einiger Sachverständigen zu dem obigen Zwecke entstehenden Kosten aus der Stadt-Casse entnommen werden.

Bedenken gegen diesen, von dem Herrn Vorsitzenden zur Annahme empfohlenen und von den Herren Lübecke, Räche und Uhde unterstützten Antrag werden nicht weiter erhoben, als daß Herr Köpcke in Frage stellt, ob nicht in hiesiger Stadt oder doch im dießseitigen Lande eine zu solcher Stelle geeignete Persönlichkeit gefunden werden möchte, und es für angemessen hält, wenn zuvor die Sachverständigen genannt und die Kosten bis zu einem bestimmten Betrage festgesetzt würden.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt sich diesen Bedenken gegenüber insbesondere dahin, daß Landeseinwohner als Bewerber um jene Directoren-Stelle nicht unberücksichtigt gelassen werden würden, daß übrigens die eintretenden Fälle abzu-

sendenden Sachverständigen nicht wohl schon jetzt genannt werden könnten, und daß endlich die dessfalligen Kosten nicht von so großer Erheblichkeit sein würden.

Die Versammlung beschließt hierauf durch Stimmeneinheit die Annahme des Antrages des Stadt-Magistrats.

III. Der Wittve des am 27. v. Mts. verstorbenen Serviceboten und städtischen Monitors Mackens wird auf Antrag des Stadt-Magistrats in dem Schreiben vom 30. v. Mts. die von derselben nachgesuchte, in ähnlichen frühern Fällen nicht versagte Unterstützung durch Verwilligung des Gehaltsbetrages von monatlich 10  $\text{fl}$  noch für die Monate Juni und Juli d. J. durch Beschluß der Versammlung gewährt.

In demselben Schreiben wird vorgeschlagen, daß die Stelle des Mackens einstweilen nicht wieder besetzt werden möge, da die neu angestellten beiden Marktmeister die Besorgung der Geschäfte des Mackens ohne Gehaltszulage, jedoch gegen Ueberlassung der Moniturgebühren zu übernehmen sich bereit erklärt hätten und zu übernehmen wohl im Stande sein würden.

Die Versammlung erklärt sich auch mit diesem Vorschlage, von dessen Ausführung nicht bloß eine Geschäftsvereinfachung, sondern auch eine wirksamere Amtsvorrichtung in Bezug auf Annahmung und Beitreibung der öffentlichen Abgaben erwartet und durch dessen Annahme eine Ersparung für die Stadt-Casse von jährlich 120  $\text{fl}$  erreicht wird, einverstanden.

IV. Das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 30. v. Mts. enthält die Benachrichtigung, daß Herzogl. Staats-Ministerium mittelst Rescripts vom 24. v. M. die anderweiten aus den Verhandlungen in der Sitzung vom 21. April d. J. hervorgegangenen Vorschläge in Bezug auf das Einquartierungs-Reglement genehmigt, rücksichtlich des Schlusssatzes des §. 3 jedoch für Weglassung desselben sich ausgesprochen habe und daß nunmehr die Veröffentlichung des Statuts verfügt sei.

### T a g e s o r d n u n g :

I. Herr Grotrian, als Referent der Finanz-Commission berichtet über einen Antrag des Stadt-Magistrats in einem Schreiben vom 26 April d. J., den Ankauf von Scharnleben in dem Altstadtscharn betreffend. Die mit dem Keller unterm Gewandhause Seitens der Stadt vermietete Wohngelegenheit des Kellerinhabers ist theils sehr beschränkt, theils sogar ungesund und es hat sich eine Gelegenheit dargeboten, in beider Beziehung eine Verbesserung herbeizuführen. Längs der Südseite des Gewandhauses befinden sich 9 Scharnleede und die Hälfte eines 10 Scharnleeds, welche für 40  $\text{fl}$  pro Land oder für insgesammt 380  $\text{fl}$  von der Hohenthor-Weichbitz-Gemeinde beziehungsweise von Privatpersonen für die hiesige Stadt erworben werden können. Die auf solchem Wege gewonnene Räumlichkeit, welche allerdings noch einige bauliche Vorrichtungen erfordert, wird die vermieteten Localitäten nutzbar machen und hat sich auch schon der jetzige Inhaber, Weinhändler Telgmann, bereit erklärt, den Kaufpreis und die demnächstigen Baukosten mit  $3\frac{1}{3}$  Proc. der hiesigen Stadt zu verzinsen. Unter diesen Umständen beantragt der Stadt-Magistrat, die Versammlung möge zu dem beabsichtigten Ankauf jener Scharnleede die Zustimmung ertheilen, und empfiehlt die Finanz-Commission die Annahme dieses Antrages, welcher denn auch durch Beschluß der Versammlung erfolgt.

II. Ferner wird die von dem Stadt-Magistrate in dem Schreiben vom 27. April d. J. beantragte Versetzung in den Ruhestand des Copisten bei der Armen-Anstalt, Zuckschwerdt, mit einer jährlichen Pension von 72  $\text{fl}$  und die Annahme eines andern Schreibers an dessen Stelle auf Kündigung mit einer Remuneration bis zu 8  $\text{fl}$

monatlich, indem hierdurch bei dem bisherigen Gehalte des Buchschwerdt von 168  $\text{S}$  jährlich eine größere Ausgabe nicht herbeigeführt, wohl aber eine tüchtigere Aushilfe in der Schreiberei erreicht wird, auf die Befürwortung durch Herrn Grottrian, Namens der Finanz-Commission, von der Versammlung beschlossen.

III. In dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 4. v. Mts. wird nach dem Berichte des Herrn Grottrian, als Referenten der Finanz-Commission, die Versammlung ersucht, darüber sich zu erklären, ob und welche Remuneration dem Buchdruckereibesitzer, Dr. Heinrich Meyer hieselbst, wegen der Herausgabe eines Adreßbuches für die Zukunft aus der Stadt-Casse zu Theil werden solle. Wie schon in früherer Zeit die jährliche Herausgabe eines Adreßbuches eine Unterbrechung erlitten hat, so steht auch für das laufende Jahr das Erscheinen eines Adreßbuches nicht in Aussicht. Die anerkennungswerthen Bemühungen des Herausgebers, dem Adreßbuche die thunlichste Vollständigkeit und Genauigkeit zu geben, damit dasselbe den Anforderungen des Publicums genüge, haben dennoch nicht den Erfolg gehabt, jenem Buche einen so großen Absatz unter dem Publikum zu verschaffen, um Mühe und Arbeit nur einigermaßen belohnt zu sehen, und gerade hierin liegt der Grund, weshalb der Dr. Meyer mit der Herausgabe eines Adreßbuches für dieses Jahr Anstand genommen hat. Gleichwohl hält es die Herzogliche Polizei-Direction hieselbst und mit derselben der Stadt-Magistrat für wünschenswerth, dieses gemeinnützige Unternehmen zu fördern und für die Zukunft zu sichern. Die Herzogliche Polizei-Direction hat sich bereit erklärt, zu solchem Zwecke eine Bewilligung aus Staatsmitteln zu beantragen, sofern auch aus städtischen Mitteln die Herausgabe des Adreßbuches unterstützt werde. Freilich ist im Jahre 1845 eine solche von dem Stadt-Magistrate befürwortete Unterstützung von den Stadt-Verordneten abgelehnt, doch glaubt der Stadt-Magistrat, im Interesse des gesammten Publicums den frühern Antrag zur Zeit wiederum zur Berücksichtigung empfehlen zu dürfen.

Die Commission spricht sich durch Herrn Grottrian für die Förderung der Herausgabe eines Adreßbuches durch eine Geldbewilligung aus der Stadt-Casse, welche mindestens auf 25  $\text{S}$  zu bestimmen sein möchte, aus, giebt dabei anheim, ob nicht die Mitte des Jahres eine passendere Zeit zur Herausgabe des Buchs sein werde und hat noch den Wunsch, daß auch die Namen der Personen, welche an den Ballpromenaden wohnten, vollständiger, als bisher, in das Adreßbuch mit aufgenommen würden.

Herr Oberbürgermeister Caspari ist der Meinung, daß die Summe, welche zu dem angeregten Zwecke aus der Stadt-Casse aufzuwenden wäre, augenblicklich nicht genau sich bestimmen lasse; es würde wohl dem Interesse der Stadt für das Erscheinen eines Adreßbuches entsprechend sein, aus der Stadt-Casse dieselbe Summe zur Förderung des Unternehmens zu bewilligen, welche aus der Staats-Casse zu erwarten sein dürfte; der vorgeschlagene Beitrag von 25  $\text{S}$  sei zu beschränkt und eine Erweiterung desselben bis zu der Summe von 50  $\text{S}$  vielleicht angemessener. Ueber die Zeit der Herausgabe des Adreßbuches und über sonstige Anforderungen in Bezug auf eine gehörige Vollständigkeit und Anordnung des Inhalts desselben solle mit dem Herausgeber weiter Rücksprache genommen werden, nur möchte es zu weit führen darüber hier weiter zu verhandeln.

Herr Voigt deutet noch eine andere Richtung an, welche dem Adreßbuche gegeben werden könnte. Wie nämlich in andern Staaten sogenannte Staatshandbücher erschienen wären, so könnte auch bei dem Adreßbuche ein ähnlicher Zweck verfolgt und erreicht werden, wenn der statistische Theil desselben etwas ausführlicher behandelt

würde, und er möchte auch diese Tendenz dem Stadt-Magistrate zu weiterer Erwägung vorstellt sehen.

Obwohl der Herr Oberbürgermeister Caspari zusagt, daß auch dieser Wunsch mit dem Dr. Meyer in Ueberlegung genommen werden solle, so wird doch von demselben das Bedenken hervorgehoben, daß das Adreßbuch, welches als solches vorzugsweise für das Publikum in hiesiger Stadt bestimmt sei, zu umfangreich werden, der Preis desselben zu sehr sich erhöhen und deshalb hier noch weniger Abnehmer, als bisher, finden würde.

Nach dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden wird von der Versammlung die Verwilligung einer Summe bis zu dem Betrage von 50  $\mathfrak{R}$  jährlich aus der Stadtcasse, unter der Voraussetzung, daß die Herzogliche Landesregierung eine Unterstützung von gleichem Betrage zur Förderung der Herausgabe eines Adreßbuches gewähre, beschlossen und zugleich das Ersuchen an den Stadt-Magistrat gerichtet, auf die Aufnahme eines reichhaltigern Materials von statistischen Nachrichten in das Adreßbuch Bedacht zu nehmen.

IV. In Uebereinstimmung mit dem von dem Stadt-Magistrate in dem Schreiben vom 4. v. Mts. gestellten und durch den Herrn Grottrian, Namens der Finanz-Commission, unterstützten Antrage auf Verwilligung einer Remuneration von 40  $\mathfrak{R}$  aus der Stadtcasse für die Polizeidiener, welche in der Zeit vom 7. Septbr. v. J. bis zum 14. März d. J. die Dienstgeschäfte des erkrankten, später gestorbenen und nicht anderweit vertretenen Marktmeisters Sauthoff besorgt und dieserhalb um eine Remuneration angehalten haben, beschließt die Versammlung die Herausgabe obiger Summe aus der Stadtcasse zu dem angegebenen Zwecke.

V. In der Sitzung am 21. April d. J. sind in Bezug auf das Statut über das Halten von Hunden noch einige Punkte der Statuten-Commission zur weiteren Berichts-Erstattung überwiesen, welche durch den bisherigen Referenten, Herrn Häusler, in Nachstehendem erfolgt:

1) Der von dem Herrn Räcké hervorgehobene Mangel einer Bestimmung darüber, wie es gehalten werden solle, wenn die im §. 8 des Statut-Entwurfs angebrochete Execution ein Resultat nicht ergeben würde, wird von der Commission durch einen Zusatz des Inhalts: »daß bei erfolgloser Execution der Abgabe der Hund, für welchen die Abgabe zu bezahlen gewesen sein würde, confiscirt und dem Halbmeister überwiesen, die Marke desselben aber dem Controle-Beamten zurückgegeben werde«, zu beseitigen vorgeschlagen, indem hierdurch allein der durch das Statut verfolgte polizeiliche Zweck sich wirksam erreichen lasse.

Von Herrn Räcké, insbesondere aber von Röpcke wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die statutarische Abgabe nichts Anderes als eine Steuer sei, welche einzuführen außerhalb der gesetzlichen Zuständigkeit der städtischen Behörden liege. Der Letztere theilt mit, daß diese seine Ansicht von allen Rechtsverständigen, Advocaten und Richtern, mit welchen er über diese Frage geredet habe, getheilt werde. Mindestens möchten danach doch die städtischen Behörden Veranlassung bekommen, ihre Befugniß zur Erlassung des Statuts wiederholt zu prüfen und von der letztern gegenüber den gewiß gegründeten Zweifeln an ihrer Competenz abzustehen. Wenn schon von Privatpersonen verlangt werde, daß sie nur ihr zweifelloses Recht zur Richtschnur bei ihrem unmittelbaren Thun und Lassen nehmen, so gelte dies noch mehr von Behörden, welche sich selbst durch Rücksichten anerkannter Zweckmäßigkeit nicht bestimmen lassen dürften, es mit ihrem gesetzlichen Rechte weniger



genau zu nehmen. Vor den Gerichten möchte die Zuständigkeit der städtischen Behörden zum Erlaß des proponirten Statuts schwerlich Anerkennung finden.

Herr Röpcke stellt den Antrag auf nochmalige Erwägung der Competenzfrage. Herr Häusler erklärt sich nach wie vor für den bisherigen Beschluß, durch welchen die Versammlung für die Zuständigkeit der städtischen Behörden sich ausgesprochen hat, obwohl er bekennet, daß unter den Rechtsverständigen die Ansichten über die Frage getheilt seien. Dabei giebt er übrigens auch zu, daß, sofern die Competenz als zweifelhaft anerkannt werden müsse, es vorzuziehen sei, das Statut nicht zu erlassen, um eine gegentheilige Entscheidung der Gerichte zu vermeiden, welche freilich dem ordnungsmäßig erlassenen Statute ihre Anerkennung nicht wohl versagen dürften. Sollte jetzt die Versammlung dem Röpckeschen Antrage beistimmen, so werde es jedenfalls zulässig und rathsam sein, die Födel'schen Leinen und Maulkörbe gegen die Hunde auf statutarischem Wege zur Anwendung zu bringen. So weit die Bestimmungen des Statut-Entwurfs festgestellt seien, könne im Falle der durch Execution nicht einzuziehenden Abgabe nur eine Confiscation des betreffenden Hundes eintreten, um dadurch den Zweck des Statuts, die Aufhebung des polizeilich schädlichen Handelns zu erreichen.

Der Herr Vorsitzende theilt die Bedenken gegen die Zuständigkeit der Gemeindebehörden zur Erlassung des vorliegenden Statuts, würde aber die Maßregel für höchst bedenklich halten, wenn die Versammlung nicht überzeugt sei, daß sie sich rücksichtlich ihrer Competenz auf dem Rechtsboden befinde, und erachtet es für nothwendig, durch eine nochmalige Abstimmung einen endgiltigen Beschluß der Versammlung über diese Frage zu veranlassen. Einstweilen jedoch möge die Competenzfrage bei Seite gestellt bleiben und zunächst die Berathung des Statuts durch die Erledigung der noch ausgesetzten Punkte beendet werden, damit, falls die Versammlung an dem früheren Beschlusse festhalten würde, eine weitere Verzögerung der Mittheilung des vollständig berathenen Statut-Entwurfs an den Stadt-Magistrat nicht entstehe. Was den Antrag der Commission bezüglich der Confiscation der Hunde betreffe, so sei dies wohl die einzig angemessene Maßregel zur Durchführung des Statuts, da insbesondere Gefängnißstrafen eine vermeidliche Härte enthielten, ohne dem polizeilichen Zwecke sofort und vollständig zu genügen.

Hierauf wird der Commissions-Antrag von der Versammlung durch Mehrheitsbeschluß angenommen.

2) Ebenfalls in der Sitzung am 21. April d. J. vorbehalten ist eine Zusatzbestimmung zu den §§. 16. 17. des Entwurfs (§. 16.) darüber, in wie weit Fremde wegen ihrer Hunde verantwortlich gemacht werden könnten. Die Commission beantragt, daß Fremde, welche, auf der Durchreise begriffen, in hiesiger Stadt sich aufhalten und Hunde bei sich führen, zwar wegen dieser Hunde von den Vorschriften des Statuts, soweit solche die Lösung einer Marke gegen die Gebühr betreffen, ausgenommen sein sollen, jedoch nur dadurch gegen das Einfangen ihrer Hunde sich schützen können, daß sie dieselben nicht frei umherlaufen lassen.

Mit diesem Antrage erklärt sich die Versammlung einverstanden.

3) Endlich wird zu der in derselben Sitzung vorbehaltenen Vervollständigung der transitorischen Bestimmungen von der Commission in Antrag gebracht, vorzuschreiben, daß, so lange jene Bestimmungen Kraft und Giltigkeit haben würden, alljährlich behuf einer von Herzoglicher Polizei-Direction anzuordnenden Revision die Hunde bei Vermeidung der im §. 16. 17. des Entwurfs (§. 16.) angedrohten Strafe vorzuführen seien.

6 Auch zu diesem Antrage ertheilt die Versammlung ihre Zustimmung.

Nachdem insoweit der Statut-Entwurf berathen worden, verliest der Herr Vorsitzende die nochmalige endgiltige Abstimmung über die Zuständigkeitsfrage und zugleich über die Annahme des Statuts im Ganzen zur Tagesordnung der nächsten Sitzung.

VI. In der Sitzung der Stadtverordneten am 30. September v. J. ist rücksichtlich der Bürgerwehr durch Mehrheitsbeschluß der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Bürgerwehr vom Dienste bei ausgebrochenem Feuer befreit und durch Verhandlungen mit dem Commando der Bürgerwehr dahin gewirkt werden möge, daß die sonstigen Dienstverrichtungen derselben mit weniger Belästigungen für die Wehrpflichtigen, als bisher, verbunden bleiben und doch der Stadt zu größerem Nutzen, als bisher, gereichen. Von diesem Beschlusse ist der Stadt-Magistrat in Kenntniß gesetzt und ist von letzterm eine Rückäußerung in dem von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Schreiben vom 4. Februar d. J. erfolgt.

Während die Herzogl. Polizei-Direction sich vollständig damit einverstanden erklärt hat, daß von Seiten der Bürgerwehr der Dienst bei ausgebrochenem Feuer nicht weiter übernommen werde, ist das Commando der Bürgerwehr mit Vorschlägen hervorgetreten, welche in jeder Beziehung die möglichste Kräftigung und Wirksamkeit der Bürgerwehr fördern sollen.

Das Commando erklärt sich außer Stande, Einrichtungen für das Bürgerwehr-Institut zu empfehlen, welche dem vorgedachten Beschlusse der Versammlung zu genügen geeignet sein könnten. Dagegen sucht dasselbe sehr dringend die Nothwendigkeit nachzuweisen, durch neue gesetzliche Bestimmungen das Institut der Bürgerwehr zu stützen und zu kräftigen, da die bisherige Gesetzgebung in dieser Hinsicht als unzulänglich sich herausgestellt habe. Insbesondere sei das Strafverfahren gegen ungehörige Wehrpflichtige, sowie es jetzt geübt werde, ungenügend; ferner müsse den Wehrpflichtigen die Selbstbewaffnung aufgegeben, für die Bewaffnung der Bedürftigen aber auf Kosten der Stadt gesorgt werden; für den Schutz, welcher dem Staate und nicht wehrpflichtigen Bürgern durch die Bürgerwehr geleistet werde, seien aus der Staats-Casse und von den letztgedachten Personen nothwendige Beiträge zur Erhaltung des Instituts zu zahlen; die bisherigen in der That nicht belästigenden Exercier-Übungen und Dienst-Verrichtungen müssen mit Strenge aufrecht erhalten, ja zu größerem Nutzen der Stadt ständige Feuerwachen eingeführt werden.

Der Stadt-Magistrat hält ebenfalls die Berücksichtigung des Wunsches der Versammlung nach den beiden angedeuteten geradezu auseinanderlaufenden Richtungen hin für unmöglich, wünscht aber seinerseits, daß in der Bürgerschaft ein besserer Geist und eine größere Willfährigkeit für die Erhaltung einer kräftigen Bürgerwehr gefunden werden möchte, als in neuerer Zeit sich fund gegeben habe, zweifelt aber daran, daß gerade aus letzterm Grunde zur Zeit strengere gesetzliche Bestimmungen für das Bürgerwehr-Institut sich erreichen lassen und den vom Commando erwarteten Erfolg haben würden und hat sich deshalb nur für die nachstehenden Vorschläge aussprechen können.

Die bisherige Organisation der Bürgerwehr wird beibehalten, die Wahlen der Beamten finden zu der vorgeschriebenen Zeit statt und die Listen der Wehrpflichtigen werden fortgeführt; — der Feuerdienst und die Exercier-Übungen, obwohl letztere als freiwillige Dienstleistungen zu fördern seien, werden eingestellt; — alljährlich werden im Frühjahr und im Herbst Revisionen der Waffen vorgenommen, zu denen sich die Wehrpflichtigen bei Vermeidung einer Geldstrafe von 3  $\text{fl}$  oder 24 stündigen

Gefängnisses unter Vorbehalt der Nachstellung einzufinden haben; — Wohnungs-  
veränderungen der Wehrmänner sind dem Hauptmanne binnen 3 Tagen bei 8  $\text{gg}$   
Strafe anzuzeigen; — die Namen der Beamten und die Sammelplätze werden all-  
jährlich bekannt gemacht; — dem Rufe der Sturmglocke als Alarmzeichen hat jeder  
Wehrpflichtige bei Vermeidung stägiger Arreststrafe durch Erscheinen auf dem Sam-  
melplätze Folge zu leisten; — jeder Wehrmann hat seine Waffen in Ordnung zu er-  
halten, widrigenfalls denselben 1  $\text{fl}$  Geldstrafe oder 24stündiges Gefängniß trifft; —  
der besoldete Corpsschreiber wird beibehalten, die Fouriere werden bis auf Weiteres  
abgeschafft, und die Tambours werden für jede einzelne Dienstleistung bezahlt.

Namens der Statuten-Commission empfiehlt der Herr Vorsitzende aus den in  
dem Schreiben des Stadt-Magistrats ausführlich entwickelten Gründen die Annahme  
der letztern Vorschläge, da sie selbst über andere geeignete Vorschläge sich nicht habe  
einigen können, und erklärt sodann die weitere Debatte für eröffnet.

Herr Fabricius unterstützt die Vorschläge des Commandos der Bürgerwehr,  
insbesondere insofern dasselbe anderweite gesetzliche Bestimmungen, welche allein das  
Institut der Bürgerwehr zu besserem Gedeihen zu führen im Stande sein würden,  
beantragt zu sehen wünscht. Würden die Waffenübungen der Bürgerwehr allein in  
den freien Willen der Bürgerwehr gestellt, so sei dies nur ein unpassendes Soldaten-  
spiel und es würde dadurch dem Institute selbst nichts genützt. Nur eine kräftige  
Durchführung geeigneter gesetzlicher Bestimmungen könne die Bürgerwehr erhalten;  
würden sich diese nicht erreichen lassen, so möge lieber dieselbe vollständig aufgehoben  
werden. Durch seine Vorschläge gebe der Stadt-Magistrat zu erkennen, daß ihm  
nicht ernstlich um die Erhaltung der Bürgerwehr zu thun sei, sonst würde derselbe  
den Muth haben, die nöthigen gesetzlichen oder statutarischen Bestimmungen zu  
fördern.

Von Herrn Röpkke wird der früher schon von ihm gestellte Antrag auf voll-  
ständige Aufhebung der Bürgerwehr wiederholt.

Die Herren Fabricius und G. Kloss wünschen die Vorschläge des Comman-  
dos durch das Verlesen des Schreibens desselben zu genauerer Kenntniß und Erwä-  
gung der Versammlung gebracht, der Letztere auch für heute die weitere Berathung  
und Beschlußnahme ausgesetzt zu sehen, während die Herren Rädke und Graß die  
endliche Erledigung dieser Angelegenheit befürworten und sich im Allgemeinen für  
vollständige Aufhebung der Bürgerwehr aussprechen.

Herr Oberbürgermeister Caspari äußert sich in einem ausführlicheren Vortrage  
über die Vorschläge des Commandos der Bürgerwehr und über die vom Stadt-Ma-  
gistrate gemachten Vorschläge. Die Regierung werde ebenfowenig wie die Landes-  
versammlung darauf eingehen, zur Zeit neue gesetzliche Bestimmungen für die Bür-  
gerwehr zu schaffen; die vorhandenen würden aber auch genügen, wenn nur noch  
ein Interesse für das Institut rege wäre, und durch strengere Strafvorschriften allein  
würde dieser mangelnde Geist nicht eingelöst werden. Würde durch statutarische  
Bestimmungen vorgeschrieben werden, jeder angehende Bürger habe zuvor nachzuwei-  
sen, daß er sich als Wehrmann gehörig bewaffnet habe, Bestimmungen welche mit  
der revidirten Städteordnung nicht einmal im Einklange stehen möchten, so wäre die  
Durchführung der Erfüllung dieser Verpflichtung doch gewiß zweifelhaft, wovon die  
Versammlung nach einem desfalligen Beschlusse sich bald überzeugen könnte. Die  
Forderung von Kostenbeiträgen von Nicht-Wehrpflichtigen und vom Staate sei eben-  
falls nicht ausführbar. — Die Vorschläge des Stadt-Magistrats hätten den Erfolg  
und den Zweck, die jetzt in den Händen der Wehrpflichtigen befindlichen Waffen den-

selben zu erhalten und die Organisation der Bürgerwehr zu sichern. Der Stadt-Magistrat sei nicht für die vollständige Aufhebung der Bürgerwehr; würden die gestellten Vorschläge von dem Commando nicht angenommen, so würde die Aufhebung von dort ausgehen und die Verantwortlichkeit das Commando treffen.

Herr Lüdecke theilt das Resultat seiner unmittelbaren Forschungen mit, daß unter 20 Personen kaum eine für das Bestehenbleiben der Bürgerwehr sich ausgesprochen habe, und ist darnach auch seinerseits für die Aufhebung der Bürgerwehr.

Mit dem Herrn Steinmeyer ist Herr Häusler darüber einverstanden, daß die jetzigen Vorschläge im Resultate dem frühern Beschlusse der Versammlung entsprechen. Der Letztere erklärt es unter besondern Umständen für eine Lebensfrage der Commüne, ob die Bürgerwehr bestehen bleibe oder nicht; sie möge erhalten werden, wenn auch mit einer Reducirung auf das minimum ihrer Existenz und in der That sei zwischen ihrem bisherigen und ihrem künftigen Bestehen nach den Vorschlägen des Stadt-Magistrats kein großer Unterschied.

Hierin stimmt auch Herr G. Kloss mit Herrn Häusler überein, beantragt übrigens, da die Debatte noch offen erhalten bleibt, einige Modificationen zu den Vorschlägen des Stadt-Magistrats, welche insbesondere darin bestehen, daß mit den zweimaligen Revisionen Exercierübungen verbunden und die Fouriere und Tambours mit fester Besoldung beibehalten werden sollen.

Herr Häusler beantragt außerdem, daß neu eintretende Wehrmänner über ihre Fähigkeit in der Handhabung der Waffen sich ausweisen oder in letzterer besonders geübt werden sollen.

Herr Overbürgermeister Caspari giebt anheim, bei Annahme der Vorschläge des Stadt-Magistrats zugleich zu beschließen, daß mit dem Commando der Bürgerwehr darüber Verhandlungen eingeleitet werden, welche neue Einrichtungen etwa noch zu treffen sein würden.

Herr Nieß beantragt schließlich die Vertagung der heutigen Verhandlungen und insbesondere der Abstimmung über die Vorschläge des Stadt-Magistrats.

Für diesen letzten Antrag ergiebt sich bei nunmehr erfolgender Abstimmung keine Stimmenmehrheit.

Der Kloss'sche Antrag, soweit nach demselben alljährlich zweimalige Exercierübungen der Bürgerwehr stattfinden sollen, wird von der Versammlung ebenfalls durch Stimmenmehrheit abgelehnt.

Endlich werden auch durch Mehrheits-Beschluß der Versammlung die Vorschläge des Stadt-Magistrats, an welche von dem Herrn Vorsitzenden der Vorbehalt einer weiteren Verhandlung des Stadt-Magistrats mit dem Commando der Bürgerwehr über die Organisation der letztern und insbesondere über die Beibehaltung oder Abschaffung fest besoldeter Fouriere und Tambours geknüpft war, verworfen.

Der Röppke'sche Antrag auf Beschließung der vollständigen Aufhebung der Bürgerwehr wird nach der Ankündigung des Herrn Vorsitzenden in der nächsten Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

Die Herren Grund und Nieß sind noch im Laufe der Sitzung erschienen.

Unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung wird die heutige von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.



## (Beilage zum 173. Stücke der Anzeigen.)

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 30. Juni 1853.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet. Das Protokoll über die letzte Sitzung, am 2. d. Mts., wird durch den Protokollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die in der heutigen Sitzung nicht anwesenden Herren: Voigt, Köbbecke, Fabricius, Jüdel, Häusler, Kellner und Scheller werden aus den von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Gründen als entschuldigt von der Versammlung angenommen.

Die nächste Verhandlung betrifft folgende Angelegenheiten:

1. In einem von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Schreiben des Stadt-Magistrats vom 24. d. Mts. wird der Versammlung anheimgegeben, zum Zwecke der Uebersiedelung der unverhehlchten Henriette Fischer von hier sammt ihren vier Kindern nach Amerika eine von derselben nachgesuchte Beihilfe im Betrage von 80  $\mathfrak{R}$  in Golde aus der Stadt-Casse zu bewilligen. Nachdem nämlich der jetzige Verlobte der Fischer, der Schuhmachersgeßell Wilhelm Fröh aus Schwarzburg-Sondershausen, welcher bereits in Amerika sich befindet, von dort her 40  $\mathfrak{R}$  geschickt und die Fischer selbst ihre Effecten zu Gelde gemacht hat, fehlt derselben noch obige Summe zur Ermöglichung der Uebersiedelung. So bedeutend nun auch die gewünschte Unterstützung ist, so

hält es der Stadt-Magistrat doch im Interesse der hiesigen Stadt, dieses Opfer zu bringen, da die Fischer bisher schon von der hiesigen Armen-Anstalt hat unterstützt werden müssen, und zwar in einem Maße, daß jene Ausgabe von 80  $\mathfrak{R}$  in Golde fast schon durch eine 2jährige Ersparung der zu gewährenden Armen-Unterstützung wieder eingebracht sein würde.

Unter solchen Umständen spricht sich der Herr Vorsitzende für die Verwilligung der 80  $\mathfrak{R}$  in Golde aus der Stadt-Casse aus und empfiehlt der Versammlung eine beschließige Beschlußnahme.

Herr Bieweg erklärt sich dagegen, indem derselbe, wie von ihm bei früherer Veranlassung schon ausgesprochen: in der Berücksichtigung dieses Gesuchs und ähnlicher nachfolgender Anträge eine bedenkliche Belastung der Stadt-Casse erblickt.

Nicht in dieser Allgemeinheit, wohl aber für den vorliegenden Fall spricht sich auch Herr Aronheim gegen die beantragte Ausgabe aus, weil solche als Unterstützung einer Person zu Gute kommen solle, welche durch einen unfittlichen Lebenswandel in eine bedrängte Lage sich gebracht habe.

Herr Steinmeyer geht bei der Befürwortung des Antrages von dem Gesichtspuncte aus, daß durch die zu verwilligende Unterstützung die Möglichkeit geboten sei, eine Familie von einer weitem Verwahrlosung zu retten, und eben dieses Motiv ist auch für Herrn Oberbürgermeister Caspary, welcher in dieser Beziehung noch hervorhebt, daß der Verlobte der Fischer, wie derselbe schon durch die eingegangene Geldsendung zu erkennen gegeben habe, auch ferner seiner Verlobten und deren Kinder sich annehmen und für deren Fortkommen sorgen werde, wesentlich mit entscheidend.

Der Herr Vorsitzende giebt schließlich noch die actenmäßige Erläuterung, daß der Schuhmachergeselle Fröh, um sich mit der Fischer zu verheirathen, hier seine Niederlassung zu erwirken versucht, und als ihm solche versagt worden, in seiner Heimath die nöthigen Schritte gethan habe, von der ihm dafelbst gewordenen Erlaubniß aber deshalb keinen Gebrauch gemacht habe, weil die Aufnahme der Kinder sei verweigert worden; hiernach sei derselbe zu der Auswanderung nach Amerika veranlaßt worden.

Bei der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit der Versammlung für die beantragte Förderung der Auswanderung der Fischer mit ihren Kindern nach Amerika, durch eine Verwilligung von 80  $\mathfrak{R}$  in Golde aus der Stadt-Casse.

2. Durch ein anderes, von dem Herrn Vorsitzenden ebenfalls verlesenes Schreiben des Stadt-Magistrats vom gestrigen Tage wird die Verwendung einer Summe von 35  $\text{fl}$  20  $\text{gr}$  3  $\text{d}$  aus der Stadt-Casse zum Zwecke einer Röhren-Anlage zur Erleuchtung der Hausflur im Stadthause mit Gas beantragt und durch Beschluß der Versammlung diese Ausgabe genehmigt.

3. Hierauf erhält Herr Bieweg das Wort. Bezugnehmend auf den Beschluß der Versammlung in der letzten Sitzung, am 2. d. Mts., in Betreff der Verwilligung der erforderlichen Kosten, welche durch Absendung einer Deputation zur Förderung einer tüchtigen Wiederbesetzung der Stelle eines Schuldirectors für die hiesigen städtischen Schulen erwachsen würden, beantragt Herr Bieweg:

jener Deputation durch eine weitere Kosten-Verwilligung auch den Besuch der Reallehr-Anstalt in Darmstadt und der Gewerbeschule in Karlsruhe möglich zu machen,

damit dieselbe die Einrichtung und Wirksamkeit dieser besonders ausgezeichneten Institute an Ort und Stelle kennen lerne und bei einer demnächstigen Verbesserung der gleichartigen Lehranstalt in hiesiger Stadt um so erfolgreicher mit Rath und That nützen könne. Die Deputation werde demnächst, wie Herr Bieweg auf eine vom Herrn Vorsitzenden gegebene Veranlassung bemerkt, ihre Einwirkung auf eine Verbesserung des hiesigen Realschulwesens geltend zu machen im Stande sein, wenn durch den Stadt-Magistrat bei der Herzoglichen Landesregierung darauf abzielende, auf die gesammelten Erfahrungen gestützte Vorschläge, deren Berücksichtigung mit Sicherheit vorauszusetzen sei, gemacht würden.

Herr Uhde bestätigt, daß die Herzogliche Landesregierung auf die von Herrn Bieweg derselben empfohlenen Verbesserung des hiesigen Realschulwesens einzugehen nicht abgeneigt sei und ihn, als Mitglied jener Deputation neben dem Herrn Oberbürgermeister Caspary und Herrn Steinmeyer, beauftragen werde, dergleichen Schulanstalten an andern Orten zu besuchen, so daß aus Veranlassung seiner Betheiligung an einem ausgedehnteren Auftrage der Deputation eine Kostenvermehrung nicht entstehen würde.

Mit Herrn Räche giebt auch Herr Oberbürgermeister Caspary anheim, den Auftrag der Deputation, wenn die Versammlung auf eine Erweiterung desselben überhaupt eingehen wolle, nicht an die genannten beiden

Schulanstalten zu binden, wobei es übrigens von einer weitem Erwägung seinerseits abhängen werde, ob es möglich und nützlich sei, daß er auch an Erfüllung dieses Auftrags der Deputation Theil nehme.

Der Beschluß der Versammlung geht nach diesen Erörterungen dahin:

daß der abzufsendenden Deputation die Geldmittel aus der Stadt-Casse zur Verfügung gestellt sein sollen, welche erforderlich werden möchten, um derselben, würde sie es für rätlich und angemessen halten, den Besuch einiger bewährter Real-Schulanstalten möglich zu machen.

Nach der angeordneten Tagesordnung folgt:

1. Die Hauptabstimmung über den Statut-Entwurf, das Halten von Hunden betreffend.

Herr Helfft giebt zuvor der Versammlung anheim, zu beschließen, daß zuvor der Statut-Entwurf mit den diesseits beantragten Aenderungen dem Stadt-Magistrate mitgetheilt, dabei auf die Zweifel, welche in dieser Versammlung gegen die Zuständigkeit der städtischen Behörden zum Erlaß des Statuts geltend gemacht wären, hingewiesen, und der Stadt-Magistrat ersucht werde, diese Zweifel dem Herzoglichen Staats-Ministerium zu weiterer Erwägung vorzutragen.

Die Herren Räche und Aronheim sprechen sich gegen einen derartigen Beschluß aus; der Letztere ist der Meinung, daß die Versammlung bestimmt darüber sich zu entscheiden habe, ob sie zu dem Erlasse des berathenen Statut-Entwurfs ihre Zustimmung geben dürfe und wolle. Was das Herzogliche Staats-Ministerium alsdann über den Erlaß des Statuts verfügen werde, dafür sei die Versammlung wenigstens nicht verantwortlich. Er habe sich jetzt, wie er offen bekennen müsse, überzeugt, daß die städtischen Behörden zum Erlasse des Statuts nicht competent seien, und nehme daher das, was er früher zur Begründung einer andern Ansicht angeführt habe, zurück.

Nach Erledigung einiger gegen die von dem Herrn Vorsitzenden gemachten Fragestellung eingewandten Bedenken erfolgt die Abstimmung und beschließt die Versammlung:

daß das berathene Statut, wie dasselbe aus der hier Statt gehab-



ten Berathung hervorgegangen, dem Stadt-Magistrate zur Weiterbeförderung mitgetheilt werden solle, durch eine Mehrheit von 14 gegen 6 Stimmen.

## II. Die Abstimmung über den Antrag wegen Aufhebung der Bürgerwehr.

Der Herr Vorsitzende theilt der Versammlung ein inzwischen eingegangenes Schreiben des Stadt-Magistrats vom 21. dief. Mts. mit, welchem neuere von dem Commando der Bürgerwehr wegen der fernern Exercirübungen gemachten Vorschläge beigelegt sind, und fordert sodann zur Abstimmung über den von Herrn Röpcke in der letzten Sitzung, am 2. d. Mts., gestellten Antrag:

auf Aufhebung der Bürgerwehr,

auf.

Der Antrag wird mit einer Mehrheit von 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Herr G. Kloss wünscht, daß ein gleicher Antrag vor Neujahr 1855 nicht wieder möge zur Verhandlung gelassen werden, wogegen der Herr Vorsitzende erinnert, daß es nicht angemessen sein würde, wenn die Versammlung durch einen solchen Beschluß sich selbst beschränken wollte.

Von Herrn Oberbürgermeister Caspari wird der Versammlung vorgestellt, daß nach Ablehnung der Vorschläge des Stadt-Magistrats und des Röpckeschen Antrages, die Verhältnisse der hiesigen Bürgerwehr, welche die Versammlung nach ihrem frühern Beschlusse in der Sitzung am 30. September v. J. mit dem Erfolge einer Dienst erleichterung habe geändert wissen wollen, unverändert bestehen bleiben würden, wenn nicht die Versammlung jetzt noch geneigt sein sollte, die Vorschläge des Stadt-Magistrats anzunehmen, oder im Stande sein würde, anderweite bestimmte Vorschläge zu machen.

Der Herr Vorsitzende erklärt, daß er bei jetziger Lage der Sache, die früheren Verhandlungen wieder aufnehmen werde.

Für den Fall, daß die Vorschläge des Stadt-Magistrats noch angenommen werden würden, will Herr G. Kloss den von Herrn Häusler in der letzten Sitzung am 2. d. Mts. gestellten Antrag:

daß neu eintretende Wehrmänner über ihre Fähigkeit in der Hand-

habung der Waffen sich ausweisen, oder in der letztern besonders geübt werden sollen,

abermals zur Annahme empfehlen, ein Antrag, welcher auch von den Herren Bieweg und Kronheim unterstützt, von Herrn Oberbürgermeister Caspari aber für nicht wohl annehmbar gehalten wird, weil die Durchführung jener Vorschrift bei der hervorgetretenen Unbeliebtheit der Exercierübungen nicht möglich sein werde. Es würde, wenn mit dem obigen Antrage die Vorschläge des Stadt-Magistrats Annahme fänden, bei dem bisherigen Zustande, insbesondere bei dem Resultate bleiben, daß gerade die widerspennigen Wehrmänner den Uebungen auch ferner sich zu entziehen wissen würden; statt der Verbindung jenes Antrages mit den Vorschlägen des Stadt-Magistrats möchten diese selbst lieber zurückgewiesen und möchte der Zustand der Bürgerwehr gelassen werden, wie derselbe jetzt sei.

Herr Röpcke meint, daß die Frage, ob ein Wehrmann in der Handhabung der Waffen geübt genug sei, von den Chargirten der Bürgerwehr nicht beurtheilt und entschieden werden könne, weil auch diese in Betreff ihrer Tüchtigkeit keine Prüfung bestanden haben, und daß nur übrig bleiben würde, eine Commission von Militärpersonen zur Beurtheilung und Entscheidung jener Frage zu bestimmen. Wahrscheinlich werde überhaupt aber das Commando, gestützt auf die mangelhafte Ausbildung der gesammten Mannschaft regelmäßige Exercierübungen für nothwendig halten.

In letzterer Beziehung erklärt sich Herr G. Kloss mit Herrn Röpcke einverstanden und nimmt deshalb auch seinen frühern Antrag aus der Sitzung vom 2. d. Mts. auf:

daß die zweimaligen Inspectionen jährlich, auf Exercier-Übungen ausgedehnt werden sollen;

ruft dadurch aber einen Widerspruch des Herrn Bieweg hervor, welcher die nachzuweisende oder einzuübende Geschicklichkeit der Wehrmänner auf die nothwendigste Fertigkeit im Handhaben und Laden der Gewehre beschränkt wissen will.

Auf Antrag des Herrn Visschou wird der Schluß der Debatte von dem Herrn Vorsitzenden ausgesprochen und zur Abstimmung:

1) über die Vorschläge des Stadt-Magistrats unter Vorbehalt einer weitem Verhandlung des Stadt-Magistrats mit dem Commando der Bür-

gerwehr über einige Organisationsfragen, insbesondere über die Beibehaltung oder Abschaffung der fest besoldeten Fouriere und Tambours, und

- 2) über den Antrag des Herrn G. Kloss, daß bei den zweimal im Jahre stattfindenden Inspectionen der Bürgerwehr auch Waffenübungen in dem Maße und zu dem Zwecke veranstaltet werden, um die Wehrmänner mit dem Nothwendigsten in der Handhabung der Waffen, insbesondere mit dem Laden der Gewehre vertraut zu machen.

Beide in der obigen Reihenfolge zur Abstimmung verstellte Punkte werden durch Mehrheitsbeschluß von der Versammlung angenommen.

III. Die Berathung über verschiedene Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt, welche nach dem Schlusse der öffentlichen Sitzung in vertraulicher Sitzung vorgenommen wird.

Hierauf folgt der Schluß der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden und wird die Verlesung des Protokolls der nächsten Sitzung vorbehalten.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 4. August 1853.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden Herrn Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Löbbecke, Jüdel, Uhde, Warrentropp, Helfft und Scheller wird aus den von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Gründen von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Herr Aronheim, ebenfalls nicht anwesend in der heutigen Versammlung, hat eine der Letztern nicht genügende Entschuldigung vorgebracht und hat daher die statutarische Strafe zu entrichten.

Das von dem Protokollführer verlesene Protokoll über die letzte Sitzung am 30. Junius d. J. wird von der Versammlung genehmigt.

Herr Räche hat, nach Mittheilung des Herrn Vorsitzenden, unterm 5. und 6. v. Mts. schriftlich ohne alle Begründung sein „Auscheiden aus der Stadtverordneten-Versammlung“ angezeigt, und auf spätere Anfrage mündlich dazu erklärt, daß er sich, da er schon eine Reihe von Jahren das Amt eines Stadt-Verordneten bekleidet habe, für gesetzlich befugt halte, sein Amt niederzulegen.

Der Herr Vorsitzende spricht sich unter Bezugnahme auf die einschlagenden von ihm verlesenen Bestimmungen der revidirten Städteordnung (§§. 23, 24, 26) dahin aus, daß dem Herrn Räche, nachdem derselbe die auf ihm gefallene Wahl zum Stadt-Verordneten, ohne von dem ihm gesetzlich zustehenden Rechte der Ablehnung wegen bisheriger Bekleidung eines



Gemeindeamts Gebrauch gemacht zu haben, angenommen habe, zur Zeit nicht frei stehen werde, aus jenem Grunde sein Amt niederzulegen, daß übrigens nach der Bestimmung der revidirten Städteordnung die Versammlung über die Zulässigkeit der Niederlegung in jedem Falle zu entscheiden habe.

Herr Röpcke hält zwar die von dem Herrn Vorsitzenden kundgegebene Auslegung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen für richtig, hebt aber den andern Gesichtspunkt hervor, daß ein Mitglied der Versammlung, welches sein Amt niederlegen wolle, Unlust zu der Theilnahme an der Versorgung städtischer Angelegenheiten verrathe und in dieser amtlichen Stellung weniger Nutzen schaffen werde, weshalb aus Gründen der Zweckmäßigkeit gerathen erscheine, in einem solchen Falle, und hier dem Herrn Rädke, die gewünschte Entlassung zu bewilligen, wie ja auch bisher wohl die Versammlung die Zweckmäßigkeit dem strengen Rechte habe vorwalten lassen.

Herr Bieweg will Gründen der Zweckmäßigkeit ihre Geltung nicht absprechen, entscheidet sich aber im vorliegenden Falle für die Befolgung der von dem Herrn Vorsitzenden aus der Städteordnung abgeleiteten Ansicht, zumal die Einlassung auf den von dem Herrn Röpcke hervorgehobenen Gesichtspunkt unpraktisch und unstatthaft erscheine, insbesondere fortwährende Wahlversammlungen zur Folge haben könne, und trägt darauf an, den Austritt des Herrn Rädke aus dieser Versammlung für unzeitig und nicht gerechtfertigt zu erklären.

Der Herr Vorsitzende meint, es könne kaum ein Zweifel erhoben werden, ob es dem Herrn Rädke freistehe, zur Zeit sein Amt niederzulegen, da ein Recht dazu im Gesetz nicht begründet sei. Dürfte dagegen die Zweckmäßigkeitsfrage in den Vordergrund gestellt werden, so würden zwar die Andeutungen des Herrn Röpcke Berücksichtigung verdienen, von großem Gewichte aber auch die Folgen sein, auf welche Herr Bieweg hingewiesen habe. Der besten Erwägung jedes Einzelnen in der Versammlung müsse es überlassen bleiben, ob er glaube, für die Entlassung des Herrn Rädke aus seinem Amte als Stadt-Verordneter sich aussprechen zu können, oder nicht.

Herr Fabricius hält jedes Mitglied der Versammlung für verpflichtet das einmal übernommene Amt getreu zu erfüllen, tritt aber gleichwohl in der Voraussetzung, daß Herr Rädke für sein Ausscheiden besondere Gründe haben würde, der Ansicht des Herrn Röpcke bei, indem er meint, daß dergleichen Austrittserklärungen nur selten vorkommen werden.

Herr Steinmeyer spricht sich, die Andeutung des Vorredners auffassend, mit der Bitte, seine Aeußerung ohne persönliche Beziehung aufzunehmen, über die zur Entscheidung stehende Frage also aus:

Wenn etwa ein Mitglied dieser Versammlung durch einen mit der eigenen Ansicht nicht im Einklange stehenden Mehrheitsbeschluß sich unangenehm berührt fühle, so könne dasselbe vielleicht zu dem Entschlusse veranlaßt werden, auszuscheiden aus einer Versammlung, in welcher seine bestgemeinten Ansichten keine Aufnahme fänden; aber die Versammlung selbst dürfe nicht so weit gehen, zu sagen, daß ein Mitglied, welches zu der Meinung gelangt sei, nicht mehr so thätig und wirksam für die Verhandlungen dieser Versammlung sein zu können, entlassen werden müsse. Sine theils würden die Fälle, in welchen die Versammlung eine solche Entlassung auszusprechen hätte, nicht so selten sein, wie Herr Fabricius meine, das öftere Vorkommen derselben würde auch die Thätigkeit der ganzen Versammlung hemmen und schon durch die wiederholten Wahlen große Unzuträglichkeiten hervorrufen; anderntheils aber könne es nicht von dem Einzelnen abhängen, nach Belieben auszuscheiden, so lange die Versammlung auf gesetzlichem Grund und Boden stehen bleibe und nach ihrer moralischen Ueberzeugung die ihr zustehenden Angelegenheiten behandle. Der Mehrheitsbeschluß fordere Achtung und Anerkennung auch gegenüber der abweichenden Ansicht des Einzelnen; dieser könne aber durch sein Verbleiben in der Versammlung dennoch auf deren Berathungen einen guten Einfluß üben, wenn er seine, der der Majorität entgegenstehende Ansicht zur weitem Prüfung und Erwägung vortrage. — Die Art und Weise, wie Herr Räche seinen Austritt aus dieser Versammlung angekündigt habe, sei eine nicht geeignete, da derselbe der Versammlung oder wenigstens dem Vorsitzenden derselben die Gründe habe mittheilen müssen, aus welchen er sich zu seinem Ausscheiden bewogen finde. Schon um alle Consequenzen abzuschneiden, welche aus einer durch die Versammlung ausgesprochenen Entlassung abgeleitet werden könnten, werde er gegen das Ausscheiden des Herrn Räche sich erklären.

Auch Herr Nieß stimmt mit den von den Herren Bieweg und Steinmeyer ausgesprochenen Ansichten überein und Herr Häusler erblickt in der etwaigen Entlassung des Herrn Räche auf Veranlassung der von demselben gemachten einfachen Anzeige seines Austritts eine Verletzung der Städte-Ordnung, da diese Gründe für die Niederlegung eines Gemeinde-Amtes fordere, über deren Zulässigkeit von dieser Versammlung zu entscheiden

sei; letztere aber sich verpflichtet halten müsse, ein unberechtigtes Verlangen unberücksichtigt zu lassen.

Die Herren G. Kloss, Köpcke und Kellner versichern, daß Herr Räche, ihnen gegenüber, seine Ueberzeugung erklärt habe, ihm stehe gesetzlich die Befugniß zu, sein Amt niederzulegen.

Auf die nach dem Schlusse der Debatte von dem Herrn Vorsitzenden der Versammlung vorgelegte Frage:

ob das von Herrn Räche erklärte Ausscheiden aus der Stadtverordneten-Versammlung nach der Städte-Ordnung gerechtfertigt erscheine?

spricht sich die Versammlung bei der Abstimmung einstimmig für die Verneinung dieser Frage aus.

Vor dem Uebergange zur angeordneten Tagesordnung werden nachfolgende Gegenstände erledigt.

Es liegen Gesuche mehrerer der hiesigen Stadt angehöriger Personen um Verwilligung von Geldmitteln aus der Stadtcasse zur Förderung einer Uebersiedelung nach Amerika vor, über welche der Herr Vorsitzende unter Mittheilung über die persönlichen Verhältnisse der Antragsteller aus den, von dem Stadt-Magistrate übersandten Acten Vortrag macht:

- 1) für den Klempnergesellen Johann Heinrich Benjamin Kuhlmann, 31 Jahre alt, welcher öfter schon wegen verschiedener Verbrechen bestraft und noch augenblicklich wegen Mangels an Beschäftigung und an Obdach in Haft gehalten wird, beantragt der Stadt-Magistrat und genehmigt die Versammlung die Ausgabe der Hälfte der etwa 42  $\text{fl}$  betragenden Uebersiedelungskosten aus der Stadtcasse;
- 2) für den Zimmergesellen Johann Heinrich August Golsch, 24 Jahre alt;
- 3) für den Schneidergesellen Carl Bernhard Bley, 23 Jahre alt;
- 4) für den Dachdeckergefallen Georg Carl Ernst Bruncke, 22 Jahre alt;

welche sämmtlich wegen Diebstahls in Strafhaft sich befinden, und noch mehrjährige Freiheitsstrafe zu erleiden, aber um Begnadigung nachgesucht haben, beantragt der Stadt-Magistrat die Verwilligung der Hälfte der für einen Jeden etwa 42  $\text{fl}$  betragenden Uebersiedelungskosten aus der Stadtcasse, unter der Bedingung, daß den drei genannten Sträflingen, für den Fall ihrer Rückkehr in das hiesige Land, die Vollziehung des ihnen unter der Voraussetzung ihrer Auswanderung im Wege der Gnade zu erlassenden Strafrestes angedroht und diese Androhung eventuell ausgeführt werde.

Auf eine Frage des Herrn Vieweg, ob die hiesige Stadt zur Erhaltung jener Personen in dem Staatsgefängnisse zu contribuiren habe, erwidert der Herr Vorsitzende, daß der hiesigen Stadt eine unmittelbare Ausgabe durch den Aufenthalt jener Personen in den Gefängnissen nicht erwachse, daß die Förderung der Auswanderung derselben nach Amerika aber doch im Interesse der Stadt sein werde, weil dieselbe dadurch jeder Eventualität die Subjecte wieder aufnehmen zu müssen, überhoben bleibe und auch die vollständige Abbüßung der Strafe das fernere Fortkommen der Sträflinge in hiesiger Stadt nicht erleichtern werde. Dagegen meint Herr Vieweg, daß die Stadt erst dann zu einer solchen Ausgabe sich veranlaßt sehen könnte, nachdem die Strafe vollständig abgebüßt sei, daß bis dahin aber der Staat das nächstliegende Interesse für die Entfernung der Sträflinge aus der Strafanstalt durch deren Uebersiedelung nach Amerika habe, und daher, sollte die Uebersiedelung jetzt bewerkstelligt werden, die desfallsigen Kosten allein übernehmen könne.

Nach der weitem Bemerkung des Herrn Vorsitzenden, daß zwei von den Sträflingen der Stadt demnächst um so gewisser zur Last fallen würden, da dieselben noch für einen zweijährigen Zeitraum nach abgebüßter Strafe durch das Straferkenntniß unter polizeiliche Aufsicht gestellt seien, hält auch Herr Visschou es für gerathener, wenn die Sträflinge jetzt, wo ihnen, im Falle der Rückkehr, die weitere Vollziehung der Strafe in Aussicht stünde, durch ein Opfer aus der Stadtcasse nach Amerika befördert würden, als wenn solches erst nach abgebüßter Strafe geschehe.

Herr Stadtrath Mack deutet an, daß das Interesse der Stadt, die Sträflinge schon jetzt nach Amerika zu befördern, mit dem Interesse des Staates Hand in Hand gehe, da eine wahrscheinliche spätere Unterbringung der Sträflinge in der Besserungs-Anstalt in Bayern und Beförderung derselben von dort nach Amerika inzwischen noch der Stadt und dem Staate Kosten veranlassen würde.

In dieser Beziehung fügt noch Herr Steinmeyer hinzu, daß erfahrungsmäßig die meisten solcher Sträflinge, es lasse sich das Verhältniß von 14 zu 15 annehmen, nach Bayern transportirt würden, wenn nicht etwa deren Wiederaufnahme in das Gefängniß nothwendig werde.

Der Herr Vorsitzende bezweifelt auch, daß der hiesigen Stadt jetzt oder später die beantragte Ausgabe erspart werden würde, da auf Kosten des Staates allein die Uebersiedelung der Sträflinge nach Amerika nicht Statt finden möchte, wobei Herr Häusler noch zu bemerken giebt, daß dem



Staate die Erhaltung der Sträflinge durch Nutzung deren Arbeitskräfte nicht sehr kostspielig sein werde.

Hiernach erfolgt durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung die Annahme des Antrags des Stadt-Magistrats.

5) Zum Zwecke der Uebersiedelung der Ehefrau des nach Amerika entwichenen Schneidermeisters Kleinecke, sammt ihren vier Kindern, nach Amerika, beantragt der Stadt-Magistrat die Verwilligung einer Summe von 50  $\mathfrak{R}$  in Golde aus der Stadtcasse, da jene Familie schon jetzt mit einem Kostenaufwande von 50  $\mathfrak{R}$  und darüber von der Armenanstalt unterstützt werde, die Kleinecke'sche Ehefrau den Wunsch ausgesprochen habe, ihrem Ehemanne nach Amerika zu folgen und von letzterm auch zur Bestreitung der auf insgesamt 150  $\mathfrak{R}$  in Golde berechneten Uebersiedelungskosten etwa 100  $\mathfrak{R}$  in Golde seiner Ehefrau zugesandt seien; die Versammlung erklärt durch Mehrheitsbeschluß ihre Zustimmung zu der beantragten Ausgabe.

Der Tagesordnung gemäß wird:

**I.** Auf Veranlassung des Schreibens des Stadt-Magistrats vom 2. v. Mts. zur Wahl eines Mitgliedes der Versammlung in das Armen-Directorium (§. 2 des betreffenden Statuts) geschritten und fällt die Mehrzahl der Stimmen auf den Herrn Kellner; in jenem Schreiben ist zugleich mitgetheilt, daß der Herr Stadtrath Bammel, als unbesoldetes Mitglied des Stadt-Magistrats, der Armen-Direction beitreten werde.

**II.** Eingeschaltet an dieser Stelle wird von dem Herrn Vorsitzenden in Folge eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 2. d. Mts. die Wahl zweier Mitglieder der Versammlung als Deputirte zu dem am 18., 19., 20. und 27. d. Mts. stattfindenden Militair-Aushebungsgeschäfte, wobei der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden von der Versammlung genehmigt wird, daß dasjenige Mitglied der letztern, auf welches nach den beiden zu wählenden Deputirten die meisten Stimmen gefallen sein würden, im Falle der Behinderung des Einen oder des Andern der beiden Deputirten, dem Aushebungsgeschäfte beizuwohnen solle.

Aus der vorgenommenen Wahl gehen hervor:

Herr Fabricius mit 13 und

Herr Grund mit 8 Stimmen,

während die alsdann folgenden meisten — fünf — Stimmen auf den Herrn Steinmeyer gefallen sind.

III. An dritter Stelle erstattet, unter einstweiliger Aussetzung der Berathung über den Verkauf der Lohmühlen zu Eisenbüttel an die hiesigen Lohgerber, Herr Grotzian, Namens der Finanz-Commission, Bericht über den vom Stadt-Magistrate in dem Schreiben vom 14. v. Mts. befürworteten Antrag des Vorstandes der hiesigen Speiseanstalt für Bedürftige auf fernerweite Bewilligung des bisher aus der Stadtcasse gezahlten Zuschusses im Betrage von 200  $\text{fl}$  auch für den Winter 1853/54 und spricht sich die Versammlung auf Antrag ihrer Commission für die beantragte Verwilligung aus.

IV. Nach einem von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Schreiben des Stadt-Magistrats vom 14. v. Mts. wird von Letztem beantragt, dem Nachtwächter Conrad Spangenberg für die erste Entdeckung des am frühen Morgen des 25. Juni d. J. in dem Einwaldschen Hause N<sup>o</sup> 1089 A. an der Beckenwerperstraße hieselbst, ausgebrochenen Feuers, die in der Instruction vom Jahre 1829 ausgelobte Prämie von zehn Thalern aus der Stadtcasse zu bewilligen, da derselbe eine besondere Wachsamkeit und Umsicht bewiesen und dadurch sich die von ihm nachgesuchte Belohnung verdient habe.

Der Herr Vorsitzende giebt die Verwilligung der Versammlung anheim, welche denn auch nach Erledigung der Anfragen der Herren Lissebon, Graß und Nieß durch den Herrn Stadtrath Mack dahin, daß nach den bestehenden Vorschriften, insbesondere der Feuer-Ordnung, gerade die Stadt, und nicht die Landes-Brandversicherungs-Anstalt, jedoch nicht überall, sondern nur in besonderen Fällen, alsdann aber in dem einmal festgesetzten Betrage von zehn Thalern, und nicht in einem geringeren Betrage, etwa der Hälfte, die Prämie zu zahlen habe, durch Mehrheitsbeschluß ausgesprochen wird.

Da mehrere Mitglieder den Schluß der Sitzung wünschen, vertagt der Herr Vorsitzende die ausgesetzte Berathung über den Verkauf der Lohmühlen bis zu der nächst Statt findenden Sitzung.

Herr Bieweg richtet noch an den Herrn Stadtrath Mack die Anfrage, wodurch der Erlaß der in dieser Versammlung längst berathenen Feuerpolizei-Ordnung und die Vorlage der schon lange in Aussicht gestellten Baupolizei-Ordnung verzögert werde, und erhält von dem Herrn

Stadtrathe Mack die Auskunft, daß die Feuerpolizei-Ordnung bereits dem Herzoglichen Staats-Ministerium zur Genehmigung vorgelegt, von dort aber noch nicht zurückgegangen sei, und daß die Baupolizei-Ordnung, im Entwurfe fertig, der Herzoglichen Bau-Direction zur weitem Prüfung mitgetheilt sein werde.

Schließlich stellt Herr G. Kloss den Antrag: den Stadt-Magistrat zu ersuchen, bei der Stellung von Pferden aus hiesiger Stadt zu den diesjährigen Landwehr-Uebungen in ähnlicher Weise, wie im verflossenen Jahre vom Stadt-Magistrate geschehen und von der Versammlung durch Beschluß vom 20. Septbr. v. J. nachträglich gutgeheißen sei, also durch Contracts-Abschluß mit den mindestfordernden Pferdebesitzern auf Kosten der Stadt-Casse, zu verfahren, und wird dieser Antrag von der Versammlung durch Mehrheitsbeschluß angenommen.

Hierauf erfolgt der Schluß der Sitzung, nach Vorlesung des Protokolls durch den Protokollführer und Genehmigung desselben durch die Versammlung, Seitens des Herrn Vorsitzenden.

(Beilage zum 239. Stücke der Anzeigen.)

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 11. August 1853.

---

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Desterreich, eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Löbbcke, Jüdel, Helfft, Leo, Röpcke und Fabricius wird aus den von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Gründen von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Der Herr Vorsitzende verliest ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 7. d. M., durch welches die Versammlung aufgefordert wird, zur Aufstellung der im §. 8 des Statuts, die Ordnung der Einquartierungslast in hiesiger Stadt betreffend, erwähnten Rolle für die Naturalleistung und zur Abschätzung der Gebäude aus ihrer Mitte die nöthigen Commissionen zu wählen, und behält sich vor, auf diese Angelegenheit demnächst zurückzukommen.

1. Auf der Tagesordnung steht als erster Gegenstand:

die Berichtserstattung über die Veräußerung der in Eisenbüttel belegenen Lohmühlen.

Schon in der Sitzung der Stadtverordneten vom 16. April v. J. ist auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 12. März v. J. diese Angelegenheit zur Sprache gekommen und dieselbe, statt der Annahme des Antrages des Stadt-Magistrats:

»daß Seitens der Stadt den hiesigen Lohgerbern die in Eisenbüttel belegenen zwei Vorke-Stoß-Mühlen und eine Loh-Mahl-Mühle, im Wege des Vergleichs, gegen Zahlung einer Summe von 1500  $\mathfrak{f}$  eigenthümlich überlassen worden,

einer aus sechs Mitgliedern der Versammlung bestehenden Commission zur weiteren Prüfung und Berichtserstattung überwiesen worden.

Von dieser damals gewählten Commission ist die Berichtserstattung dem Herrn Häusler übertragen, welcher zunächst die bisherige Verzögerung damit entschuldigt, daß die Durchsicht der Acten Seitens der Commissions-Mitglieder und die genaueren



Nachforschungen über das Sach- und Rechtsverhältniß längere Zeit in Anspruch genommen hätten, und sodann bemerkt, daß das jetzt vorzulegende Resultat der Berathung der Commission durch drei Mitglieder derselben, die Herren Bieweg und Grotzian und ihn, den Referenten, weil die drei andern Mitglieder, die Herren Voigt, Köpcke und Barrentrapp, durch Abwesenheit von der Schlußsitzung der Commission abgehalten worden, gefunden und festgestellt worden sei.

Herr Häusler spricht sich folgendermaßen über diese Angelegenheit aus:

Unter den drei Mühlen, um deren eigentliche Ueberlassung Seitens der Stadt an die Lohgerber hieselbst es sich handle, befinde sich eine, für deren Benutzung Seitens der Lohgerber bisher ein eigentliches Pachtgeid in die Stadtcasse gezahlt sei; die beiden anderen Mühlen hätten der Stadtcasse von jeher einen von den Lohgerbern, welche auch diese beiden Mühlen von jeher in Nutzung gehabt haben, gezahlten sogenannten Wasserzins eingetragen. Während die Lohgerber die erstgedachte Mühle als Eigenthum der Stadt anerkannt hätten, machten dieselben doch das Eigenthum an den letztgedachten beiden Mühlen der Stadt freitig. Um dieses Streitverhältniß ohne einen für beide Theile kostspieligen und zweifelhaften Proceß aufzuheben, beantrage der Stadt-Magistrat, alle drei Mühlen den Lohgerbern gegen Zahlung einer von denselben angebotenen Vergleichssumme von 1500  $\text{Rthlr}$ , an die Stadt-Casse, eigenthümlich zu überlassen.

Nach zwei Contracten aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts sei von Seiten der Stadt den Lohgerbern gestattet, an zwei Stellen an der Oker in Eisenbüttel, zwei Mühlen zur Nutzung für ihr Gewerk einzurichten; es sei in jenen Contracten die Zahlung eines Wasserzinses und außerdem verabredet, daß die Stadt die Mühlen zu jeder Zeit, gegen Erstattung von Baukosten, zurücknehmen dürfe. Bei Erneuerung des Pachtcontractes über die verpachtete Mühle seien in den Contracten vom Jahre 1766 und 1804 Andeutungen gemacht, als ob jene beiden andern Mühlen den Lohgerbern eigenthümlich zugehörten. Im Jahre 1841 hätten sogar die Lohgerber bei dem Herzogl. Stadtgerichte hieselbst auf vorgängige Erlassung von Edictalien, den Ausschluß etwaiger dritter Berechtigter und die Zuschreibung der Mühlen auf ihren Namen erwirkt.

Da aus alten Documenten der Erwerb des Eigenthums an jenen Mühlen Seitens der Stadt sich nachweisen lasse und jene erst erwähnten Contracte aus dem 17. Jahrhundert bestätigten, daß noch damals das Eigenthum an jenen Mühlen der Stadt zugestanden habe, wie namentlich aus der vorbehaltenen Zurücknahme der Mühlen hervorgehe, so könnte durch die angedeuteten späteren Vorgänge dieses Rechtsverhältniß auch nicht geändert erscheinen. Insbesondere dürfte von einer Verjährung oder Ersizung auf Seiten der Lohgerber nicht die Rede sein, da dieselben die Befugniß zur Nutzung der Mühlen gerade nur aus den früheren Contracten ableiten könnten und dieses Contractsverhältniß auch durch fortwährende Zahlung des Wasserzinses anerkannt hätten. Unter diesen Umständen gebe die irrthümliche Anführung in den späteren Contracten von 1766 und 1804, daß zwei der Mühlen den Lohgerbern gehörten, keinen zur Verjährung oder Ersizung geeigneten Rechtstitel ab. Ebenso könne der erwirkte Erlaß von Edictalien mit seinen weiteren Konsequenzen für die Stadt nicht den Verlust des Eigenthums an jenen Mühlen zur Folge gehabt haben. Das Edictalverfahren könne mit Grund angefochten werden, da dasselbe in ungehöriger Weise, namentlich auf eine Besitzbescheinigung der Herzogl. Polizei-Direction hin, vorgenom-

men sei; außerdem seien die Lohgerber, auch nach der gerichtlichen Verlassung, ganz in dem frühern Rechtsverhältnisse der Stadt gegenüber geblieben; jedenfalls könne die Stadt noch immer ihr persönliches Recht aus den stets in Kraft gebliebenen Contracten gegen die Lohgerber geltend machen.

Obwohl von Seiten der Stadt bei der nach den Contracten vorbehaltenen Zutrücknahme der Mühlen den Lohgerbern die Baukosten, welche übrigens nach den weiteren Bestimmungen auf die Verwendungen für die erste Anlage beschränkt worden, zu erstatten seien, so sei die Vergleichungssumme von 1500  $\text{fl}$  doch viel zu gering und werde durch diese die Stadt ihr nützbares Eigenthum bei weitem nicht bezahlt bekommen. Die vom Stadt-Magistrate zum Grunde gelegte Werthsberechnung sei schon deshalb nicht richtig, weil von dem durch den Stadtbaumeister Köllisch und den Mühlenmeister Lichte veranschlagten Werthsbeträge die capitalisirte bisherige Geldleistung der Lohgerber in Absatz gebracht sei. Der Durchschnitt der stattgehabten Abschätzungen stelle sich auf 5000  $\text{fl}$  heraus und gebe eher einen Anhaltspunkt für die Preisbestimmung bei einer Veräußerung der Mühlen; eine Abschätzung der Wasserkraft sei, weil solche zu schwierig, unterlassen; übrigens sei früher von den Lohgerbern selbst der Werth der Mühlen auf etwa 10,000  $\text{fl}$  angegeben.

Die Wasserzinse von den beiden Mühlen seien keine ablösbare Abgaben, weil das Innehaben der Mühlen Seitens der Lohgerber ein zu jeder Zeit widerrufliches sei, so daß die Lohgerber nach der Ablösungsordnung auch nicht mit einem etwaigen Antrage auf Ablösung durchkommen könnten. Da die Stadt auch Eigenthümerin der in Eisenbüttel belegenen Mehl-Mahl-Mühle sei und nach der Regelung ihrer Vermögensverhältnisse mit der Herzogl. Landesregierung zur Nutzung der gesammten Wasserkraft bei Eisenbüttel gelangen werde, so stelle sich auch aus diesem Grunde der Werth der dortigen Lohmühlen für die Stadt viel höher heraus.

Hiernach könne die Commission der Versammlung nicht empfehlen, den obigen Antrag des Stadt-Magistrats anzunehmen, und müsse dieselbe vielmehr anheim geben: »unter Ablehnung jenes Antrages den Stadt-Magistrat zu ersuchen, das Eigenthum an den Lohmühlen gegen die Lohgerber, nöthigenfalls im Wege des Processus, für die Stadt in Anspruch zu nehmen.«

Herr Aronheim, welcher sich in Bezug auf diese Angelegenheit als Rechtsbeistand der Lohgerber zu erkennen giebt und deshalb sich seines Votums enthalten zu müssen erklärt, hält es auf Seiten der Stadt für bedenklich, einen Proceß anzufangen, da es ihm nicht zweifelhaft erscheine, daß die Lohgerber das Eigenthum an den Mühlen durch Erßigung erworben hätten, und das Gegentheil auch nicht daraus sich ergebe, daß dieselben den früheren Wasserzins stets fortgezahlt haben, weil auch der Eigenthümer recht wohl zu einer solchen Abgabe verpflichtet sein könne.

Die Herren Bieweg und Voigt, der erstere als Commissions-Mitglied, unterstützen den Commissions-Antrag.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Commission von der Versammlung durch Mehrheitsbeschluß angenommen.

II. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betrifft: die Gaserleuchtung in hiesiger Stadt, über welche Namens der Finanz-Commission Herr Grottrian Bericht erstattet.

Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 30. Juni d. J. hat sich die Direction der Gaserleuchtungs-Gesellschaft erboten:

- 1) die Gaserleuchtung über die ganze Stadt, mit Ausnahme der Promenaden, auszudehnen, und
- 2) die Dellaternen auf den Promenaden an allen Abenden des Jahres, mit Ausnahme der Zeit vom Monate Mai bis zum Monate Julius einschließlich, bis 11 Uhr, die sämmtlichen Gaslaternen aber in den Monaten Januar bis April einschließlich und August bis December einschließlich, sofern kein Mondschein ist, vom Eintritte der Dämmerung an bis 12 Uhr Abends, und von da an bis zur Morgendämmerung, sowie an Mondschein-Abenden und in den Monaten Mai, Junius und Julius den dritten Theil der Gaslaternen brennen zu lassen, wenn dagegen die Stadt

- a. statt der stipulirten 360 Gaslaternen und 230 Dellaternen mit 54 Dellaternen für die Promenaden und mit 460 Gaslaternen, von der Brennkraft der jetzt vorhandenen, sich begnügen, und
- b. die jährliche Aversionalsumme von 9000 auf 10,000  $\text{fl}$  erhöhen würde.

Bei Erwägung dieses Anerbietens ist der Stadt-Magistrat zu der Ansicht gelangt, daß, so wünschenswerth auch die vorgeschlagene Ausdehnung der Gaserleuchtung für die Stadt erscheine, doch der geforderte Preis zu hoch gestellt sei. Im eigenen Interesse der Gaserleuchtungs-Gesellschaft liege es, die einmal hergestellte Fabrik-Anlage durch möglichst großen und regelmäßigen Absatz von Gas gehörig auszunutzen und die Verwendung ihres eigenen Fabrikats der Anschaffung und der Verwendung von Brennöl zur Erleuchtung der Stadt vorzuziehen. Die Verzinsung der durch die erweiterte Röhrenleitung nothwendig werdenden Anlage-Capitals-Erhöhung werde der Gesellschaft gewonnen werden, wenn derselben gestattet würde, 76 Laternen weniger, als ursprünglich stipulirt worden, zur Erleuchtung der Stadt anzuschaffen und zu unterhalten, indem dadurch mindestens 76 mal 1200 gleich 91,200 Brennstunden erspart würden. Gegen die Verminderung der Laternenzahl werde nichts zu erinnern sein, da die Gaserleuchtung, wo dieselbe bis jetzt ausgeführt sei, als vollkommen ausreichend gehalten werden dürfe; nur sei es zweckmäßig, die Zahl der Gaslaternen von 460 auf 470 festzustellen, falls etwa das Bedürfniß hervortreten sollte, noch an dieser oder jener zur Zeit nicht berücksichtigten Stelle eine Laterne anzubringen. Da aber die aus dem Anerbieten unter 2 sich ergebende Vermehrung der Brennstunden der Gesellschaft einen wirklichen Mehraufwand verursache, so werde es billig sein, die Aversionalsumme von 9000  $\text{fl}$ , welche freilich im Vergleiche mit andern Städten schon ziemlich hoch erscheine, in Rechnung auf die vermehrten Fabrikationskosten so lange angemessen zu erhöhen, bis die Gesellschaft von ihrem Anlage-Capitale eine Rente von einem gewissen Betrage beziehe.

Der Stadt-Magistrat macht hiernach folgende Vorschläge:

- 1) die Offerten der Gaserleuchtungs-Gesellschaft unter 1 und 2 werden, jedoch mit dem Vorbehalte, daß, wenn solches zur genügenden Erleuchtung erforderlich sei, die Zahl der Gaslaternen, ohne weitere Vergütung, bis auf 470 vermehrt werden dürfe, angenommen;
- 2) der Gaserleuchtungs-Gesellschaft wird eine Erhöhung der stipulirten Aversionalsumme um 500  $\text{fl}$  vom 1. Januar 1854 an zugestanden; die Kosten der Anfertigung des Laternen-Calenders und die Remuneration des städtischen Controlleurs trägt die Stadt selbst;
- 3) jene Mehrzahlung hört auf und die stipulirte Vergütung von 9000  $\text{fl}$  jähr-

lich tritt wieder ein, von dem Augenblicke an, wo die Gesellschaft ihren Actionären eine Dividende von 6 Proc. gezahlt hat.

Die Commission spricht sich für die Annahme dieser Vorschläge aus, indem das bei der Herr Berichtserstatter andeutet, daß, wie überhaupt der ursprünglich abgeschlossene Contract rücksichtlich der Zahl der Gaslaternen und der Brennstunden bei der Ausführung einige Aenderungen erlitten habe, so auch zur Zeit noch nicht eine genaue Berechnung über den Werth der Mehrleistung habe aufgestellt werden können, im Allgemeinen aber, nach gemachten Ueberschlägen, die Erhöhung der 9000  $\mathfrak{R}$  auf 9500  $\mathfrak{R}$  für die angebotene Mehrleistung der Gaserleuchtungs-Gesellschaft zulässig und angemessen erscheine.

Herr Grund stimmt mit den Vorschlägen des Stadt-Magistrats ebenfalls überein, stellt aber in Frage, ob nicht bei Annahme einer Rente von 6 Proc. auch eine Ermäßigung des den Privatconsumenten sehr hoch mit  $8\frac{1}{2}$   $\mathfrak{R}$  für 1000 Cubikfuß, berechneten Gaspreises bedungen werden könne, damit nicht die Stadt auf Kosten der Privatconsumenten zu einer wohlfeilern Gaserleuchtung komme.

Herr Bieweg meint, daß die Stadt oder die städtische Behörde wohl nicht in der Lage sich befinden, der Gaserleuchtungs-Gesellschaft weitere Bedingungen rücksichtlich des Preises zu stellen, für welche dieselbe Privatpersonen das Gas zu liefern habe. Die Frage des Herrn Grund berühre einen Vorwurf, welcher der Gesellschaft mehrfach vom Publikum gemacht werde, daß nämlich der Preis des Gases im Vergleiche mit anderen Städten viel zu hoch gestellt sei. In dieser Beziehung dürfe nicht übersehen werden, daß die Verhältnisse in hiesiger Stadt sehr ungünstig seien. Die Stadt nehme ein sehr weites Terrain ein, sei dabei nicht stark bevölkert und sei der Verbrauch von Gas in Privathäusern sehr gering. Aber auch aus dem fernern Grunde müsse sich der Preis des Gases hier höher stellen, weil das Gas entschieden besser sei, als in andern Städten, und daher wegen der stärkern Leuchtkraft verhältnismäßig weniger Gas verbrannt werde.

Dem Herrn Voigt, welcher voraussetzt, daß die Zulage von 500  $\mathfrak{R}$  einer ungefähren Berechnung entsprechend gefunden sein werde, erscheint es nicht ganz angemessen, daß für ein späteres Zurückgehen auf die Summe von 9000  $\mathfrak{R}$  die Rente auf 6 Proc. und nicht auf den z. B. bei den Staatsschuldverschreibungen üblichen Zinsfuß von  $3\frac{1}{2}$  Proc. bestimmt sei.

Herr Oberbürgermeister Caspary: Was die Anfrage des Herrn Grund betreffe, so könnten von der städtischen Behörde der Gaserleuchtungs-Gesellschaft weitere Bedingungen rücksichtlich des Gaspreises für die Privatpersonen nicht gestellt werden, wogegen vielleicht den Privaten selbst ein anderweites Uebereinkommen mit der Gesellschaft zu treffen möglich wäre. Uebrigens müsse auch der Gesellschaft darum zu thun sein, den Preis des Gases möglichst gering zu stellen, weil dieselbe alsdann einen größeren Absatz für ihr Fabricat finden und einen um so größeren Ertrag gewinnen würde. Für die Privatpersonen sei indessen ein Nachtheil damit verbunden, wenn die Gesellschaft auf die Bedingung sich einlassen würde, daß die Zulage von 500  $\mathfrak{R}$  nach Zahlung einer Rente von 6 Proc. wieder hinwegfalle, weil der eventuelle Verlust der 500  $\mathfrak{R}$  das Gas nicht bei dem höhern Preise erhalten, sondern die Gesellschaft nur veranlassen werde, neben der Mehreinnahme von der Stadt, zunächst den Privatpersonen das Gas möglichst wohlfeil zu berechnen. Weshalb die Gaserleuchtung auch den Privatpersonen zur Zeit noch so hoch zu stehen



komme, habe Herr Weg bereits hervorgehoben; nach Herrn Voigts Ansicht aber schon nach einer Rente von  $3\frac{1}{2}$  Proc. den Wegfall der 500  $\mathfrak{f}$  zu bedingen, sei gewiß erfolglos und erscheine auch nicht billig, weil es nicht schwer sei, Capitalien mindestens zu 4 Proc. sicher anzulegen, die Gesellschaft aber bei ihrem Unternehmen, das mit einer solchen Anlage verbundene Risiko nicht allein wegen des darauf verwendeten Capitals, sondern auch des Maßes der Verzinsung trage und insbesondere berücksichtigt werden müsse, daß die zur Fabrication des Gases und zur Erleuchtung der Stadt nöthigen Anschaffungen sich sehr abnutzen und von der Stadt eintretenden Falls nur gegen die demnächstige Laxe zu übernehmen sein würden.

Herr Barrentrapp giebt noch zu erwägen, daß die weitere Ausdehnung der Gaserleuchtung einen fernern Capital-Aufwand von etwa 20000  $\mathfrak{f}$  nothwendig mache. Wäre die Gasfabrik schon im vollen Gange, lägen schon Betriebsergebnisse vor, so würden als Aequivalent für die jetzt in Frage stehende Erweiterung 500  $\mathfrak{f}$  gar nicht, vielleicht nicht einmal 1500  $\mathfrak{f}$  genügen. Gegenwärtig könne die Gaserleuchtungs-Gesellschaft darin einigen Vortheil finden, daß sie die Dellaternen zu beseitigen Gelegenheit erhalte.

Auf einen Einwand des Herrn Scheller, daß nach den jetzigen Vorschlägen die Zeit, während welcher früher die Straßenlaternen zur Sommerzeit nicht angezündet worden, vom 15. Mai auf den 1. Mai vorgerückt sei, da künftig schon an diesem Tage die eingeschränkte Beleuchtung eintreten solle, wird von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari die Erläuterung gegeben, daß schon mit dem 1. Mai die helleren Nächte anfangen und von diesem Zeitpunkte an die Erleuchtung mit einem Drittel der Gaslaternen ausreichen werde.

Nach Schluß der Debatte werden die Vorschläge des Stadt-Magistrats von der Versammlung durch Mehrheits-Beschluß angenommen.

Ein fernerer Antrag des Stadt-Magistrats in demselben Schreiben geht dahin: »von den Prioritäts-Obligationen, welche die Gaserleuchtungs-Gesellschaft bis zu dem Betrage von 40000  $\mathfrak{f}$  zu 4 Proc. in Stücken von 100  $\mathfrak{f}$  auszugeben gewillt ist, eine den disponiblen Mitteln der Stadt entsprechende Summe zu nehmen, wenn die Verwerthung der nur zu 3 und  $3\frac{1}{2}$  Proct. stehenden städtischen Obligationen zu einem angemessenen Course möglich sei, und die Finanz-Commission zu beauftragen, wegen der zu jenem Zwecke zu verwendenden Summe und des für die vorräthigen Landes-Obligationen festzuhaltenden Courses die erforderlichen weitem Verabredungen mit dem Stadt-Magistrate zu treffen.«

Auf Empfehlung der Finanz-Commission wird, da diese Geldanlage vollkommen gesichert erscheint, diese weitere Proposition des Stadt-Magistrats, durch Mehrheits-Beschluß von der Versammlung angenommen.

III. Von Herrn Häußler ist der Antrag eingebracht: »die Versammlung der Stadtverordneten wolle beschließen, an den Stadt-Magistrat das Ersuchen zu richten: bei Herzoglichem Staats-Ministerium den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen zu beantragen, nach welchen die bisherige Einrichtung der Hypothekenbücher der Stadt Braunschweig und das bisher bei den gerichtlichen Verlassungen daseibst geltende Verfahren abgeschafft und die für

das übrige Land in dieser Hinsicht bestehenden gesetzlichen Vorschriften auch auf die Stadt Braunschweig ausgedehnt werden.«  
und erhält der Herr Antragsteller zur weiteren Motivirung desselben das Wort.

In der Voraussetzung, daß sein Antrag einer Commission zur Vorprüfung werde überwiesen werden, beschränkt sich Herr Häusler auf die Andeutung der beiden wesentlichsten Mängel, welche bei dem hiesigen Hypothekenwesen hervortreten und diese sind nach seiner Ansicht theils in der äußern Form der Hypothekenbücher, theils in den hier üblichen alterthümlichen gerichtlichen Auflassungen wahrzunehmen. In beider Beziehung hält Herr Häusler die Einführung der für die übrigen Landestheile geltenden Einrichtungen und Normen für zweckmäßiger und deshalb für wünschenswerth und möchte dabei ferner zur Erwägung gezogen wissen, ob nicht eine einfachere und übersichtlichere Numerirung der Häuser in hiesiger Stadt nach den einzelnen Straßen, so daß jede derselben eine abgeschlossene Reihenfolge von Nummern enthalte, erreichbar sein werde.

Herr Graß stellt dazu den Unterantrag:

»in dem entsprechenden Ersuchen an den Stadt-Magistrat, dessen Mitwirkung auch dafür in Anspruch zu nehmen, daß für die Aufbewahrung der Hypothekenbücher auch ein insbesondere gegen Feuersgefahr gesichertes Local außersehn oder eingerichtet werde,«

wozu der Herr Vorsitzende mittheilt, daß dieser Punkt, wie verlaute, auch schon von anderer Seite gehörigen Orts zur Sprache gebracht sei.

Der Häusler'sche Antrag mit dem Unterantrage, wird von dem Herrn Vorsitzenden der Statuten-Commission zur Vorprüfung überwiesen.

Hiernächst trägt Herr Kronheim die Gründe vor, welche ihn an dem Erscheinen zur Sitzung am 4. d. Mts. gehindert haben, und wird diese nachträgliche Entschuldigung von der Versammlung für zulässig und genügend angenommen.

In nicht öffentlicher Sitzung wird von der Versammlung über mehre Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt berathen und nach Beendigung dieser Berathung die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

# Verhandlungen

## Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 15. September 1853.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Mit genügender Entschuldigung abwesend sind die Herren Graß, Viweg, Helfft, Ebbbecke, Voigt und Fabricius, doch hat der Letzte sein späteres Erscheinen zur heutigen Sitzung in Aussicht gestellt, ohne Entschuldigung fehlen die Herren Räche und Röppe.

Zunächst theilt der Herr Vorsitzende den Inhalt nachfolgender Schreiben des Stadt-Magistrats mit:

1) In einem Schreiben vom 10. d. Mts. beantragt der Stadt-Magistrat, dem Professor Rietschel in Dresden, dem Modelleur der Lessing-Statue, in Bezug auf dieses bald der hiesigen Stadt als öffentliches Denkmal angehörige Kunstwerk, das Ehrenbürgerrecht in hiesiger Stadt zu verleihen und erklärt sich die Versammlung mit diesem Antrage durch einstimmigen Beschluß einverstanden.

2) Nach einem Schreiben vom 26. v. M. wird die Versammlung benachrichtigt, daß der Stadt-Magistrat, auf Veranlassung des früheren Beschlusses, weitere Verhandlungen mit dem Commando der Bürgerwehr wegen Organisation der letztern angeknüpft habe, daß vom Herzoglichen Staats-Ministerium mittelst Rescripts vom 19. v. Mts. bestimmt sei, die Bürgerwehr habe, so lange dieselbe bestehe, den in hrem eigenen Interesse zu leistenden Dienst bei ausgebrochenem Feuer ferner zu versehen.

3) Ein Schreiben vom 12. d. M. enthält die Benachrichtigung, daß das Herzogliche Staats-Ministerium rücksichtlich des Statuts, die das Halten von Hunden in hiesiger Stadt ordnenden Vorschriften betreffend, mittelst Rescripts vom 2. d. M. die Erlassung solchen Statuts Seitens der städtischen Behörden wiederholt für zulässig erklärt habe, sowie die Mittheilung, daß auch der Stadt-Magistrat an seiner bei Vorlage des Statut-Entwurfs ausgesprochenen gleichlautenden Erklärung festhalte, und einige Bemerkungen zu den diesseits gemachten Aenderungs-Vorschlägen.

Dieses Schreiben wird von dem Herrn Vorsitzenden der Statuten-Commission zur weitem Berichtserstattung überwiesen.

4) Laut eines weiteren Schreibens vom 14. d. M. ist der Entwurf einer neuen Feuerordnung für die hiesige Stadt, wie dieselbe aus den vorlängst Statt gehabten Berathungen der Stadtverordneten hervorgegangen, von der Herzogl. Bau-Direction begutachtet und sind deren Bemerkungen von Herzogl. Staats-Ministerium dem Stadt-Magistrate zur weiteren Erklärung mitgetheilt. Das zugleich die Bemerkungen des Stadt-Magistrats über die bestrittenen Punkte enthaltende Schreiben wird von dem Herrn Vorsitzenden der Statuten-Commission zur weitem Berichtserstattung überwiesen.

Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen:

I. In dem schon in der letzten Sitzung am 11. v. M. von dem Herrn Vorsitzenden bekannt gemachten Schreiben vom 7. v. M. wird von dem Stadt-Magistrate beantragt, zur Ausführung des §. 8 des Statuts, die Ordnung der Einquartierungslast in der hiesigen Stadt betreffend, die nöthigen Commissionen zu wählen, von denen unter Zuziehung je von drei Bürgern die Abschätzung der Gebäude zur Unterbringung von Mannschaften und Pferden vorgenommen und aus welchen wiederum eine Central-Commission zur Revision der Abschätzungen gebildet werden soll.

Namens der Statuten-Commission giebt der Herr Vorsitzende der Versammlung anheim, dieses Abschätzungs-Geschäft den für die Steuer-Veranlagung bestehenden sechs Commissionen zu übertragen und dieselben anzuweisen, aus ihrer Mitte die Vorsitzenden zu wählen, welche ebensowohl die Abschätzungen in den einzelnen Commissionen zu leiten, als die revidirende Central-Commission zu bilden haben würden.

Die Versammlung erklärt sich durch Mehrheits-Beschluß mit diesem Vorschlage einverstanden.

Der Herr Vorsitzende ersucht die betreffenden Commissionen die etwa nöthigen Ergänzungswahlen zur Vervollständigung der Mitgliederzahl zu veranlassen, die Wahl der Vorsitzenden vorzunehmen und Letztere der Versammlung zu benennen.

II. Das zweite zur Berathung stehende Schreiben des Stadt-Magistrats vom 11. d. Mts. bezieht sich auf das Gesetz, den Salzdebit betreffend, vom 30. Junius d. J. Dieses Gesetz enthält, nach der Mittheilung des Herrn Vorsitzenden, folgende hier einschlagende Bestimmungen:

Vom 1. Januar k. J. an soll der Salzbedarf der Landes-Einwohner nur aus bestimmten Herzogl. Niederlagen oder aus Gemeinde-Sellereien entnommen werden. Der jährliche Salzbedarf für jeden Kopf der Bevölkerung wird im Durchschnitt mindestens zu 12 lb. angenommen, nach diesem Sage wird der geringste Bedarf für die Bevölkerung jedes Gemeindebezirks von der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction periodisch bestimmt. Falls eine Gemeinde im Laufe des Kalenderjahrs weniger als das hiernach bestimmte Quantum von Salz verbraucht hat, so hat dieselbe dennoch den Niederlagepreis für das zu wenig entnommene Quantum aus der Gemeinde-Casse an die Herzogl. Salzdebitcasse einzuzahlen. Jede Gemeinde muß eine, kann aber auch mit Genehmigung Herzogl. Kreis-Direction mehrere Salzsellereien zur Versorgung ihrer Mitglieder halten, die Einrichtung und Verwaltung dieser Sellereien ist Gemeindefache, der Preis des Salzes ist gesetzlich bestimmt. Auf die Sellereien sind die Gemeinde-Einwohner angewiesen; doch können dieselben, wenn sie sich zu diesem Zwecke zeitig bei der zuständigen Behörde gemeldet haben, auch Mengen von



mindestens  $\frac{1}{4}$  Centner unmittelbar aus der Herzogl. Salzniederlage beziehen. Für die Salzquantitäten, welche die Gemeinden über den für dieselben festgestellten geringsten jährlichen Salzbedarf hinaus aus den Niederlagen bezogen haben, erhalten die Gemeinden eine Vergütung für die Sellereikosten zum Betrage von 50 Procent des Niederlagepreises.

Zur Ausführung dieses Gesetzes, welches vom 1. Januar k. J. die bisherige Berechtigung der hiesigen Salzändler aufhebt, handelt es sich um die Einrichtungen von Sellereien in hiesiger Stadt. Der Stadt-Magistrat schlägt in seinem obgedachten Schreiben vor, die Zahl solcher Sellereien für die hiesige Stadt versuchsweise auf sechs, vertheilt in die sechs Thor-Districte, festzustellen, bis die Erfahrung gelehrt haben werde, ob diese sechs Sellereien ohne zu große Belästigung für das Publikum genügen, oder mehrere dergleichen einzurichten sein würden. Die zu Salzsellern zu wählenden Personen sollen aber nicht aus der Zahl der Materialwaaren-, Victualien- oder Höferwaaren-Händler genommen, sondern es soll in jedem Districte ein ohne seine Schuld nicht in besonders guten Verhältnissen befindlicher, jedoch als rechtlich bekannter, reinlicher, des Schreibens und Rechnens kundiger Bürger gewählt und diese Auswahl dem Stadt-Magistrate überlassen werden. Für ihre Mühwaltungen sollen die gewählten Salzseller Remuneration aus der Stadt-Casse, deren Betrag vorläufig auf jährlich 50 bis 75  $\text{R}$  proponirt wird, daneben auch den Vortheil haben, daß sie das mit 2  $\text{R}$  16  $\text{gg}$  für den Centner aus der Niederlage entnommene Salz zu dem gesetzlich bestimmten Preise von 8  $\text{Q}$  für das Fund wieder verkaufen; sie müssen jedoch auch die Transportkosten von der Niederlage in die Sellerei tragen. Die erste Anschaffung von zwei guten Kisten und einer Wagschale nebst Gewichten für einen jeden Salzseller, für deren Erhaltung und Wiederablieferung dieser aber verantwortlich bleibt, wird auf Kosten der Stadt-Casse besorgt.

Bei Prüfung dieser Vorschläge hat die Statuten-Commission keine Veranlassung gefunden, Aenderungs-Anträge zu machen, da die durch das Gesetz hervorgerufenen neuen Verhältnisse rücksichtlich des Salzdebts erst weitere Erfahrungen an die Hand geben müssen, und giebt danach der Herr Vorsitzende Namens der Statuten-Commission der Versammlung anheim, die Vorschläge des Stadt-Magistrats vorerst für die Zeit bis zum Ablaufe des Jahrs 1855 anzunehmen.

Die Versammlung spricht diese Annahme durch Mehrheits-Beschluß aus.

III. Auf Veranlassung der bei Gelegenheit der Prüfung der Stadt-Cassen-Rechnung vom Jahre 1851 Seitens der Stadtverordneten-Versammlung gemachten Bemerkung über die Nothwendigkeit, auf eine andere Heizung der Schullokale Bedacht zu nehmen, weil die Kosten der Heizung mit Holz von Jahr zu Jahr auf eine erhebliche Weise steigen, hat der Stadt-Magistrat den Stadt-Baumeister Köllsch mit einer Begutachtung darüber, ob die Heizung mit Torf oder mit Steinkohlen vorzuziehen sei, beauftragt. Nach dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 10. d. Mts. hat sich nach den von dem Stadt-Baumeister Köllsch veranlaßten Versuchen und gemachten Berechnungen die Heizung mit Torf bewährt und wohlfeiler herausgestellt, als die Heizung mit Holz, während die Heizung mit Steinkohlen bei den in den Schulgebäuden vorhandenen Defen und Schornsteinen nicht wohl anwendbar sein soll. Daraus hin empfiehlt der Stadt-Magistrat, einstweilen wenigstens die Heizung mit Torf in den Localen der städtischen Schulen zur Anwendung zu bringen, für

diesen Fall aber folgende, von dem Stadt-Baumeister Kölsch für nothwendig gehaltene Verwendungen zu genehmigen:

- 1) für Vorrichtung zweier Lustlöcher in den Ställen der Bürgerschule östlichen Bezirks: 10  $\text{fl}$ ,
- 2) für vier Aschengruben, in jedem Schulgebäude eine: 172  $\text{fl}$ ,
- 3) für sechs Vorkissen: 54  $\text{fl}$ ,
- 4) für Nebenausgaben: 30  $\text{fl}$ ,

insgesammt also 266  $\text{fl}$ . Außerdem beantragt der Stadt-Magistrat die Gewährung einer jährlichen Remuneration von 16  $\text{fl}$  für einen jeden der beiden Bedellen an den Bürgerschulen, da dieselben wegen Alters und Körperschwäche einer Hülfe beim Einheizen bedürfen.

Dieses Schreiben ist der Bau-Commission zur Berichts-Erstattung überwiesen; Herr Lissebon spricht sich in seinem Vortrage im Allgemeinen gegen die Heizung mit Torf aus, weil dieselbe nicht weniger kostspielig sein werde, als eine Heizung mit Holz, zumal die Benachtheiligungen bei dem Ankaufe von Torf bisher unvermeidlich gewesen seien, und findet namentlich Bedenken gegen die Verwilligung der vorverzeichneten Kostenbeträge, indem insbesondere die Anlegung der Aschengruben zu kostspielig und wohl überflüssig sei.

Herr Overbürgermeister Caspari vertritt, gestützt auf das Kölsche Gutachten, die Ansicht des Stadt-Magistrats. Bei den jetzt noch vorhandenen Ofen und Schornsteinen in den städtischen Schulgebäuden sei eine Heizung mit Steinkohlen nicht anwendbar, wohl aber die Heizung mit Torf ausführbar. Diese habe sich bei den gemachten Versuchen in der Freischule an der Leopoldstraße nicht so hoch, wie die Heizung mit Holz, herausgestellt und dabei doch bewährt. Die in Antrag gebrachten Vorrichtungen würden aber auch bei einer etwaigen spätern Einführung einer Heizung mit Steinkohlen nützlich und nothwendig sein.

Herr Barrentrapp stimmt mit Herrn Lissebon darin überein, daß die Heizung mit Torf in den städtischen Schulen nicht von erheblichem Vortheile sein werde, und giebt der Heizung mit Steinkohlen den Vorzug, wenn auch die zu diesem Zwecke erforderlichen ersten Anlagen sehr kostspielig seien. Möchten auch die Versuche einer Heizung mit Torf in dem bevorstehenden Winter noch fortgesetzt werden, so dürfte einstweilen doch die Vorrichtung der kostspieligen Aschengruben zu unterlassen sein und könnten für die Aufbewahrung der Torfasche andere Einrichtungen getroffen werden. Es möchte angemessen sein, diese Angelegenheit im Anfange des kommenden Jahres mit den im nächsten Winter zu sammelnden Erfahrungen zeitig in weitere Erwägung zu ziehen.

Die Herren Steinmeyer, Lübbecke und Grund können ebenfalls nicht die Heizung mit Torf in den Schullocalen empfehlen, wenigstens nicht mit dem in dem Gutachten empfohlenen leichtern Torf aus Gifhorn, wogegen dieselben eher den schwereren Backtorf, namentlich bei Anwendung einer Ofenroste, für zweckmäßig halten; Herr Barrentrapp verspricht sich aber auch von den Versuchen einer Heizung mit Backtorf keinen bessern Erfolg, weil in den Schulöfen Rosten nicht würden anzulegen sein.

Nach dem Schlusse der Debatte wird diese Angelegenheit dadurch erledigt, daß die Versammlung zwar mit den weiteren Versuchen einer Torfheizung in den städtischen Schulen für den bevorstehenden Winter sich einverstanden erklärt, für demnächst

jedoch eine fernere Erwägung der Sache sich vorbehält, daneben übrigens die angeforderten Verwendungen, mit Ausnahme der für die Anlegung von Aschengruben veranschlagten Summe von 172  $\text{fl}$ , verwilligt und die Bau-Commission beauftragt, unter Zuziehung des Herrn Barrentrapp mit dem Stadtbaumeister in Erwägung zu nehmen, auf welche andere Weise für die Unterbringung der Dorfasse am besten werde gesorgt werden können, auch zu dem, in letzterer Rücksicht nothwendigen Aufwande im Voraus ihre Zustimmung ertheilt, und endlich noch die beantragte Remuneration für die beiden Schulpedellen mit je 16  $\text{fl}$  genehmigt.

Die Herren Fabricius und Röpcke sind noch während der Dauer der Sitzung in der Versammlung erschienen.

Ueber die Reclamationen mehrer Personen gegen die Veranlagung zur Communalsteuer, welche von den Districts-Commissionen und der Central-Commission noch unerledigt geblieben und der Entscheidung der Versammlung vorbehalten sind, wird von den betreffenden Herren Referenten Bericht erstattet und von der Versammlung Beschluß gefaßt, nachträglich von der Letzteren aber auch beschlossen, diese Berathungen und Beschlüsse nicht durch den Druck der heutigen Sitzungs-Verhandlungen zu veröffentlichen.

Schließlich erhält Herr Fabricius das Wort und trägt vor:

In Bezug auf die Einrichtung der Gaserleuchtung in hiesiger Stadt glaube er die Versammlung auf einige Mißstände besonders aufmerksam machen zu müssen:

1) Durch das Legen der Röhren in den Straßen der hiesigen Stadt sei das Straßenpflaster an vielen Stellen ganz bedeutend verschlechtert und er halte es für durchaus angemessen, daß der Gaserleuchtungs-Gesellschaft aufgegeben werde, durch eine Nachpflasterung solchen Verschlechterungen abzuhelpen.

2) Die mehrarmigen und einfachen Laternenträger zeichneten sich durch Schönheit nicht aus; wie er gehört habe, sei eine Vorlage von Zeichnungen solcher Laternenträger, welche contractsmäßig hätte gemacht werden müssen, bei dem Stadt-Magistrate vor der Anschaffung und Aufstellung nicht erfolgt; es frage sich, ob die Gaserleuchtungs-Gesellschaft nicht angehalten werden könnte und müßte, bessere Laternenträger anzuschaffen und aufzustellen.

3) Während an den Abenden bei beginnendem Mondenscheine die Dellaternen brannten, sei die Gaserleuchtung nur auf ein Drittel der Gaslaternen beschränkt; es sei wünschenswerth und billig, die volle Gaserleuchtung zu beanspruchen, so lange an Mondscheinabenden auch die Dellaternen brannten, und danach eventuell den Laternen-Kalender zu bestimmen.

Herr Fabricius giebt der Versammlung anheim, diese Ausstellungen in Erwägung zu ziehen und behält sich vor, auf dieselben demnächst zurückzukommen.

Nach Verlesung des Protokoll durch den Protokollführer und nach Genehmigung desselben Seitens der Versammlung wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

(Beilage zum 284. Stücke der Anzeigen.)

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 6. October 1853.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet:

Die Abwesenheit der Herren Köpcke, Barrentrapp, Bieweg und Kellner wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Die Herren Uhlde und Räche haben bei der Einladung ihr Erscheinen zur heutigen Sitzung, jedoch ohne Andeutung der etwaigen Behinderung, in Frage gestellt.

Nach erklärter Zustimmung Seitens der Versammlung wird von dem Herrn Vorsitzenden die Bau-Commission ersucht, in Erwägung zu ziehen, auf welche Weise der Aufenthalt der Versammlung in diesem Sitzungs-Local, insbesondere für den bevorstehenden Winter, einigermaßen behaglich zu machen sein möchte, und für die Ausführung geeignet gefundener Vorrichtungen die Mitwirkung des Stadt-Magistrats in Anspruch zu nehmen.

Hiernächst verliest der Herr Vorsitzende ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 29. v. Mts., betreffend die Regelung des Handels mit Brennholz, Torf und Kohlen in hiesiger Stadt, und giebt der Versammlung anheim, mit der weiteren Prüfung und Berichtserstattung über diese Angelegenheit eine besonders zu wählende etwa aus drei Mitgliedern bestehende Commission zu beauftragen, da der Statuten-Commission noch mancherlei Arbeiten vorlägen, auf welche dieselbe ihre Thätigkeit zu verwenden habe.

Die Commission wird durch die Wahl der Versammlung aus den Herren Lisebon, Barrentrapp und Fabricius gebildet.

Auf der Tagesordnung steht die Berichtserstattung über das schon in der letzten Sitzung am 15. v. Mts. mitgetheilte Schreiben des Stadt-Magistrats vom 12. v. M., rücksichtlich des Statuts, das Halten von Hunden in hiesiger Stadt betreffend, und erhält als Referent der Statuten-Commission Herr Häusler das Wort.

Aus dem Schreiben des Stadt-Magistrats ergiebt sich, daß das Herzogl. Staats-Ministerium die gegen die Zuständigkeit der städtischen Behörden zu dem Erlasse des Statuts geltend gemachten Zweifel nicht für begründet und mit dem Herzoglichen



Staats-Ministerium auch der Stadt-Magistrat die Ausführung des Statut-Entwurfs für unbedenklich hält. Die Erinnerungen des Stadt-Magistrats gegen die aus dieser Versammlung hervorgegangenen Aenderungs-Vorschläge beziehen sich auf folgende Punkte:

1) Zu §. 3 der neuen Redaction (§. 1 des ursprünglichen Entwurfs) beantragt der Stadt-Magistrat, die Steigerung der Abgabe von 2  $\text{fl}$  auf 4  $\text{fl}$  für den zweiten und folgenden Hund desselben Besitzers fallen zu lassen; jedoch wird dieser Antrag, zwar unterstützt von der Commission, durch Mehrheits-Beschluß von der Versammlung abgelehnt.

Für den Fall der Ablehnung verlangt der Stadt-Magistrat eine erläuternde Bestimmung darüber, wann bei dem Halten von abgabepflichtigen Hunden neben abgabefreien Hunden die Steigerung eintreten, ob insbesondere der abgabefreie Hund mitgezählt werden solle, und spricht sich die Versammlung in Uebereinstimmung mit der Commission dahin aus, daß abgabefreie Hunde nicht mitzurechnen seien, sondern, wenn mehr abgabepflichtige Hunde von einer Person gehalten werden, für einen der Satz von 2  $\text{fl}$  und für jeden der übrigen 4  $\text{fl}$  erhoben werden sollten.

2) Der §. 11 des ursprünglichen Entwurfs, welcher die Form der Marken bestimmt und in dem Schlusssatz dem Stadt-Magistrate die der Controle wegen etwa nöthige Veränderung derselben vorbehält, ist als §. 2 mit Hingeweglassung dieser Schlusssatzbestimmung, weil solche sich von selbst verstehe, in die neue Redaction aufgenommen. Der Stadt-Magistrat hält aber die Beibehaltung des Schlusssatzes für erforderlich, weil, wenn die Form u. der Marken in dem Statute bestimmt sei, deren gleichwohl unter Umständen nothwendige Aenderung von dem Stadt-Magistrate nicht würde angeordnet werden können. — In Anerkennung dieses Bedenkens und um die Frage auf die angemessenste und einfachste Weise zu ordnen, schlägt die Commission vor: „über die Form und Anbringung der Marken in dem Statute nur die Bestimmung zu treffen, daß beides im Verwaltungswege von dem Stadt-Magistrate werde vorgeschrieben und durch die Braunschweigischen Anzeigen werde bekannt gemacht werden,“ wozu die Versammlung ihre Zustimmung ertheilt.

3) Statt der von der Versammlung beschlossenen transitorischen Bestimmung in dem Schlusssatzparagraphe, nach welcher die bei Einführung des Statuts vorhandenen Hunde in den Händen ihrer derzeitigen Besitzer von der Abgabe befreit bleiben sollen, beantragt der Stadt-Magistrat, die Dauer solcher Befreiung auf den Zeitraum von zwei Jahren, von dem Erlasse des Statuts angerechnet, zu beschränken. Der Stadt-Magistrat geht bei diesem Antrage davon aus, daß die Wirksamkeit des Statuts durch jene unbestimmte Befreiung um so wesentlicher gestört und gefährdet werde, als die Ausführung einer Controle darüber, ob in dem Besitze der Hunde eine Veränderung eingetreten sei, unmöglich sein werde, und hält es, im Sinne des von der Versammlung beschlossenen Vorbehalts, für vollkommen genügend, wenn denjenigen Hundebesitzern, welche die vorgeschriebene Abgabe nicht entrichten mögen, zur weiteren Verfügung über ihre Hunde eine zweijährige Frist eingeräumt werde.

In der Commission haben sich über diesen Antrag zwei Ansichten gebildet; die der Majorität schließt sich derselben an, die Minorität, insbesondere vertreten durch Herrn Lissebohn, ist für die Beibehaltung der länger dauernden Befreiung, will aber zur möglichen Ausübung der Controle die unter die transitorische Bestimmung fallenden Hunde durch ein Brandzeichen kenntlich gemacht wissen. Von Herrn Kronheim wird die jetzt beantragte zweijährige Frist für zu kurz gehalten, um die Häuten

zu beseitigen, von welcher die gegenwärtigen Hundebesitzer durch das Statut getroffen werden würden. Aus gleichem Grunde erklärt sich auch Herr Fabricius für das Beibehalten der von der Versammlung beschlossenen transitorischen Bestimmung, besonders spricht sich derselbe auch gegen die qualvolle Maßregel des Brennens der Hunde aus, indem er eine sonstige Bezeichnung und Beschreibung der einstweilen befreieten Hunde nicht für schwierig und danach die Controle möglich findet.

Herr Oberbürgermeister Caspari glaubt, daß bei Bestimmung einer zweijährigen Frist die thunlichste Rücksicht auf die gegenwärtigen Hundebesitzer genommen werde, eine Rücksicht, welche nirgend, wo dergleichen Vorschriften wegen des Haltens von Hunden eingeführt worden, zur Anwendung gebracht sei. Der Stadt-Magistrat könne nicht einwilligen, mit der ausgedehntern Befreiung das Statut ins Leben treten zu lassen, so sehr die Einführung desselben auch allgemein von dem Publikum gewünscht werde. Das Auskunftsmittel des Brennens der Hunde möchte wohl zur Ausübung der Controle zweckmäßig sein, dürfte aber nur wenig Anklang finden und zumeist mißliebig aufgenommen werden.

Herr Helfft spricht sich für den Antrag des Stadt-Magistrats aus und erwartet danach eine um so zeitigere und wirksamere Verminderung der Hunde, deren Unterhaltung doch manchem Besitzer, zumal bei so hohen Preisen der Lebensmittel, nicht leicht sein werde.

Herr Fabricius will in den Kreisen des Publikums, in welchen er sich bewege, für den Erlaß des Statuts überhaupt keine günstige Meinung vernommen habe.

Herr Lissebon hält das von ihm mit vorgeschlagene Brennen der Hunde für nicht qualvoll und mißliebig, wie denn auch den Hunden andere ähnliche Operationen, als das Abschneiden der Ohren und Schwänze, zu Theil würden. Trüge aber die von ihm empfohlene Maßregel zur Einschränkung des Hundehaltens bei, so würde das Statut gerade für die Gegenwart, wo die Lebensmittel so hoch im Preise stehen, von um so wohlthätigerer Wirkung sein.

Herr Nieß meint, daß es nur wünschenswerth sei, die Vorschriften gegen das Halten von Hunden möglichst bald ins Leben zu rufen, daß es zu diesem Zwecke aber vielleicht angemessener sein möchte, die transitorischen Bestimmungen dahin zu modificiren, daß für die vorhandenen Hunde eine Abgabe von 1  $\text{fl}$ , für später angeschaffte Hunde aber die Abgabe auf 2  $\text{fl}$  bestimmt würde, ist im Uebrigen jedenfalls mit dem Vorschlage des Stadt-Magistrats einverstanden.

Nach diesen Verhandlungen wird der Antrag des Stadt-Magistrats von der Versammlung mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Gleiche Annahme findet ein fernerer Antrag des Herrn Aronheim, daß ungeachtet der zeitweiligen Befreiung eines Hundes von der Abgabe dieser doch insoweit mitzuzählen, daß für den zweiten und folgenden Hund schon eine Abgabe von 4  $\text{fl}$  zu erheben sei.

Endlich erhält noch die transitorische Bestimmung auf Veranlassung einer Anfrage des Herrn Oberbürgermeisters Caspari und der darauf erfolgten Aeußerung des Herrn Vorsitzenden die weitere von der Versammlung gebilligte Erläuterung: daß in dem Falle, wenn neben einem nach dem Inhalte des Statuts überhaupt abgabefrei bleibenden Hunde ein abgabepflichtiger Hund zur Zeit der Einführung des Statuts in dem Besitze derselben Person sich befinde, auch dieser letztere Hund nach Maßgabe der transitorischen Bestimmungen zeitweilig von der Abgabe nicht getroffen werde.

Herr Fabricius kommt, nachdem derselbe das Wort erhalten hat, auf seine früheren in der Sitzung am 15. v. M. schon gemachten Ausstellungen gegen das Verfahren der Gaserleuchtungs-Gesellschaft rücksichtlich der Pflasterung der durch das Röhrlegen betroffenen Straßentheile zurück und richtet an den Herrn Oberbürgermeister Caspari die Frage, ob nicht die Gaserleuchtungs-Gesellschaft werde angehalten werden, die von ihr veranlaßten und im Allgemeinen, wie allseitig anerkannt werden müsse, schlecht ausgeführten Pflasterungen nachbessern zu lassen?

Herr Oberbürgermeister Caspari erwidert hierauf: Die Gaserleuchtungs-Gesellschaft sei allerdings contractlich verpflichtet, die von derselben zum Röhrlegen benutzten Straßentheile durch Pflasterung in entsprechender Weise wieder herzustellen. Wenn dieses an vielen Stellen nicht befriedigend geschehen sei, so liege der Grund darin, daß nach der Erklärung des die städtischen und auch diese Pflasterungen leitenden Beamten die Herstellung einer ebenen Pflasterlage nicht sofort habe geschehen können; übrigens erkenne doch die Gaserleuchtungs-Gesellschaft ihre Verpflichtung zur Nachbesserung des Pflasters an. Auch sei auf Erfüllung dieser Verpflichtung zur Zeit nicht so streng bestanden, weil die Leitung von Gasröhren in die Häuser, gleichwie manche nachträglich sich als nothwendig herausstellende Aenderungen an den schon gelegten Gasröhren, ein wiederholtes Aufnehmen des Straßenpflasters erforderlich machen.

Herr Fabricius bringt seine weiteren, ebenfalls schon in der letzten Sitzung angedeuteten Ausstellungen gegen die Ausführung der Gaserleuchtung selbst vor, und reservirt sich, nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt hat, daß die Zahl der Brennstunden contractlich festgestellt und danach der Laternenkalender normirt sei, daß aber, sofern die seiner Ansicht nach genügende Straßenenerleuchtung die Versammlung nicht zufrieden stelle, eine Aenderung des Laternenkalenders durch eine Vermehrung der Brennstunden zu erlangen sein würde, wenn der Gaserleuchtungs-Gesellschaft für eine noch vollständigere Erleuchtung ein entsprechendes Aequivalent zugebilligt werde, — in einer der nächsten Sitzungen einen Antrag auf eine anderweite Feststellung des Laternenkalenders einzubringen.

Die hierauf vorgenommene Berathung und Beschlußnahme über Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt erfolgt in nicht öffentlicher Sitzung.

Nach Erledigung dieser Sachen wird auf Veranlassung eines Antrages des Herrn Helff die Bau-Commission von der Versammlung in gleicher Weise, wie oben beauftragt, auch auf die Herstellung einer bessern Beleuchtung im Sitzungslokale ihr Augenmerk zu richten.

Die Sitzung wird nach Verlesung des Protokolles durch den Protokollführer und nach Genehmigung desselben Seitens der Versammlung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Am 13. October 1853.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Bieweg, Fabricius, Grotrian, Köpcke, Uhde, Graß und Räcké, wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen. Ohne Entschuldigung abwesend sind die Herren Löbbecke und Steinmeyer.

Zunächst erhält Herr Helfft das Wort und trägt vor:

Vor einigen Tagen sei ein Mann, welcher auf der Bruchwallpromenade nach dem f. g. Tummelplatze zugegangen, an die daselbst zum Zwecke des Zugangs zum Wasser in der Einfriedigung des Oerfanals gelassene Oeffnung und von da ab in das Wasser gerathen und verunglückt. Würde nun auch dieser Unglücksfall einer Unvorsichtigkeit oder einer sonstigen Verschuldung jener Person selbst zuzumessen sein, so erscheine es doch, um dergleichen Unglücksfälle für die Zukunft vorzubeugen, angemessen, daß der an der gedachten Stelle befindliche Zugang zur Oker, gleichwie mehrere ähnliche in hiesiger Stadt vorhandene Stellen, insbesondere solche, auf welche die Passage gerade hinzuführe, z. B. der Zugang zur Oker von der Stecherstraße ab, eine geeignete Schutzwehr erhalten. Um solche Sicherheitsmaßregeln zu veranlassen, gebe er der Versammlung anheim, ein desfallsiges Ersuchungsschreiben an den Stadt-Magistrat zu richten.

Mit diesem Vorschlage erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Auf der Tagesordnung steht:

I. Die Berathung über die Rückäußerungen des Stadt-Magistrats auf die in dieser Versammlung zu dem Entwurfe einer neuen Feuerordnung für die hiesige Stadt gestellten Aenderungsanträge.

Jene weiteren Mittheilungen des Stadt-Magistrats in dem Schreiben vom 13. v. M. sind durch die Bemerkungen veranlaßt, welche die Herzogl. Bau-Direction, von Herzoglichem Staats-Ministerium zu einem Gutachten aufgefordert, zu der Feuerordnung gemacht hat. Nach stattgehabter Vorprüfung durch die Statuten-Commission erstattet Namens derselben der Herr Vorsitzende der Versammlung Bericht, jedoch gelangen, unter Vorbehalt der zwischen dem Stadt-Magistrate und der Commission zu vereinbarenden Redaction einiger anderer Bestimmungen, nur folgende Punkte zur Verhandlung:

1) Auf den Grund des Gutachtens der Herzogl. Bau-Direction wird, im Einverständnisse mit dem Stadt-Magistrate und der Commission, die betreffende Bestimmung in dem als §. 2 dem Entwurfe eingeschalteten Zusatzparagraphen dahin modificirt, daß die Brandgiebel das Höchste der an einanderstoßenden Gebäude »mindestens 6 Zoll« statt »zwei Fuß« überragen sollen.

2) Der §. 6 handelt von gemeinschaftlichen Trennungswänden die von Herrn Nieß angeregten Zweifel, welche Wände unter solchen »gemeinschaftlichen« oder »Commun-Wänden zu verstehen seien, giebt dem Herrn Häusler zu dem Antrage Veranlassung, in dem §. 6 auszudrücken, daß damit die Wände, welche »gemeinschaftliches



Eigenthum der Hausnachbarn sein, bezeichnet werden sollen. Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

Ferner ist die Versammlung mit dem Stadt-Magistrate und der Commission darüber einverstanden, daß bei der im Falle des §. 6 vorzunehmenden Abschätzung des Werths einer gemeinschaftlichen Wand, wie von Herzogl. Bau-Direction, den Entwurf ergänzend, bemerkt worden, die entsprechende Grundfläche mit in Berechnung gezogen werden müsse.

Endlich hat die Herzogl. Bau-Direction zu dem §. 6 einen Zusatz des Inhalts in Vorschlag gebracht, daß bei zwei aneinander stoßenden Gebäuden schon „eine“ massive, das Höchste der beiden Gebäude mindestens um 6 Zoll überragende Trennungswand genüge, wenn dieselbe dem „einen“ Gebäude ausschließlich zugerechnet und dieserhalb — gleichwie über die bauliche Unterhaltung der Wand — zwischen den Besitzern der Gebäude eine bündige Uebereinkunft getroffen werde, mit welchem der Stadt-Magistrat sich einverstanden erklärt hat. Auch die Versammlung giebt auf Empfehlung der Commission diesem Zusatz ihre Zustimmung, nachdem das Bedenken des Herrn Cronheim, wegen vermeintlicher Beschränkung der Privatdisposition über die Mitbenutzung jener Wand durch den benachbarten Nichteigenthümer, durch die Erläuterungen des Herrn Oberbürgermeisters Caspari und des Herrn Voigt beseitigt worden.

3) An Stelle der Bestimmung im §. 16 über „Heerde auf Balkenlagen“ ist von Herzogl. Bau-Direction folgende Fassung vorgeschlagen: „Heerde aller Art, Feueressen u. d. dürfen auf Balkenlagen, ohne specielle Genehmigung ihrer Construction nicht gesetzt werden,“ dabei zugleich auf den §. 53 verwiesen und dadurch zu erkennen gegeben, daß solche Genehmigung die im letztern Paragraphen gedachte Commission zu ertheilen habe. Dieser Fassung giebt nun zwar in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate auf Antrag ihrer Commission auch die Versammlung den Vorzug, hält aber die Verweisung auf den §. 53 nicht für nothwendig und wünschenswerth, theils weil die Ertheilung der Genehmigung Seitens des Stadtbaumeisters zu dem beabsichtigten Zwecke genüge, theils es nicht angemessen sein würde, die im §. 53 erwähnte Bau-Commission, deren Entscheidung überall nur in besonders wichtigen und bedenklichen Fällen eintreten solle, bei dergleichen täglich vorkommenden Baufachen in Anspruch zu nehmen.

4) Die Herzogl. Bau-Direction erachtet es rücksichtlich der §§. 20 und 22 in feuerpolizeilicher Beziehung für bedenklich, die Anlegung von Brandmauern vor Fachwerkwänden und die Aufstellung von Brandmauern auf Gebälk zu gestatten und schlägt dagegen vor, zu bestimmen, daß, in den im §. 20 gedachten Fällen, die betreffenden Theile der Fachwerkwände weggenommen und durch Brandmauern ersetzt werden sollen und, nach §. 22, nur bei alten Gebäuden ausnahmsweise zugelassen werden könne, die Brandmauern der oberen Etagen auf den darunter befindlichen Fachwänden, insofern letztere noch stark und tragfähig genug sind, in der vorschriftsmäßigen Stärke aufzuführen. Gegen diese Bestimmungen wendet der Stadt-Magistrat ein, daß es insbesondere bei alten Gebäuden oft unthunlich sein möchte, auf die Erfüllung solcher Vorschriften rücksichtlich der Brandmauern zu halten. Dazu sei nicht selten ein schwieriger und kostspieliger Unterbau erforderlich und eine zu große Strenge der beschlossenen Bestimmungen veranlasse nur zu leicht eine Verheimlichung der Feueranlagen. Durch die Bestimmungen des Entwurfs werde Feuergefährlichkeit hinlänglich beseitigt, zu-

mal der Stadt-Baumeister bei der Genehmigung der Feueranlage die nach den Umständen nöthigen Sicherheitsmaßregeln vorschreiben könne und werde. Aus gleichen Gründen entscheidet sich auch mit der Commission die Versammlung für die Beibehaltung des Entwurfs.

5) Nach §. 24 sollen die Rauchfänge in der Regel von Barnsteinen und nur ausnahmsweise von Eisenblech vorgerichtet werden. Die Herzogliche Bau-Direction hält die Vorrichtung der Rauchfänge von Eisenblech und sonstigem feuerfesten Materiale unter Beobachtung der übrigen Vorschriften dieses Paragraphen überall für ungefährlich und giebt danach eine veränderte Fassung des §. 24 anheim. Der Stadt-Magistrat, die Commission und die Versammlung stimmen mit solcher Aenderung überein.

6) Der §. 25 enthält im letzten Absätze die Bestimmung, daß Rauchröhren zwar über freie Fluren und Plätze und durch Küchen, nicht aber durch Zimmer und sonstige verschlossene Räume und durch Dachböden geleitet werden dürfen. Nach Ansicht der Herzoglichen Bau-Direction ist das Leiten von dergl. Röhren über freie Fluren und Plätze ic. nicht ganz gefahrlos, weil der Rauch in derselben leicht erkalte und dadurch den leicht brennbaren sog. Glanzruß absetze. Es wird daher von jener Seite vorgeschlagen, zu bestimmen, daß Rauchröhren weder durch Küchen, Zimmer oder sonstige verschließbare Räume, noch durch Dachböden oder über freie Fluren und Plätze geleitet werden dürfen.

Der Stadt-Magistrat ist der Meinung, daß der Durchführung dieser veränderten Bestimmung bei alten Gebäuden manche Schwierigkeiten entgegentreten würden, und will daher deren Anwendung nur auf Neubauten und auf die Veränderung oder den Neubau alter Gebäude beschränkt wissen.

Die Commission ist mit dieser Beschränkung der vorgeschlagenen Bestimmungen der Herzoglichen Bau-Direction einverstanden.

Herr Warrentrapp erblickt dagegen in einer Leitung der Rauchröhren durch verschließbare Zimmer, Kammern und durch Küchen keine größere Feuersgefahr, als in sonstigen Feueranlagen in dergleichen Hausräumen, sofern nur im Uebrigen die vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln beobachtet und die Rauchröhren von feuerfestem Materiale hergestellt und in gutem Stande erhalten werden. Die Bedenken, welche gegen die Leitung von Rauchröhren über freie Fluren und Plätze, wegen des Glanzrußes, geltend gemacht seien, würden bei den Leitungen in Zimmern, Kammern, Küchen viel weniger hervortreten. Daneben sei mit den Leitungen in den letztgedachten Hausräumen der wichtige Vortheil verbunden, daß die durch die Rauchröhren fortgeleitete Wärme auch in den anderen Localitäten einigermassen benutzt werden könnte und oft gern benutzt würde.

Dem hierauf gestützten Antrage der Gestattung der Leitung von Rauchröhren durch verschließbare Zimmer, Kammern und Küchen, selbst bei Neubauten, schließen sich auch die Herren Lissebon und Nieß an.

Durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung wird das Verbot der Rauchröhren auf deren Leitung durch Dachböden oder Dachkammern beschränkt.

Ferner ist in demselben Paragraphen für die Leitung von Rauchröhren von den Luthöfen der Klempner auf Höfe und Gärten die Genehmigung der im §. 53 gedachten Commission erfordert; dieses durch einen frühern Beschluß der Versammlung

in den §. 23. hineingetragene Erforderniß wird aus den oben (unter M 3) angegebenen Gründen wieder zurückgenommen.

7) Der §. 32 gestattet, unter Anwendung eines angemessenen Barnsteinpflasters, die Aufführung von Schornsteinen auf Gebäuden. Die Herzogl. Bau-Direction will diese Gestattung, als nicht völlig gefahrlos, bei Neubauten überall nicht zugelassen und beim Ausbaue alter Gebäude nur durch die im §. 53 gedachte Commission ausgesprochen wissen.

Der Stadt-Magistrat erklärt sich mit einer desfallsigen Aenderung einverstanden, doch entscheidet sich, auf Antrag ihrer Commission, die Versammlung für die unveränderte Beibehaltung des §. 32, da die Aufführung von Schornsteinen auf Gebäuden, unter Umständen, überall nicht oder doch nicht ohne große Inconvenienzen für den Bauenden zu vermeiden und bei Beobachtung der vorgeschriebenen, beziehungsweise durch den Stadtbaumeister anzuordnenden Vorsichtsmaßregeln ungefährlich sei.

8) Gegen die Bestimmung im §. 35, daß weite Schornsteine, den Umständen nach, in einander geleitet werden dürfen, erinnert die Herzogl. Bau-Direction, daß diese Art der Vorrichtung, abgesehen von anderen Uebelständen, erfahrungsmäßig in der Regel Veranlassung zum starken Rauchen gebe. Deshalb wird vorgeschlagen, die Einmündung eines Schornsteins in einen andern überhaupt nicht zu gestatten.

Der Stadt-Magistrat ist mit dieser Aenderung insoweit einverstanden, daß er nur für bereits vorhandene, in einandergeleitete weite Schornsteine, sofern diese Vorrichtung sonst nicht feuergefährlich sei, die neue Bestimmung bis zu einem Neubau außer Anwendung zu lassen anheimgiebt.

Mit dieser Beschränkung wird, auf Antrag ihrer Commission, von der Versammlung die Abänderung des §. 35 genehmigt.

9) In dem §. 38 ist bei weiten Schornsteinen zu häuslichen Zwecken, die Wangenstärke auf mindestens drei Zoll bestimmt. Die Herzogl. Bau-Direction hält es, um die Gefahr des Durchbrechens jener Schornsteine beim Besteigen durch die Schornsteinfeger und des Verstehens beim zufälligen Ausbrennen, zu beseitigen, für nothwendig, die Wangenstärke auf sechs Zoll festzusetzen.

Der Stadt-Magistrat ist der Meinung, daß es bei der unveränderten Bestimmung des §. 38 verbleiben könne, da die Aufführung von Schornsteinen mit sechs Zoll starken Wangen ungleich kostspieliger sei und für die Zulänglichkeit der mit mindestens drei Zoll Wangenstärke gebauten Schornsteine, das Gutachten Sachverständiger und die bisherige Erfahrung sich anführen lasse.

Die Commission spricht sich übereinstimmend mit dem Stadt-Magistrate aus.

Herr Barrentrapp theilt die von Herzoglicher Bau-Direction hervorgehobenen Bedenken, während die Herren Nieß und Lissebon und auch Herr Voigt eine Wangenstärke von drei Zoll für genügend halten, der Letztere wenigstens das Aufsehen von Schornsteinen auf Gebäude für bedenklicher erachtet.

Die Versammlung entscheidet sich durch Mehrheitsbeschluß für die unveränderte Beibehaltung des §. 38.

10) Wenn russische Schornsteine von Formsteinen mit rundem Querschnitte in Brandmauern vorgerichtet werden, so soll nach der Aeußerung der Herzogl. Bau-Direction zu §. 40 für dieselben, wenn sie mindestens 9 Zoll von allem Holzwerke entfernt gehalten werden, an den schwächsten Stellen eine Wangenstärke von 3 Zoll genügen dürfen.

Mit dem Stadt-Magistrate und ihrer Commission ist auch die Versammlung mit einer entsprechenden Zusatzbestimmung zu §. 40, die in gleicher Weise auch auf die in den §. 2 gedachten Brandgiebeln angelegten Rauchröhren anwendbar sein würde, einverstanden.

11) Zu §. 59 erhebt die Herzogl. Bau-Direction einige Einwendungen gegen die unter N 6 geschehene Feststellung der Schornsteinfegerlöhne, welche auch vom Stadt-Magistrate für begründet erkannt sind. Mit der Commission hält die Versammlung für das Angemessenste, die Bestimmungen unter N 6 ganz fallen zu lassen und an deren Stelle nur zu setzen: »die Löhne für Reinigung der Schornsteine werden von dem Stadt-Magistrate gemeinschaftlich mit der Herzogl. Polizei-Direction festgestellt und von dieser öffentlich bekannt gemacht.«

Schließlich noch giebt die Commission, in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate, anheim:

a. die Bestimmung im §. 92, nach welcher die Reglements für den Lösch- und Rettungs-Verein dieser Ordnung angehängt werden sollen, zu beseitigen, und

b. den §. 116: »die Geldstrafen fließen in die Stadt-Armen-Casse«, in Folge des vom Herzogl. Staats-Ministerium erklärten Widerspruchs zu streichen, so daß es hinsichtlich der Polizeistrafen, welche in Gemäßheit der Feuerordnung erkannt werden, bei den für die hiesige Stadt über dergl. Strafen überall bestehenden Vorschriften verbleiben werde.

Beiden Anträgen tritt die Versammlung bei.

II. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Entwurfs eines Dienstreglements für die öffentlichen Nachwächter der hiesigen Stadt, welcher mittelst Schreibens vom 20. Februar 1851 vom Stadt-Magistrate mitgetheilt ist.

Der Entwurf ist in der Statuten-Commission einer Vorberathung unterzogen, deren Resultate von dem Herrn Vorsitzenden als Berichtserfasser vorgetragen und an welche die weiteren Verhandlungen, abgesehen von einigen, der Commission überlassenen Fassungsänderungen, angeknüpft werden.

Das Reglement, zunächst und vorzugsweise für die »öffentlichen« Nachwächter bestimmt, ist dadurch veranlaßt, daß die Instruction vom 13. October 1829 als ungenügend sich herausgestellt hat.

Nach §. 1 stehen die Nachwächter unmittelbar unter der Aufsicht der Herzogl. Polizei-Direction, die Annahme derselben soll, nach dem Entwurfe, unter Mitwirkung der Stadtverordneten geschehen; indessen ist mit der Commission die Versammlung der Ansicht, daß dieselbe der Vereinbarung der Herzogl. Polizei-Direction und des Stadt-Magistrats zu überlassen sei und in dieser Beziehung der §. 1 geändert werde.

Der §. 2 bestimmt die Zahl der Nachwächter, wie bisher, auf 36, welche in 18 Districte vertheilt sind, also jeder eine um die andere Nacht den Dienst zu versehen haben und, in Behinderungsfällen, durch bestimmte Substituten vertreten werden.

Jeder Nachwächter soll, nach §. 3, eine jährliche Vergütung von 36  $\mathfrak{g}$  für seinen Dienst erhalten, der Substitut wird von dem Nachwächter, für welchen er den Dienst leistet, mit 4  $\mathfrak{g}$  für jede Nacht gelohnt, hat also kein festes Einkommen.

Als Dienstzeichen bekommt der Nachwächter nach §. 4 ein weißes Schild mit dem in schwarzen Buchstaben geschriebenen Worte: »Nachwächter«; sie sollen außerdem nach dem Entwurfe ein Horn und einen Hirschfänger führen. — Die Commission



hält die letztgedachte Waffe nicht für nothwendig, vielleicht sogar für gefährlich, und schlägt dagegen vor, den Nachtwächtern das Tragen einer »Pfeife« zur Pflicht zu machen, um durch dieses Instrument sich gegenseitig ein Hilfszeichen geben zu können. — Für diesen Commissions-Antrag entscheidet sich die Versammlung.

Der §. 5 erlaubt den Nachtwächtern, zu Neujahr und Fastnachten von den Bewohnern ihres Districts Geschenke zu sammeln. — Diese Bestimmung, schon mit dem Inhalte des §. 3 in Verbindung gebracht, hat zu einer weiteren Verhandlung Veranlassung gegeben, indem die Herzogl. Polizei-Direction die Erhöhung des Dienst Einkommens der Nachtwächter auf wöchentlich 1  $\text{R}$  und dagegen das Verbot des Einsammelns jener Geschenke anheimgelassen hat. Die Ansicht der Herzogl. Polizei-Direction gestützt darauf, daß das geringe jährliche Einkommen eines Nachtwächters von 36  $\text{R}$  das Ausgehen nach einem Tagesverdienste Seitens der Nachtwächter nothwendig mache und von denselben deshalb eine tüchtige nächtliche Dienstleistung nicht zu erwarten sei, auch das Einsammeln von Geschenken sowohl den Nachtwächtern als dem Publikum unangenehm und lässig sein müsse, wird von dem Herrn Aronheim unterstützt. Auf der andern Seite wird dagegen aber von dem Herrn Lissebon geltend gemacht, daß die von Herzogl. Polizei-Direction beantragte Erhöhung des Dienst Einkommens ein Ausruhen der Nachtwächter am Tage nicht zur Folge haben, daß dieser Zweck nicht einmal bei einer Erhöhung auf 100  $\text{R}$  oder 150  $\text{R}$  zu erreichen sein werde, daß übrigens den Nachtwächtern im Sommer wegen der kurze Nächte und im Winter wegen der kurzen Tage Zeit zur Erholung und Kräftigung bleibe, und daß endlich, zumal bei den besondern Diensten der Nachtwächter, andern Personen, namentlich den Bäckern gegenüber, das Einsammeln von Geschenken ganz abzustellen sowenig thunlich als zweckmäßig sein werde. Eben diese Erwägungen haben auch die Commission veranlaßt, für die Entwurfsbestimmungen sich auszusprechen, und wird nach Ablehnung des gegentheiligen, von dem Herrn Aronheim gestellten Antrages von der Versammlung beschlossen, die §§. 3 und 5 des Entwurfs unverändert bestehen zu lassen. —

Die Nachtwächter und Substituten werden nach §. 6 auf die pünktliche Beobachtung des Reglements beedigt.

Der §. 7 enthält die allgemeinen Anforderungen an einen Nachtwächter in seinen Privat- und in seinen dienstlichen Verhältnissen.

Insbesondere soll der Nachtwächter, nach §. 8, seinen Dienst in Person verrichten und eine etwaige Behinderung zeitig auf der Polizeistube zur Anzeige bringen.

Nur mit Genehmigung Herzogl. Polizei-Direction darf nach §. 9 eine Vertauschung der Districte unter den Nachtwächtern stattfinden.

Der §. 10 bestimmt die Dienststunden und ist in demselben auch des Abrufens der Stunden erwähnt. — Herr Barrentrap erklärt sich gegen das bisher hier üblich gewesene Abrufen der Stunden durch die Nachtwächter, da dasselbe, solle es zur Controle der Nachtwächter dienen, diesen Zweck schlecht erfülle und durch andere Control-Maßregeln, z. B. durch Anwendung entsprechend eingerichteter Uhren, besser ersetzt werden könne, auch nur, worin Herr Aronheim dem Herrn Redner beistimmt, Dieben zur ungehörten Ausübung von Diebereien dadurch Gelegenheit biete, daß der Nachtwächter sein Herannahen durch die Stundenrufe kund gebe. Eben so wenig billigt auch Herr Helfft das Abrufen der Stunden, während die Herren Nieß und Lüdecke solchem Abrufen das Wort reden. Seitens der Commission ist bei Erwä-

gung dieses Punktes keine anderweite wirksamere Controle-Maßregel aufgefunden, da andere Einrichtungen an andern Orten keine befriedigende Resultate geliefert haben. Die Erfolglosigkeit, welche die ziemlich ausgedehnte Verhandlung in Aussicht läßt, giebt dem Herrn Uhde zu dem Antrage Veranlassung, diesen Punkt an die Commission zum Vorschlage einer andern bestimmten Controle-Maßregel sammt Kostenanschlage zurück zu reichen. Indessen erklärt der Herr Vorsitzende, auf die Sache selbst weiter eingehend, Namens der Commission, daß dieselbe außer Stande sich befinde, irgend welche andere practische Vorschläge zu machen, und daher von anderer Seite ein bestimmter Antrag gestellt werden möge. Auf die von Herrn Helfft beantragte Wahl einer besondern Commission für diesen Zweck findet keine Unterstützung, doch wird auf den Antrag des Herrn Uhde die Verhandlung durch den Herrn Vorsitzenden für heute abgebrochen und giebt derselbe dabei anheim, bis zur nächsten Sitzung bestimmte Vorschläge mitzuthellen.

Die Sitzung wird darauf von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Das Protokoll wird von dem Protokollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Am 27. October 1853.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Bieweg, Denecke, Räche, Grotian und Leo wird von der Versammlung als entschuldigend angenommen.

Herr Uhde hat sein späteres Erscheinen zur Sitzung in Aussicht gestellt.

I. In der Berathung des Dienstreglements für die öffentlichen Nachtwächter der hiesigen Stadt wird in der, in der letzten Sitzung am 13. d. Mts., begonnenen Weise bei §. 10 fortgefahren.

Der Herr Vorsitzende, welcher wiederum Namens der Statuten-Commission den Vortrag in der Sache übernimmt, theilt der Versammlung mit, daß Aenderungs-Anträge hinsichtlich des §. 10 wegen des Abrufens der Stunden durch die Nachtwächter nicht eingebracht seien. Herr Warrentrapp erklärt, daß zwar jenes Abrufen noch immer nicht seinen Beifall finde, daß er aber, soviel er auch inzwischen die Sache erwogen, andere geeignete Vorschläge zu machen nicht im Stande sei. Hiernächst wird der §. 10 von der Versammlung durch Mehrheits-Beschluß angenommen.

Im §. 11 sind die besondern Umstände angeführt, unter welchen dem Nachtwächter das Verlassen des Districts während der Wachzeit nicht als Pflichtvernachlässigung angerechnet werden kann. Die Schlußbestimmung: »kein Nachtwächter darf während der Wachzeit sich widersetzen«, wird auf Antrag der Commission, weil es unmöglich sein werde diese Bestimmung aufrecht zu erhalten, von der Versammlung gestrichen.

Der §. 12 schreibt vor, daß der Nachtwächter in einer halben Stunde seinen District durchgehen, alle Winkel und Quergassen durchsuchen und auf Alles Acht haben müsse, was in den Straßen oder Häusern vorgehe. — Zu einem Aenderungs-Antrage der Commission, welcher sich im Wesentlichen nur auf die Fassung bezieht, indem eingeschaltet werden soll: . . . durchsuchen und »zur Erhaltung der Sicherheit« auf Alles Acht haben müsse . . ., giebt Herr Oberbürgermeister Caspari anheim, noch hinzuzufügen: . . . zur Erhaltung der Sicherheit »und öffentlichen Ordnung« . . ., weil auch auf letztere die Aufmerksamkeit des Nachtwächters gerichtet sein müsse. Gegen die letztere Einschaltung wendet Herr Röpkke ein, daß der Begriff der »öffentlichen Ordnung« zu allgemein und unbestimmt sei, als daß erwartet werden könnte, ein Nachtwächter werde in dieser Beziehung das richtige Maß für seine Thätigkeit finden. Herr Fabricius ist der Meinung, daß es überflüssig sei, in diesem Paragraphen der Aufmerksamkeit der Nachtwächter auf die Erhaltung der »öffentlichen Ordnung« zu erwähnen, da der §. 22 die nähern desfallsigen Bestimmungen enthalte. Dagegen wendet der Herr Oberbürgermeister Caspari ein, daß bei der Feststellung der

Hauptverpflichtungen der Nachtwächter im Allgemeinen, welche gerade Zweck des §. 12 sei, die Hinweisung auf die Erhaltung der »öffentlichen Ordnung« nicht fehlen dürfen, um daraus die besondern Vorschriften des §. 22 ableiten um auf diese Weise den Inhalt beider Paragraphen zum richtigen Verständniß bringen zu können. Die Verschiedenartigkeit der beiden Bestimmungen im §. 12 und im §. 22 wird auch von dem Herrn Vorsitzenden und den Herren Nieß, Häusler und Helfft anerkannt und erläutert und von Herrn Häusler, um das Bedenken des Herrn Röpkcke zu beseitigen, vorgeschlagen, neben der von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari für nothwendig gehaltenen Einschaltung die Verweisung auf den §. 22 in den §. 12 aufzunehmen. — Mit diesem Antrage erklärt sich die Versammlung einverstanden und danach erhält also der §. 12 den Zusatz: . . . durchsuchen und »zur Erhaltung der Sicherheit und öffentlichen Ordnung« (f. §. 22) auf Alles . . . Acht haben müsse.

Ist die Wachzeit vorüber, so soll der Nachtwächter nach §. 13 vor dem Weggehen bei dem dazu beordneten Polizeidiener, auf einem bestimmten Platze, sich abmelden.

Der §. 14 enthält die Bestimmung, daß der Nachtwächter darauf achten solle, daß die Hausthüren und Fensterläden von den Hausbewohnern verschlossen gehalten werden; — die Commission giebt anheim, den Anfang des Verschlusses auf 10½ Uhr Abends festzusetzen, wogegen Herr Nieß diesen Zeitpunkt auf 11 Uhr hinausgerückt zu sehen wünscht. — Von Herrn Röpkcke wird die Vorschrift angegriffen, daß der Nachtwächter, wenn er Thüren oder Läden unverschlossen findet, den Hauswirth wecken soll, um den Verschuß zu veranlassen. — Auch machen die Herren Grund und Eisehon Ausstellungen dagegen, daß durchaus und immer darauf gehalten werden solle, daß die Fensterläden verschlossen seien. — Nach den Erläuterungen und Andeutungen des Herrn Vorsitzenden und des Herrn Oberbürgermeisters Caspari erhält die Vorschrift, daß der Nachtwächter von 10½ Uhr Abends an darauf achten solle, daß die Thüren und Fensterläden gehörig verschlossen seien, die Zustimmung der Versammlung.

Zur Erledigung einiger anderer, gegen den Entwurf vorgebrachter Bedenken, beantragt der Herr Vorsitzende folgende, von der Versammlung genehmigte Fassung: »die Nachtwächter haben bei ihren Umgängen nach 10½ zu untersuchen, ob die Thüren und Fensterläden gehörig verschlossen sind, und wenn sie finden, daß dieses nicht geschehen, auch kein Wächter in dem Hause vorhanden ist, von dem Vorgange am folgenden Tage dem Districts-Polizei-Commissair Anzeige zu machen.« Durch die Vorschrift im §. 15 wird der Nachtwächter auch verpflichtet, auf das gehörige Brennen der Straßenlaternen zu achten.

Wenn des Nachts aus einem Hause Unrath auf die Straße geschafft wird, so soll der Nachtwächter nach §. 16 die Personen, welche solches thun, zur Anzeige bringen, oder aber das betreffende Haus der Polizei bezeichnen, dessen Wirth dieserhalb verantwortlich erscheint.

Der Nachtwächter hat nach §. 17 darauf zu achten, daß nicht die Passage auf den Straßen durch Gegenstände, z. B. Wagen oder andere Vorrichtungen, z. B. nicht erleuchtete Gruben, gehemmt oder gefährlich gemacht sei.

Insbesondere soll der Nachtwächter nach §. 18 auf alle Anzeichen genau Acht haben, welche das Entstehen eines Brandunglücks befürchten lassen und auf die näher angegebene Art und Weise für die Beseitigung jeder Gefahr Sorge tragen.



21 Ist die Gefahr drohend oder ein Feuer wirklich ausgebrochen, so muß der Nachtwächter nach §. 19 in sein Horn stoßen, Feuer rufen, die Hausbewohner und Nachbarn wecken und dem nächstwohnenden Polizeibeamten und Opfermann, sowie der nächstbefindlichen Wache Anzeige machen.

Ähnliche Verpflichtungen hat nach §. 20 der Nachtwächter in dem benachbarten Districte.

Der §. 21 bestimmt, wie lange der Nachtwächter bei einem ausgebrochenen Feuer in seinem Districte verbleiben müsse und wie derselbe sonst dabei sich zu verhalten habe.

In dem §. 22 ist der Umfang der Thätigkeit des Nachtwächters behuf Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nach den einzelnen Richtungen hin specieller ausgeführt.

In dem §. 23 ist vorgeschrieben, die Nachtwächter sollen, wenn sie Hülfe und Beistand bedürfen, mit ihrem Horne ein Nothzeichen geben. — Die Commission schlägt vor, für solche Fälle den Gebrauch der Pfeife vorzuschreiben, um einer Verwechslung mit dem Feuersignale vorzubeugen. — Die Versammlung erklärt sich mit dieser Aenderung einverstanden.

In einer von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten veränderten Fassung wird der §. 24, welcher vorschreibt, wie sich der Nachtwächter Personen gegenüber, welche von ihnen angehalten sind, zu verhalten habe, von der Versammlung angenommen.

Von einer verführten Bestechung soll der Nachtwächter nach §. 25 der Polizei Anzeige machen.

Eine außerordentliche Belohnung von 2 bis 5  $\mathfrak{R}$ , beziehungsweise von 10  $\mathfrak{R}$  ist dem Nachtwächter im §. 26 zugesichert, welcher einen Dieb auf der That ertappt und zur Haft bringt, oder zur Nachtzeit zuerst ein Feuer entdeckt und kundbar macht.

Der §. 27 verpflichtet die Nachtwächter zur pünktlichsten Folgeleistung den Polizeibeamten gegenüber, insbesondere bei nächtlichen Visitationen der Legtern.

Nach §. 28 erfolgt die Annahme der Nachtwächter auf vierwöchige Kündigung; sie können aber bei reglementswidrigen Verhalten sofort entlassen oder auch disciplinarisch mit Geld- oder Gefängnißstrafen belegt werden. — Auf Antrag des Herrn Fabricius sollen solche Strafen nach dem Beschlusse der Versammlung namentlich alsdann eintreten, wenn die Nachtwächter während ihrer Dienstzeit schlafend betroffen werden.

Den Nachtwächtern, welche 25 Jahre lang den Dienst versehen haben und wegen körperlicher Schwäche, oder aber, ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit, in Folge ihrer Dienstleistungen dienstunfähig geworden sind, ist durch §. 29 eine jährliche Pension von 12  $\mathfrak{R}$  aus der Stadtcasse zugesichert.

Ein von der Commission in Antrag gebrachter Zusatz-Paragraph betrifft die Stellung der Privatnachtschwächer der Herzoglichen Polizei-Direction gegenüber, deren Genehmigung dieselben zur Annahme ihres Privatdienstes bedürfen und deren Anordnungen sie bei Ausübung des Dienstes befolgen sollen, ohne daß jedoch das Reglement auf die Privatnachtschwächer Anwendung finden soll. — Mit der letzten Bestimmung ist Herr Fabricius nicht einverstanden, indem derselbe auch die Privatnachtschwächer dem Reglement für die öffentlichen Nachtwächter unterworfen wissen will; indessen erhalten die von der Commission beantragten Bestimmungen, unterstügt und erläutert

von dem Herrn Vorsitzenden und den Herren Tüdel und Häusler, die Zustimmung der Versammlung.

Herr Röpcke, erst nach dem Anfange der heutigen Sitzung in der Versammlung erschienen, erklärt sich noch nachträglich gegen das Stunden-Abrufen Seitens der Nachwächter, ohne indessen einen bestimmten andern Vorschlag sofort machen zu können, behält sich aber vor, einen solchen in einer der nächsten Sitzungen einzubringen.

II. Ueber die Reclamationen gegen die Veranlagung zur Communalsteuer, welche von den Districts-Commissionen und der Central-Commission für unbegründet erachtet und der Entscheidung der Versammlung vorbehalten sind, wird von dem Herrn Fabricius Bericht erstattet und von der Versammlung Beschluß gefaßt.

Nach Erledigung dieser Reclamationen wird die Sitzung nach Verlesung des Protokolls durch den Protokollführer und nach Genehmigung desselben Seitens der Versammlung, von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

## (Beilage zum 38. Stücke der Anzeigen.)

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 10. November 1853.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet:

Die Abwesenheit der Herren Voigt, Fabricius, Steinmeyer, Graß und Leo wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

I. Bei Gelegenheit der Berathung der Wochenmarkts-Ordnung in der Sitzung am 2. März v. J. ist beschlossen worden, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, in weitere Erwägung zu nehmen, welche Vorschriften wegen des Marktverkaufs von Holz, Torf und Kohlen zu erlassen sein möchten. Die desfallsige Vorlage des Stadt-Magistrats ist in der Sitzung am 6. October v. J. einer besonders gewählten Commission zur Vorprüfung und demnächstigen Berichtserstattung überwiesen. Namens dieser Commission erstattet Herr Lissebon der Versammlung Bericht.

Die Vorschläge des Stadt-Magistrats, für welche eben sowohl die ähnlichen an anderen Orten geltenden Vorschriften, als die Ansichten der Herzöglichen Polizei-Direction in Betracht gezogen sind, beziehen sich zunächst auf den Verkauf des hier zu Märkte gebrachten Holzes. Wiederholt äußert der Stadt-Magistrat seine Bedenken dagegen, die Zufuhr von Holz hieselbst dahin zu beschränken, daß nur solches eingebracht werden dürfe, dessen Quantität nach Malter- oder Klafter-Maß angegeben worden. Statt einer solchen Bestimmung hält der Stadt-Magistrat für angemessen:

1) daß den Landleuten bei 16 ggl Strafe aufgegeben werde, die Körbe von den mit Holz beladenen Wagen wegzulassen oder daß dieselben eintretenden Falls noch im Thore zur Wegnahme der Körbe und zum Umpacken des Holzes angehalten werden;

2) daß die Landleute bei 1  $\text{fl}$  Strafe verpflichtet werden, die Art des Holzes und die Zahl der Stücke (Klüfte sowohl als Wasen) im Thore anzugeben und einen

dort über ihre Angaben erhaltenen Schein auf Verlangen den Marktaufssehern, wie auch den Polizeidienern oder den Käufern vorzuzeigen;

3) daß, falls beim Abladen eine geringere, als die auf dem Thorzettel angegebene Stückzahl sich herausstellen würde, der Verkäufer das Doppelte des Betrages, welchen der Käufer von dem bedungenen Kaufgelde abziehen berechtigt, als Strafe erlegen müsse;

4) daß für die Fälle, in welchem Holz nach einem bestimmten Maße verkauft worden, eine vom Käufer oder Verkäufer verlangte Nachweisung durch die Marktaufsseher gegen eine Gebühr vorgenommen werde, welche der unterliegende Theil allein zu entrichten haben würde; vorbehaltlich einer gleichen Strafbestimmung gegen den Verkäufer wie zu *N* 3.

Die Commission erklärt sich im Allgemeinen mit diesen Vorschlägen einverstanden, jedoch unter folgenden Modificationen und näheren Bestimmungen:

Zu *N* 1. Obwohl die Körbe auf den Holzwagen die freie Anschauung des Holzes, sowohl hinsichtlich der Quantität, als der Qualität hindere, so sei doch auf die Beglassung der Körbe so streng nicht zu bestehen, weil die Landleute den desfalligen Raum auch zur Fortschaffung sonstiger Marktgegenstände zu benutzen pflegten, und es gewiß genügen werde, wenn nur die Körbe nicht mit dem Holze gefüllt seien, sondern durch Querhölzer frei gehalten würden.

Zu *N* 2. Neben der Angabe der Stückzahl und der Holzart werde bei Kluft- oder Scheitholz auch an der normalen Länge der Stücke von 4, 5 oder 6 Fuß genau festgehalten werden müssen; eben so müsse die angedrohte Strafe auch die Landleute treffen, welche äußerlich glattes Holz geladen, in das Innere des Wagens aber Knorzholz und spitze Enden gelegt haben; und endlich sei auch darauf zu achten, daß die Leiterbäume in der Mitte nicht enger seien.

Zu *N* 4. Für das Nachmaltern werde ein Messgeld von 2 *ggr* zu bestimmen sein.

Bei der weitern Verhandlung über diese Angelegenheit spricht sich Herr Nieß gegen die vorstehend gemachten Vorschläge, sowohl des Stadt-Magistrats, als der Commission aus und erblickt nur darin eine wirksame Maßregel, einen reellen Marktverkehr bezüglich des Holzes zu ermöglichen, daß die Quantität und die Qualität des Holzes von dem Verkäufer genau angegeben werde, zumal derselbe wohl wissen werde, wie groß ein Klafter oder ein Malter sei.

Dieselbe Ansicht theilt auch Herr Bieweg, welcher das Holz allein nach dessen cubischem Inhalte zum Verkaufe gestellt und daher den Verkäufer verpflichtet wissen will, das Holz nach Klafter- oder Malter-Maße zu Markte zu bringen, mit der weitern Bestimmung, daß im einzelnen Falle ein Nachmessen des Holzes durch die Marktmeister gegen eine mäßige Vergütung offen erhalten bleibe, wie ähnliche Vorschriften auch in anderen Städten eingeführt seien und dort Verkäufer und Käufer sich bald an einen so geregelten Verkehr gewöhnt hätten.

Dagegen glaubt Herr Lissebon, daß es hier nicht durchzuführen sein werde, die Landleute zu veranlassen, das Holz in Maltern oder Klästern zur Stadt zu bringen. Die Landleute verkauften meistens das von ihnen selbst gewonnene Holz, welches



in ungemessenen, geringen Quantitäten, in verschiedenen Sorten und in unbestimmter Form, als Scheitholz, Knorrholz, Washolz bearbeitet und auf dem hiesigen Markte feilgeboten werde. In jenem Umfande gerade, daß die Landleute das Holz selbst gewinnen und zum Verkaufe zurecht machen, liege die Hauptschwierigkeit, die von den Herren Nieß und Bieweg gewollten Maßregeln zur Ausführung zu bringen, welche außerdem leicht zur Folge haben könnten, daß überhaupt kein Holz mehr hier zu Markte gebracht würde. Durchgreifend seien jene Maßregeln ja auch insofern nicht, als doch der Verkauf von Wasen nur nach der Stückzahl thunlich sei und die Wasen selbst verschieden, bei dem einen Fuder kleiner oder dünner, bei dem andern Fuder größer oder dicker gebunden sein könnten.

Herr Nieß ist gleichwohl der Meinung, daß der Verkäufer angeben müsse, wie viel Holz er geladen, sei dieses nun ein volles Kloster oder Malter oder ein Theil dieses Maßes, damit der Käufer wisse, wie viel er kaufen könne, — und fürchtet nicht, daß durch eine solche Vorschrift das Holz von dem hiesigen Markte fern gehalten werde.

Herr Stadtrath Mack unterstützt die Ansicht des Herrn Lissebon, zu deren Begründung er sich auch auf die von ihm schon als Polizei-Commissair gesammelten Erfahrungen beruft, und trägt Bedenken, Einrichtungen zu empfehlen, welche in der That das Holz vom hiesigen Markte verbannen könnten, weist dabei auch auf Magdeburg hin, wo es ebenfalls nicht gerathen gefunden, die Zufuhr von Holz durch ähnliche Maßregeln zu erschweren.

Herr Bieweg erkennt die Befürchtungen des Herrn Lissebon und des Herrn Stadtraths Mack nicht als begründet an, beschränkt indessen die von ihm befürwortete Vorschrift, daß das Holz nach bestimmter Maße von den Landleuten feilgeboten werden müsse, auf das zu Markte zu bringende Scheitholz, indem eine gleiche Bestimmung auf Knorr- und Washolz nicht wohl anwendbar sei und letzteres der eigenen Prüfung des Publicums überlassen bleiben müsse, und stellt den förmlichen Antrag:

zu beschließen, daß Scheitholz nur nach Kloster- und Malter-Maße hier zu Markte gebracht und feilgeboten werden dürfe.

Eine Bemerkung des Herrn Denecke, daß seit den letzten vier Jahren viel Holz, welches sonst wohl hier zu Markte gebracht wäre, auf der Eisenbahn nach Schöppenstedt und Magdeburg hinauf transportirt worden, bestätigt Herr Lissebon noch dahin, daß gerade Scheitholz hier kaum noch zu Markte geführt werde und die Separationen auf dem Lande die Gewinnung und Zufuhr des Holzes immer noch vermindern würden.

Herr Helfft hält es für genügend, wenn nur die Stückzahl des Holzes und die wirkliche Länge der Stücke angegeben werde, während schließlich noch von dem Herrn Ludecke der Biewegsche Antrag empfohlen wird.

Dieser Antrag wird nach dem Schlusse der Debatte über die Regelung des Holzverkaufs auf dem hiesigen Markte von dem Herrn Vorsitzenden zur Abstimmung gebracht und durch Mehrheitsbeschluß angenommen.

Was ferner die Vorschläge des Stadt-Magistrats rücksichtlich des Verkaufs des hier zu Markte kommenden Torfes betrifft, so gehen dieselben dahin:

4  
daß die Torfverkäufer bei Vermeidung einer Strafe von 1  $\text{R}$  im Thore angeben müssen, wie viel tausend Stück Torf sie geladen haben, und über ihre Angaben einen Schein erhalten, welchen sie auf Verlangen den Marktaufsehern, Polizeidienern und Käufern vorzuzeigen haben;

daß dieselben, falls beim Abladen eine geringere, als die auf dem Thorzettel angegebene Stückzahl sich herausstellen würde, das Doppelte des Betrages, welchen die Käufer von dem bedungenen Kaufgelde abziehen berechtigt, als Strafe erlegen müssen;

daß dieselben beim Abladen des Torfs bei einer Strafe von 8  $\text{gr}$ , nur solche Personen gebrauchen dürfen, welche von Herzoglicher Polizei-Direction hieselbst zu einer solchen Aushülfe besonders legitimirt sind und denen bei gleicher Strafe verboten ist, auf irgend eine Weise sich in den Handel selbst einzumischen;

daß endlich die Torfverkäufer verpflichtet werden, auf Verlangen der Käufer die ganze Torfladung mit dem Wagen, sodann 100 Stück Torf von der Ladung auf der sogenannten großen Waage am Wollmarke zu wiegen, nach dem Abladen den Wagen daselbst zurückzuwiegen und darnach die Torfzahl der Ladung bestimmen zu lassen.

Auch diese Vorschläge werden von der Commission der Versammlung mit der Verschärfung der Strafe für die Torfverkäufer empfohlen, daß diejenigen, welche zu dreien Malen gegen die obigen Bestimmungen gefehlt hätten, mit einer desfallsigen Bezeichnung durch die Anzeigen namhaft gemacht würden.

Herr Bieweg erklärt sich zwar im Allgemeinen mit dem Wiegen des Torfes einverstanden, hält aber doch das vorgeschlagene Verfahren nicht für practisch genug; die Torfzahl, die auf dem Wagen befindlich, werde der Torfverkäufer, welcher an Ort und Stelle, wo der Torf gewonnen sei, aufgeladen habe, nicht ganz genau bestimmen, und wegen des etwaigen Wagens des Torfes durch Verkleinerung der Torfstücke sich entschädigen können. Wie bei dem Holzverkauf erscheint dem Herrn Bieweg die Anwendung des cubischen Maßes auch bei dem Torfverkauf am angemessensten, um sowohl den Käufer vor Uebervortheilung, als den Verkäufer vor Nachtheilen thunlichst sicher zu stellen. Eine derartige Vorkehrungsmaßregel sei auch in Hamburg eingeführt und von hiesigen Sachverständigen schon in Vorschlag gebracht; die nähere Prüfung der Güte des Torfes müsse dem Käufer allerdings überlassen bleiben.

Auf das Anheingeben des Herrn Bieweg und des Herrn Vorsitzenden wird von der Versammlung beschlossen:

für heute diese Verhandlung abubrechen und in einer der nächsten Sitzungen anderweite bestimmte Vorschläge zu erwarten, zugleich jedoch dem Stadt-Magistrate den heutigen Beschluß wegen des Holzverkaufs mitzutheilen und Denselben für den Fall der Uebereinstimmung mit letztem Beschlusse zu ersuchen, wegen der zur Ausführung des Beschlusses erforderlichen Anordnungen Vorschläge an die Versammlung gelangen zu lassen.

II. Mittelfst Schreibens des Stadt-Magistrats vom 24. Julius d. J. sind die Rechnungen über den städtischen Haushalt im Jahre 1852 vorgelegt.

Namens der Finanz-Commission erstattet Herr Fudel über seine Rechnungsführung der Versammlung Bericht, hebt insbesondere die unvermeidlich gewesenen Ab-

weichungen von dem vorjährigen Etat hervor und erklärt schließlich, daß die Commission gegen die vorgelegte Rechnungsführung nichts zu erinnern gefunden habe.

Eine von dem Herrn Referenten mitgetheilte Erwiderung des Stadt-Magistrats auf die früheren Erinnerungen der Versammlung wegen der Schulgeldderlasse giebt dem Herrn U h d e zu nachstehenden Aeußerungen Veranlassung.

Obwohl in dem Gesetze über die städtischen Schulen keine desfallige Bestimmung enthalten sei, so sei es doch hier, vielleicht nach Analogie der Bestimmungen über die Schulen auf dem Lande, üblich geworden, einem oder zweien von mehreren Kindern eine Befreiung vom Schulgelde zukommen zu lassen. Eine solche Befreiung sollte aber nicht als ein Recht in Anspruch genommen werden dürfen, sondern nur da zugestanden werden, wo die Eltern der Schulkinder in einem entsprechenden Maße bedürftig befunden worden wären, und erlaube er sich die Anfrage, wie es in dieser Beziehung hier bisher gehalten sei?

Herr Oberbürgermeister Caspari giebt darüber folgende weitere Auskunft: Als die Bürgerschulen in hiesiger Stadt neu organisirt worden, sei von den städtischen Behörden ein Publicandum erlassen, welches, mit Rücksicht auf die stattgefundene Erhöhung des Schulgeldes, bestimme, daß von drei Kindern dem jüngsten, von vier Kindern dem ältesten und von fünf Kindern den beiden jüngsten ein Erlass des Schulgeldes gewährt werden solle. Dieses Publicandum sei noch jetzt maßgebend, und wenn auch solche Begünstigung nur auf besonderes Ansuchen zugestanden werde, so werde dieselbe doch, wenn darum angehalten worden, nie versagt und die Bedürftigkeit nicht weiter in Erwägung gezogen.

In gleicher Weise spricht sich auch Herr Lüdecke aus.

Herr U h d e erklärt sich mit diesem Verfahren nicht ganz einverstanden und hält eine demnächstige Abänderung jenes Publicandum für angemessen, ohne indessen sofort einen desfalligen Antrag zu stellen.

Auch aus der Versammlung werden keine die obengedachte Angelegenheit berührende Anträge erhoben, ebensowenig auch Erinnerungen gegen die vorgelegte Rechnungsführung geltend gemacht und werden darauf die Rechnungen über den städtischen Haushalt vom Jahre 1852 von der Versammlung für gerechtfertigt anerkannt.

III. Namens der Finanz-Commission berichtet Herr Grotzian über zwei Anträge des Stadt-Magistrats wegen außerordentlicher Unterstützung der hiesigen Kleinkinder-Bewahranstalt und der hiesigen Speiseanstalt für Bedürftige.

In den beiden Schreiben vom 29. v. Mts. weist der Stadt-Magistrat darauf hin, daß bei den gegenwärtigen hohen Preisen der nothwendigsten Lebensmittel jene beiden Anstalten in der bevorstehenden Winterzeit gewiß so sehr würden in Anspruch genommen werden, daß den zu berücksichtigenden Anforderungen durch die Geldmittel, welche durch freiwillige Beiträge von Privatpersonen zusammengebracht seien und noch zusammengebracht werden würden, nicht möchte entsprochen werden können; die segensreichen Resultate und wohlthätigen Wirkungen beider Anstalten würden es daher angemessen und gerechtfertigt erscheinen lassen, wenn denselben auch aus städtischen Mitteln eine außerordentliche Beihülfe für den bevorstehenden Winter gewährt würde.

Der Stadt-Magistrat giebt der Versammlung anheim, einer jeden der beiden Anstalten zu obigem Zwecke eine aus der Stadtcasse nach Bedarf auszusahlende Summe im Betrage von 200  $\text{fl}$  auszusenden und genehmigt auch die Versammlung, auf Befürwortung ihrer Commission, die beantragte Verwilligung.

IV. In einem fernerem erst leztthin eingegangenen und von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Schreiben vom 8. d. Mts. beantragt der Stadt-Magistrat, für das Pflegehaus hieselbst ebenfalls mit Rücksicht auf die gegenwärtige Theuerung der Lebensmittel und mit Rücksicht darauf, daß das Pflegehaus zur Zeit gerade sehr in Anspruch genommen sei, in Anrechnung auf das Jahr 1853 einen außerordentlichen Zuschuß aus der Stadtcasse bis zu dem Betrage von 2000  $\text{fl}$  zu verwilligen.

Nach Unterstützung dieses Antrages durch den Herrn Vorsitzenden, den Herrn Kellner, als Mitglied der Pflegehaus-Deputation, und den Herrn Lüdcke wird die obige Verwilligung von der Versammlung ausgesprochen.

V. Ueber die nachfolgenden Reclamationen gegen die Veranlagung zur Communalsteuer, welche von den Districts-Commissionen und der Central-Commission für unbegründet erachtet und der Entscheidung der Versammlung vorbehalten sind, wird von der Versammlung in nicht öffentlicher Sitzung berathen und Beschluß gefaßt.

Nach Vorlesung des Protokolls durch den Protokollführer und Genehmigung desselben Seitens der Versammlung schließt der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung.



## Sitzung am 15. December 1853.

Nachdem Verhandlungen in vereinigter Versammlung des Stadt-Magistrats und der Stadt-Verordneten Statt gefunden hatten, wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden Oesterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Denecke und Räche wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Der Herr Vorsitzende verliest das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 12. d. M., inhalts dessen das Herzogliche Staats-Ministerium den statutarischen Bestimmungen über das Halten von Hunden in hiesiger Stadt die erforderliche Genehmigung ertheilt und rücksichtlich der Ausführung derselben nur vorgeschrieben hat, daß zur Benachrichtigung der Fremden von der wegen der Hunde bestehenden Einrichtung sowohl in den Gasthäusern als auf dem Eisenbahnhofe und dem Hofe des Herzogl. Hof-Postamts eine entsprechende Bekanntmachung angeheftet, auch das Aufsichtspersonal in Beziehung auf Fremde, welche Hunde bei sich führen, zu einem thunlichst schonenden Verfahren angewiesen werde. Außerdem enthält jenes Schreiben die Mittheilung, daß zwar das Statut sofort werde veröffentlicht, die Anmeldung der vorhandenen Hunde aber für dieses Mal erst im Laufe des Monats Januar k. J. können gefordert werden. — Das Schreiben giebt zu weiteren Verhandlungen keine Veranlassung.

I. Behuf Feststellung des Voranschlags über die städtischen Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1854 sind vom Stadt-Magistrate mittelst Schreibens vom 1. v. Mts. der Stadt-Cassen-Etat und die Etats für die Armen-Casse, für die Gemeindeschulen und für die Wegebau-Casse übersandt. Die Vorprüfung derselben ist Seitens der Finanz-Commission erfolgt und erstattet Namens dieser Herr Födel der Versammlung Bericht, wobei insbesondere folgende Punkte hervorgehoben werden, beziehungsweise zur Verhandlung kommen:

### A. Stadt-Cassen-Etat.

1) An Zinsen von ausstehenden Capitalien sind 1353  $\text{fl}$  10  $\text{gg}$  in Einnahme gestellt, wobei die Dividende von dem Actien-Capitale zu 15000  $\text{fl}$ , mit welchem die Stadt bei der Gasanstalt theilhaftig ist, nach dem Satze von 4% zu 600  $\text{fl}$  veranschlagt worden; in dem Schreiben des Stadt-Magistrats ist bemerkt, daß in diesem Jahre von der Gasanstalt noch keine Zinsen erfolgt seien.

2) Die voraussichtliche Einnahme von Grundstücken *ic.* ist auf 3221  $\text{fl. 23 gr. 8}$  berechnet.

3) Das Capital »von Berechtigungen« weist eine auf 22179  $\text{fl. 5 gr.}$  veranschlagte Einnahme nach.

4) An Service ist eine Einnahme von 8400  $\text{fl.}$  und

5) von neuen Bürgern, Markgenossen und Fremden (Anzugsgeld) ist eine Einnahme von 1000  $\text{fl.}$  in Aussicht gestellt.

6) Der Betrag abzuführender Capitalien ist zu 1265  $\text{fl.}$  und die Ausgabe an Capitalzinsen zu 211  $\text{fl. 16 gr. 2}$  angenommen.

7) Die Ausgabe an Besoldungen *ic.* und Pensionen wird voraussichtlich auf 9790  $\text{fl. 13 gr. 4}$  und auf 1754  $\text{fl.}$  sich belaufen.

8) Zur Unterhaltung der städtischen Grundstücke *ic.* ist eine Ausgabesumme von 1891  $\text{fl. 11 gr. 4}$  ausgeworfen, in welche 500  $\text{fl.}$  mit eingerechnet sind, behuf Instandsetzung des Sitzungs-Locals der Stadt-Verordneten im Neustadt-Rathhause.

Der in der erstern Summe mitenthaltene Ausgabeposten von 5  $\text{fl.}$ , »Beitrag zu der Gieseler-Wasserkunst wegen des von der Stadt acquirirten, jetzt abgebrochenen Hauses *N. ass. 463* (Stadt Hamburg)«, veranlaßt die Commission zu dem Antrage, es möge die Versammlung an den Stadt-Magistrat das Ersuchen richten, für den Wegfall dieser Ausgabe thätig zu sein, da doch die Nutzung des fließenden Wassers mit dem Abbruche der »Stadt Hamburg« aufgehört habe.

Von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari wird dagegen bemerkt, daß eine Beilegung dieser Ausgabe nicht zu erreichen sein werde, da schon durch gerichtliche Entscheidung festgestellt worden, daß eine Verzichtleistung auf die Nutzung des fließenden Wassers von den hiesigen *s. g.* Wasserkünsten mit dem Erfolge der Befreiung von den bisherigen Beitragszahlungen nicht möglich sei.

Nach dieser Mittheilung zieht die Commission ihren Antrag zurück.

9) Die hiesigen Schulanstalten, einschließlich der Zeichen- und Modellir-Schule des Gewerbevereins, werden eine Ausgabe von 4670  $\text{fl.}$  erforderlich machen.

10) Die voraussichtliche Ausgabe wegen der städtischen Polizei-Anstalten *ic.*, darunter 9500  $\text{fl.}$  für die Straßenbeleuchtung Seitens der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft, ist auf insgesamt 14049  $\text{fl. 18 gr. 8}$  berechnet.

11) Die Ausgabe für das Schützenwesen beträgt 585  $\text{fl. 17 gr. 4}$ .

12) Für die Unterhaltung der Bürgerwehr ist eine Summe von 1100  $\text{fl.}$  in Ausgabe gestellt, deren Verminderung der Stadt-Magistrat in seinem Begleitschreiben für wünschenswerth und möglich erachtet.

13) Die Befreiung der Kosten der Armenpflege wird einen Zuschuß von 32485  $\text{fl. 20 gr.}$  erfordern und mit andern verwandten Ausgaben die Gesamtsumme dieses Ausgabe-Capitels auf 33775  $\text{fl. 20 gr.}$  steigern.

Der in diesem Capitel mit enthaltene Zuschuß zur Unterstützung der mit dem von Schill'schen Denkmale verbundenen Invaliden-Stiftung im Betrage von 50  $\text{fl.}$

wird, einem frühern Uebereinkommen gemäß, durch besondern Beschluß der Versammlung auch für das Jahr 1854 bewilligt.

14) Die aus städtischen Mitteln zu berichtigenden Landes=Abgaben betragen 6971  $\text{fl}$  11  $\text{gr}$  3  $\text{L}$ .

15) Die Unterhaltung der städtischen Wege erfordert einen Kostenaufwand von 450  $\text{fl}$ .

### B. Der Armen=Cassen=Etat

weist eine selbstständige Einnahme von 7196  $\text{fl}$  —  $\text{gr}$  8  $\text{L}$ , darunter 2048  $\text{fl}$  18  $\text{gr}$  an Capitalzinsen nach, wogegen die Summe aller Ausgaben auf 39681  $\text{fl}$  20  $\text{gr}$  8  $\text{L}$  sich beläuft, so daß das aus der Stadt=Casse zu deckende Deficit den obigen Betrag (N 13) von 32485  $\text{fl}$  20  $\text{gr}$  erreicht.

### C. Der Schul=Cassen=Etat

erfordert eine Einnahme von 14999  $\text{fl}$  8  $\text{gr}$  2  $\text{L}$ , um die gleich hoch berechneten Ausgaben zu decken, die Einnahmebeträge bestehen beispielsweise in 4800  $\text{fl}$  an Schulgeldern u., in einem Zuschusse aus der Stadtcasse von 4270  $\text{fl}$  (vergl. oben N 9, die überschießenden 400  $\text{fl}$  erhält der Gewerbeverein); in einem Zuschusse von 5035  $\text{fl}$  12  $\text{gr}$  aus der Armen=Casse.

### D. Der Wegebau=Cassen=Etat

läßt eine auf 2952  $\text{fl}$  veranschlagte Einnahme ersehen; dieselbe soll erfolgen unter Anderm mit 800  $\text{fl}$  aus Testamenten und Contracten, mit 450  $\text{fl}$  aus der Stadt=Casse (vergl. oben N 15) und mit 1650  $\text{fl}$  von den Feldmarks=Interessenschaften. Die Ausgaben belaufen sich auf 8198  $\text{fl}$  1  $\text{gr}$  3  $\text{L}$ , die größern Posten sind ein Vorschuß aus der Stadt=Casse im Betrage von 4331  $\text{fl}$  3  $\text{gr}$  7  $\text{L}$  und die Kosten für Unterhaltung sämtlicher Communalwege zu 1376  $\text{fl}$  10  $\text{gr}$  8  $\text{L}$ . Die Bestreitung der Ausgaben macht eine Erhöhung des frühern Vorschusses aus der Stadt=Casse bis zu dem Betrage von 5245  $\text{fl}$  23  $\text{gr}$  11  $\text{L}$  nothwendig.

Die Gesamtsumme aller Einnahmen für den Stadthaushalt berechnet sich für das folgende Jahr auf 36154  $\text{fl}$  14  $\text{gr}$  8  $\text{L}$ , wogegen die Gesamtsumme aller Ausgaben zu demselben Zwecke für jene Zeit zu einem Betrage von 79154  $\text{fl}$  14  $\text{gr}$  8  $\text{L}$  veranschlagt worden ist, so daß das Deficit von 43000  $\text{fl}$  durch Ausschreibung einer Communalsteuer zu decken sein würde.

Die Commission hat sonstige Einwendungen gegen die verschiedenen Etatanfänge nicht geltend zu machen und giebt daher der Versammlung anheim, ebensowohl die einzelnen Etats als auch die Ausschreibung einer Communalsteuer zu obigem Betrage von 43000  $\text{fl}$ , auf deren Eingehen nach den bisherigen Steuer=Classen und Steuer=Sätzen zu rechnen sein würde, zu genehmigen.

Ehe die Versammlung zur Beschlußnahme über den Stadthaushalts=Etat gelangt, ergreift Herr Kronheim das Wort und nimmt den obigen (N 8) von der Finanz=Commission zurückgezogenen Antrag wegen des Beitrages an die Gieseler=Wasserkunst wieder auf, indem er der Meinung ist, daß zwar bei der Fortexistenz des berechtigten Grundstücks dessen Besitzer durch einen Verzicht auf die Wasserbenutzung der correspondirenden Beitrags=Verpflichtung sich nicht zu entziehen vermöge, gleichwohl das Auf=

hören der Existenz des Grundstücks auch die Aufhebung der Verpflichtung zur Folge haben müsse.

Erläuternd bemerkt dazu Herr Grotrian, daß das Haus *N* 463 insofern noch nicht rechtlich zu existiren aufgehört habe, als dasselbe noch unter jener Nummer in den Hypothekenbüchern fortgeführt werde und die auf demselben ruhenden Hypotheken noch nicht gelöscht seien.

In Berücksichtigung dieser letztern Mittheilung und des Aronheinschen Antrages giebt der Herr Vorsitzende der Versammlung anheim, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht nach förmlicher Beseitigung des Hauses *N* 463, insbesondere nach dessen Tilgung im Hypothekenbuche, ein Wegfall der angefochtenen Beitragssumme bei der Interessentschaft der Gieseler-Wasserkunst zu erreichen sein werde, jedenfalls mit der Letztern hierüber zu verhandeln und von dem desfallsigen Resultate der Versammlung Kenntniß zu geben.

Mit diesem Vorschlage erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben des Stadthaushalts werden nach den verschiedenen Etats und nach den einzelnen Ansätzen von der Versammlung genehmigt, auch wird von derselben zur Ausschreibung einer Gemeinde- und Armensteuer im Betrage von 43000  $\text{fl}$  auf Grund der bestehenden Classificationstabelle die Zustimmung ertheilt.

Am Schlusse des Begleitschreibens des Stadt-Magistrats ist bezüglich der Wegebauten hervorgehoben, daß zur raschen Betreibung derselben die bisherigen Ueberschüsse der Stadt-Casse vorschussweise verwandt seien. Auf bedeutendere Ueberschüsse der Stadt-Casse sei aber in dem laufenden und in dem kommenden Jahre 1854, da die hohen Preise der Lebensmittel manche Mehrausgaben zur Folge haben, nicht zu rechnen. Da nun bei Erhebung von zwei Simplis nur etwa 1650  $\text{fl}$  jährlich von den sechs Feldmarks-Interessentschaften eingehen werden, eine solche Summe demnächst zur regelmäßigen Unterhaltung der Wege verwendet werden müssen, doch aber bedenklich sei, die Beiträge der Feldmarks-Interessentschaften zu erhöhen, und unter solchen Umständen auch ein Verzinzung forderndes Capital nicht aufgeliehen werden könne, so trägt der Stadt-Magistrat darauf an:

die Versammlung möge ihre Zustimmung dazu ertheilen, daß der frühere Beschluß, nach welchem alle städtischen Wege bis zum Ende des Jahres 1854 chauffirt sein sollten, beseitigt, und dagegen im nächsten Jahre die in dem Etat bezeichneten Wege, im Jahre 1855 der Weg zwischen dem August- und Steinthore und die zweite Hälfte des Weges vor dem Pflegehause, im Jahre 1856 der Weg zwischen dem Stein- und Fallersleberthore und die zweite Hälfte des Weges nach der Masch gebauet werde.

In Anerkennung der Nothwendigkeit einer solchen Vertheilung der noch rückständigen Wegebauten auf die nächst folgenden drei Jahre ertheilt die Versammlung in Uebereinstimmung mit der Finanz-Commission nach bereits gleichlautend erklärter Aeußerung der Bau-Deputation durch Mehrheits-Beschluß die Genehmigung zu dem gemachten Antrage.

II. Ein von dem Herrn Vorsitzenden verlesenes Schreiben des Stadt-Magistrats vom 12. v. Mts. betrifft die Bürgerwehr. Auf Veranlassung eines Beschlusses der



Versammlung in der Sitzung am 30. September v. J. ist der Stadt-Magistrat mit dem Commando der Bürgerwehr in Verhandlung getreten, um im Wege einer anderweitigen Organisation der Bürgerwehr eine Verminderung der Belästigung der Wehrpflichtigen und eine Verringerung der auf der Stadt-Casse ruhenden Ausgaben für dieses Institut, unbeschadet dessen durch das Gesetz gewollten Wirksamkeit, anzustreben. Das Commando der Bürgerwehr erklärte damals, wie aus den Verhandlungen in den Sitzungen vom 2. und 30. Juni d. J. sich ergibt, die Erreichung jenes Zweckes für unmöglich, sprach sich vielmehr für eine weiter gehende und strengere Durchführung der an die Bürgerwehr zu machenden Dienstansforderungen, als bisher, aus. Hiervon erhielt die Versammlung mittelst Schreibens des Stadt-Magistrats vom 4. Februar d. J. Nachricht und es wurden Seitens des Stadt-Magistrats die Bürgerwehr betreffende Vorschläge gemacht, welche der Versammlung dem Zwecke der Bürgerwehr entsprechend erschienen und in den Sitzungen am 2. und 3. Juni d. J. mit einigen nicht wesentlichen Modificationen durch Mehrheitsbeschluß angenommen wurden. Auf diese Vorschläge hin sollte mit dem Commando der Bürgerwehr weiter verhandelt werden. Der Stadt-Magistrat hat dieselben zur weitem Aeußerung dem Commando mitgetheilt, das Letztere aber lediglich seine früheren Anträge wiederholt und erklärt, es sehe sich im Falle der Nichtannahme seiner Anträge genöthigt, von seiner Stelle zurückzutreten, und halte es in jenem Falle für zweckmäßig, daß die Bürgerwehr aufgehoben werde.

In dem vorgedachten Schreiben des Stadt-Magistrats vom 12. v. Mts. sind die Anträge des Commandos der Bürgerwehr nochmals erörtert und sind insbesondere folgende Punkte weiter ausgeführt:

1) Selbst nur eine oberflächliche Kenntniß und Beurtheilung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Deutschland müsse die Ueberzeugung gewähren, daß die Erlassung eines neuen Bürgerwehrgesetzes mit strengeren Strafbestimmungen weder bei der Landes-Regierung, noch bei den Landes-Abgeordneten zur Zeit zu erreichen sei und ein desfallsiger Antrag den städtischen Behörden nur den Vorwurf einer politischen Taktlosigkeit zuziehen würde. Obnehin sei eine tüchtige Bürgerwehr durch Gesetz allein nicht zu ermöglichen, sondern es sei dazu der entsprechende Geist und Wille der Wehrpflichtigen erforderlich, an welchem es hier durchaus mangle, weshalb denn auch hier dem Institute die Ausbildung nicht verschafft werden könne, wie in anderen Ländern, z. B. in Belgien, wo dasselbe eine ganz andere Stellung in dem Staats-Organismus habe.

2) Die von dem Commando geforderte Selbstbewaffnung der Wehrpflichtigen werde bei dem größten Theile der Wehrpflichtigen selbst unter Anwendung der strengsten executivischen Maßregeln nicht zu erlangen sein und würde nur den Erfolg haben, daß der größte Theil der Waffen auf Kosten der Stadt anzuschaffen wäre. Eine desfallsige Belastung der Stadtcasse sei um so bedenklicher, als nach den bisherigen Erfahrungen die Controle-Maafregeln des Commandos der Volks- und Bürgerwehr nicht einmal genügt hätten, der Gemeinde den Besitz der gelieferten Waffen zu sichern.

3) Die von dem Commando beantragte Wiedereinführung der nächtlichen Feuerwachen und regelmäßiger Exercirübungen werde die schon jetzt vorhandene, von dem Commando so sehr beklagte Reutiz vieler Wehrpflichtiger in einem Maße erweitern, daß die Ausschüsse der Wehrmannschaft ihrer Thätigkeit behuf Untersuchung und Be-

strafung unterliegen und die renitenten Wehrmänner am Ende straflos bleiben würden.

4) Ein Kostenaufwand von 1000  $\text{fl}$  jährlich für die Bürgerwehr sei gegenwärtig unverhältnißmäßig hoch und gewiß nicht erforderlich, wenn die Bürgerwehr den Vorschlägen der städtischen Behörden gemäß organisiert werde.

Der Stadt-Magistrat erklärt schließlich: da gegen den entschieden ausgesprochenen Willen des Commando's, eine anderweite Organisation der Bürgerwehr nicht durchzuführen sei und selbst ein Wechsel in den Personen dazu, bei der jetzigen Lage der Sache, nicht die Möglichkeit gewähren würde; auf der andern Seite aber die Anträge des Commando's theils durchaus unausführbar, theils erfolglos seien und endlich der jetzige Zustand der Bürgerwehr nicht wohl länger fortauern könne, so bleibe nichts Anderes übrig, als:

die Aufhebung der in der hiesigen Stadt bestehenden Bürgerwehr zu beschließen.

Der dahin lautende förmliche Antrag des Stadt-Magistrats, welchem indessen die Erklärung hinzugefügt ist, daß der Stadt-Magistrat gern bereit sei, auf Vorschläge einzugehen, durch welche die Fortdauer der Bürgerwehr in der früher schon für zweckmäßig erkannten Weise mit weniger Belästigung für die Wehrpflichtigen und mit einem geringeren Kostenaufwande für die Stadtcasse ermöglicht werde, giebt zu folgenden weiteren Verhandlungen Veranlassung:

Herr Kronheim spricht sich für die Aufhebung der Bürgerwehr aus, da dieses Wehrinstitut von Anfang an keine Lebensfähigkeit erhalten habe und immer mehr bis zu seiner jetzigen Unhaltbarkeit seinem Verfall entgegen gegangen sei, nicht etwa, weil es den wehrhaften Männern an Thatkraft im eigenen Innern fehle, sondern weil Einwirkungen von Außen her der Ausbildung eines bürgerlichen Wehrinstituts hinderlich seien.

Herr G. Kloss äußert sein Bedauern darüber, daß nicht das Schreiben des Stadt-Magistrats der Commission zur Berichtserstattung überwiesen sei, wobei sich vielleicht Gelegenheit geboten haben würde, die Vorwürfe zu widerlegen, welche von dem Stadt-Magistrate gegen das Commando der Bürgerwehr ungerechter Weise vorgebracht seien.

Der Herr Vorsitzende erwiedert auf diese Äußerung des Herrn Vorredners: die Frage über die Form des Fortbestehens der Bürgerwehr sei schon vielfach in der Statuten-Commission verhandelt und eine Folge der öftern Beratungen über diese Angelegenheit sei gewesen, daß die Mitglieder dem Rufe zu weiteren Sitzungen kaum noch nachgekommen seien. Endlich habe sich die Commission über die Annahme der Vorschläge des Stadt-Magistrats geeinigt und habe dieselbe erklärt, daß sie anderweite Vorschläge zu machen nicht im Stande sei. Auch in der Versammlung seien die Vorschläge des Stadt-Magistrats mit nur einigen Modificationen angenommen, das Commando der Bürgerwehr sei zu einer Äußerung über dieselben veranlaßt, habe die Vorschläge aber rund weg abgelehnt. Danach habe zu einer abermaligen Berufung der früheren Commission überall kein Grund vorgelegen, insbesondere sei es nicht

die Aufgabe derselben, das Commando der Bürgerwehr gegen die Vorwürfe des Stadt-Magistrats zu vertreten. Nöthigenfalls möge immerhin die Wahl einer besondern Commission beantragt werden.

Herr Overbürgermeister Caspari, auf die Sache selbst wieder eingehend, rechtfertigt den in dem Schreiben des Stadt-Magistrats motivirten Antrag, wiederholt dabei insbesondere, daß es dem Stadt-Magistrate immer noch wünschenswerth erscheine, die Bürgerwehr in der Form zu erhalten, welche dieselbe nach den von den städtischen Behörden angenommenen Vorschlägen annehmen würde. Durch solche dem Commando gemachte Vorschläge sei Seitens der städtischen Behörde geschehen, was habe geschehen können und müssen, um dieselben für die Folgen, welche aus der Ablehnung der Vorschläge Seitens des Commando's, insbesondere aus der in Folge der Ablehnung beantragten Aufhebung der Bürgerwehr entspringen möchten, unverantwortlich erscheinen zu lassen. Der Rücktritt des Commando's von seinem Amte werde eine Auflösung der Bürgerwehr unzweifelhaft herbeiführen, da ein neues Commando zur Zeit nicht zu schaffen sein würde. Habe nun der Stadt-Magistrat unter solchen Umständen für die Aufhebung der Bürgerwehr durch die städtischen Behörden sich ausgesprochen, so habe er einen solchen Schritt für angemessener gehalten, als wenn die Bürgerwehr ihrem eigenen Verfall überlassen würde. Dahin aber werde die Bürgerwehr bei dem mangelnden Willen und Geiste der Wehrpflichtigen gelangen; ein strengeres Gesetz sei daher eben so zwecklos, als dessen gegenwärtige Erlangung unmöglich sei.

Herr Fabricius: Sollte die Bürgerwehr ihrem Wesen entsprechen, so dürfe dieselbe nicht bloß auf dem Papiere bestehen, sondern sie müsse geübt sein und durch dienstliche Uebungen in Thätigkeit und Wirksamkeit erhalten werden. Für eine tüchtige Bürgerwehr könnten die bisherigen jährlichen Kosten der Stadt nicht zu hoch erscheinen, wogegen für eine papierne Bürgerwehr auch der geringste Kostenaufwand zu bedeutend sei. Der §. 16 des Bürgerwehrgesetzes vom 19. März 1850 schreibe übrigens vor, auf welchem Wege die innere Einrichtung der Bürgerwehren bestimmt werden solle; dieser Weg sei von dem Stadt-Magistrate nicht eingeschlagen und nach den dem Commando mitgetheilten Vorschlägen lasse sich die Bürgerwehr nicht organisiren. Wenn nun während des bisherigen Bestehens derselben Erfahrungen gesammelt seien, welche andere gesetzliche Bestimmungen für die Existenz und Erhaltung einer kräftigen Bürgerwehr angemessen sein würden, so sei der derzeitige Vorschlag eines Gesetzes nur um so zulässiger und um so mehr zu empfehlen. Danach rechtfertige sich die Forderung eines neuen Gesetzes Seitens des Commando's und sei dasselbe entschuldigt, daß es nicht weiter auf die Vorschläge eingegangen; denn auch er, — der Redner —, könne andernfalls nur für die Aufhebung der Bürgerwehr sich erklären.

Herr Overbürgermeister Caspari hält den dem Commando der Bürgerwehr gemachten Vorwurf, daß es die demselben mitgetheilten Vorschläge ganz übergangen und sich darauf beschränkt habe, die Forderung eines zur Zeit offenbar unmöglichen Gesetzes zu wiederholen, durch die Schukrede des Herrn Fabricius nicht für beseitigt. Es sei Sache des Commando gewesen, eine weitere Erörterung über die demselben vorgelegte Frage wegen einer anderweitigen Organisation der Bürgerwehr zu fördern, welcher gern Raum gegeben worden wäre, nicht aber, die Vorschläge der städtischen Behörde durch Wiederholung der früheren Anträge unbeachtet zu lassen.

Herr Bieweg: Eine Bürgerwehr könne und solle nicht in das politische Leben eines Staates eingreifen; denn sie sei kein politisches Element im Staate. Dagegen müsse eine Gemeinde im Staate die Mittel, die Wehrmacht haben, gemeine Pöbelumulte zu unterdrücken, und zu diesem Zwecke erscheine ihm die Erhaltung der Bürgerwehr, selbst nur in der Form, welche dieselbe nach den angenommenen Vorschlägen der städtischen Behörden erhalten würde, wünschenswerth. Daß die Bürgerwehr aufgehoben werde, sei ein Rückschritt in dem Gemeindeleben, den er um so weniger billigen könne, als es eine gerechte und deshalb auch hier gesetzlich ausgesprochene Forderung sei, daß eine Gemeinde für Schäden, welche in Folge von Pöbelumulten zugefügt würden, einzustehen habe. Einrichtungen anderer Staaten, wie z. B. das Constabler-Institut in England, seien hier nicht anwendbar. Für den angedeuteten Zweck der Bürgerwehr seien aber auch von der Gemeinde die Geldmittel aufzuwenden, und wenn das Commando der Bürgerwehr mit der Verfolgung eines solchen Zweckes nicht einverstanden sei, und lieber sein Amt niederlege, so sei damit der gerühmte Patriotismus der Chargirten nicht vereinbar. Er werde daher nicht für die Aufhebung der Bürgerwehr stimmen, sondern an den früheren Vorschlägen festhalten.

Herr Kronheim erklärt sich mit den Grundsätzen des Herrn Bieweg einverstanden, da eine Anweisung einer Gemeinde auf das in derselben garnisonirende Militair trügerisch sei. Gegen das Fortbestehen der Bürgerwehr sei nur einzuwenden, daß die Kosten, welche der Gemeinde für eine Schadenersatzvergütung bei entstandenen Aufläufen durch die Bürgerwehr erspart werden sollten, durch Verluste am Bewaffnungsmaterial und durch Zeitverlust der Wehrpflichtigen aufgewogen würden. Dester wiederholte Inspektionen der Waffen würden jenen Verlusten nicht vorbeugen, da jetzt nicht einmal solche Inspektionen wegen Renitenz der Wehrpflichtigen zu erzwingen gewesen. Nach seinem jetzigen Zustande halte er das Bürgerwehr-Institut für rettungslos verloren, spreche sich daher nochmals für dessen Aufhebung aus und werde sich eher dafür entscheiden, daß einer andern Wehrkraft, etwa der Schützen-Compagnie gegen angemessene Unterstützung der Schutz der Gemeinde anvertraut würde.

Herr Häusler ist ebenfalls gegen die Aufhebung der Bürgerwehr, indem er meint, daß solche nicht angemessen sei und den städtischen Behörden nicht zukomme. Wenn das jetzige oder ein späteres Commando der Bürgerwehr die Vorschläge der städtischen Behörden nicht annehmen würde, so seien allerdings die Letzteren, wegen des Verfalls und der Auflösung der Bürgerwehr außer Verantwortung.

Auch Herr Rieß stimmt rücksichtlich der Erhaltung der Bürgerwehr zu dem angedeuteten Zwecke mit Herrn Bieweg überein.

Herr Kronheim giebt schließlich der Versammlung anheim, sich zwar für die Aufhebung der Bürgerwehr auszusprechen, jedoch den Etat-Ansatz für dieselbe aufrecht zu erhalten und die Verwendung für eine andere wehrpflichtige Mannschaft, z. B. für die Schützen-Compagnie zu bestimmen, in welcher Beziehung derselbe die Einbringung eines selbstständigen Antrages sich vorbehält.

Da bestimmte Anträge aus der Versammlung nicht gemacht werden, so fordert der Herr Vorsitzende dieselbe auf, über den Antrag des Stadt-Magistrats auf Aufhebung der Bürgerwehr abzustimmen.



Ein Antrag des Herrn Visselbon auf namentliche Abstimmung wird durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung abgelehnt.

Die Abstimmung, welche auf die Anordnung des Herrn Vorsitzenden dadurch erfolgt, daß die Mitglieder der Versammlung, welche für den Antrag des Stadt-Magistrats sich erklären wollen, von ihren Plätzen sich erheben, ergiebt zum Resultate, daß von 23 anwesenden Mitgliedern der Versammlung nur 11 sich erheben und damit der Antrag des Stadt-Magistrats abgelehnt ist.

Am

Schlusse der Sitzung gedenkt noch der Herr Vorsitzende eines lezthin verstorbenen Mitgliedes der Versammlung, des Herrn Scheller, und fordert die Versammlung auf, bei dem Andenken an diesen Biedermann, welcher stets, soviel es seine Kräfte zulassen, ein reges Interesse für die städtischen Angelegenheiten an den Tag gelegt habe, auch noch dem Todten eine ehrende Anerkennung durch Erhebung von ihren Plätzen öffentlich kund zu geben, worauf sich die Anwesenden sämtlich von ihren Plätzen erhoben.

Die

Verlesung des Protokolls wird der nächsten Sitzung vorbehalten und die heutige von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

---